

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 2. September 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Rückwärts, rückwärts . . .!

Die große Retirade hat begonnen. Schluß der Debatte über die Königsberger Kaiserrede hat die „Kölnische Zig.“ angefangt, und mit wenigen Ausnahmen schließt sich die nationalliberale Presse an. In den freisinnigen Blättern wird es stiller und stiller . . . Das deutsche Bürgertum steckt den Säbel, den es halb aus der Scheide gezogen, wieder zurück und entschließt sich endgültig, diesmal nicht nur nicht um die Fortbildung der Verfassung zu kämpfen, sondern sich auch jeglichen Anscheins solchen Kampfes, wie es die Novemberdebatten waren, konsequent zu enthalten.

Als der Novembersturm losbrach, haben einige vom Feuilleton in die Politik verrückte bürgerliche Journalisten von einer Revolution gesprochen. Wir haben diesen Unsinn natürlich niemals geglaubt. Aber wenn es damals auch keine Revolution war, die Restauration haben wir bekommen. Sie ist nur zu gründlich erfolgt und die Königsberger Kaiserrede und das abermalige blamable Vergehen des Liberalismus bezeichnen ihren Höhepunkt. Die „große Aktion“ von 1908 erschöpfte sich in Worten, kniete zusammen vor einem kaiserlichen Versprechen, das von einem auf tägliche Kündigung angestellten Handlanger garantiert wurde, erlahmte sofort, als es zum wirklichen Kampf um die Verfassung gehen sollte, brachte es nicht einmal zur Reform der Reichstagsgeschäftsordnung. Aber so lahm, so negativ die Aktion, so kräftig, so positiv die Reaktion. Das kaiserliche Versprechen ist in alle Winde zerflogen, unter dem Verfall liberaler Blätter proklamiert der neue Handlanger das Recht des Kaisers auf freie Meinungsäußerung, der Kampf um die Demokratisierung der Verfassung ist vom Liberalismus endgültig abgesetzt, und das Charakteristische jeder Äußerung der Reaktion in Deutschland fehlt nicht: die Zuspitzung auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie! Der Schnapsblödsaucht, in der Sonne der Marienburger Sammlungsrede, so hofft er, wird sich sein arg verhaagelter Weizen wieder aufrichten. Und der Liberalismus steht wie gebannt unter diesem Wort. Seine tiefsten Sehnsüchte hat es berührt. Die Angst vor dem Fortschritt der Sozialdemokratie hat ihm schon längst schlaflose Nächte bereitet, weit mehr, als sein Wunsch, die schwarzblaue Koalition zu sprengen und sich wieder in die Stellung der Regierungspartei zu schwingen. Und wie dürfte er noch mit dem Kaiser rechten, wenn Junker und Zentrum, die Konkurrenten, dem Monarchen huldigen. Nur mit ihm kann der deutsche Liberalismus vorwärts kommen. Die Nationalliberalen sehen des Winks gewärtig. Bethmann Hollweg braucht nur etwas Energie zu zeigen, und sie lassen den Gedanken eines Kampfes gegen rechts, den sie zu drei Vierteln schon aufgegeben haben, auch zum letzten Viertel fahren. Der deutsche Fortschritt aber blickt auf die Nationalliberalen und wartet ab. Ohne sie riskiert er keine Bewegung.

Wie sehr der Nationalliberalismus den Anschluß nach rechts erfährt, wie angst ihm bei dem Gedanken ist, er könne etwa von der Rechten der Sozialdemokratie preisgegeben werden, das zeigt sich in den loyalen Purzelbäumen, womit seine Presse die Marienburger Rede aufnimmt, und in dem dringlichen Bitttruf an Bethmann Hollweg, die Kaiserrede zu ergänzen, das Programm der Sammelpolitik zu entwerfen, ein Programm, das den Nationalliberalen den Anschluß gestattet. So schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“ zur Marienburger Rede:

„Hier, in der ehrwürdigen Nitterburg des Deutschen Reichs, das Bekenntnis, daß nur die gemeinsame Arbeit aller Stände, das verständnisvolle Eingehen auf die Eigenart der anderen, gegenseitige Achtung und Hilfe, Verträglichkeit der Parteien und Konfessionen die sich und entgegengesetzten Schwereigkeiten überwinden kann. Das sind Worte, welche uns Königsberg gern verzeihen lassen. Das ist ein Programm, das jeder rechte Deutsche unterschreiben wird, wenn er sich auch sagen mag, daß hier nur ein Mahnen gezeichnet wurde, dessen Ausfüllung durch die endliche Inaugurierung einer tatkräftigen Politik Sache der verantwortlichen Regierung ist. „Dann werden wir, um mit dem Kaiser zu sprechen, dem Vorbild der großen deutschen Männer, die hier einst gestanden und mitgearbeitet haben, nachkommen!“

Noch brünstiger erhebt die „Magdeburgische Zeitung“ den Ruf nach dem rettenden Kanzler. Sie röhrt: „Diesem Rufe, den der erlauchteste Führer der Nation ertönen ließ, werden Millionen treuer Preußen und Deutscher Folge leisten wollen, und gern und freudig möchten sie sich um ihren König und Kaiser sammeln! Aber wo ist der Sammelplatz? Wohl befehen wir bis vor etwas mehr denn Jahr und Tag einen solchen; Rüst Wilow hatte ihn ausgesucht und ihn uns gewiesen, als er die Deutschen aller Stämme, Konfessionen und Parteien zum Sammeln rief, und in hellen Scharen fanden sich solche ein, die dem Vaterlande in Hingabe dienen wollten, aus Ost und West, aus Süd und Nord; Konservativen und Liberalen, Protestanten und Katholiken, Landwirte und Kaufleute, Industrielle und Männer der freien Berufe! Und sie leisteten Erstaunliches an Ueberwindung aller Vorurteile und Gegensätze und der menschlichen Selbstsucht, so recht als Deutsche und Christen, ohne viel davon zu reden, bis gerade bei der Partei, die Christi Namen nur zu oft auf die Lippen nimmt — und gerade angesichts von der Krone feierlich selbst verkündeter Reformen, die allen zugute kommen sollten, die für alle notwendig waren —, doch die Selbstsucht überzog, und nun Wilows Arbeit vernichtet und der Sammelplatz zerstört wurde.

Die öffentliche Meinung aber bringt die Zertrümmerung von Wilows Werk und die Zerstörung jenes Sammelplatzes mit den

Novemberstürmen von 1908 in Zusammenhang, denn die, welche das Zerstückern getan, haben davon so oft erzählt, daß man es wohl glauben muß. Daher beschleicht viele unter denen, die sich um des Kaisers Fahne sammeln und ihm so freudig folgen möchten, auch hier wieder die bange Sorge, ob seine edlen Worte als der Ausdruck edelsten und höchsten königlichen Strebens für Volk und Vaterland auch von jener Königswelt begleitet sein werden, die den rechten Weg findet, um die Worte zur Tat zu machen; die den Sammelplatz weist und uns Wege dahin zeigt, auf denen wir Patrioten, wenn auch vielleicht mit Mühe, dahin gelangen können. Diese große Sorge, das ist es, was Millionen patriotischer Herzen in diesen Tagen beunruhigt. Und diese Sorge zu bannen, reicht des Reichskanzlers-Ministerpräsidenten amtliche Erklärung der Kaiserrede nicht aus.

Nur Taten können da helfen und an Herrn von Bethmann Hollweg ist es nun, uns vor Tatsachen zu stellen, die untrüglich beweisen, daß er im Einverständnis mit dem Kaiser und König den Sammelplatz und die gangbaren Wege für die Sammelpolitik gefunden hat.

Mit nur zu sehr berechtigtem Spott und Hohn registriert die Zentrumspresse diese Wendung im nationalliberalen Lager. Die Liberalen haben ja von vornherein in skrupelloser Weise die Volkrechte preisgegeben, um sich als zuverlässige Regierungspartei und Kaiserpartei herauszustreichen. Ohne jede Scham haben sie die demokratischen Bauten, die sie 1908, da sie noch nicht wieder in Gnaden zur Regierungspartei zugelassen waren, so laut zu schlagen wußten, in der Ecke stehen lassen, wohin sie sie alsbald nach ihrer Rückkehr ins Regiment geschafft hatten. Sie haben jetzt nichts zurückzunehmen und nichts umzubringen. Deshalb brauchen sie sich indes vor den Nationalliberalen nicht so hoch auf's Pferd zu setzen, denn in der Hauptsache sind sie ihnen ganz gleich; in der Sehnsucht nach der Sammlung aller bürgerlichen Parteien, in der Angst vor der roten Flut. Das kommt zum deutlichen Ausdruck in einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“, der dem Liberalismus so insändig, wie einem alten Schimmel zuredet, doch ja in den Stichwahlen der großen Wählerwahl von 1911 dem Schnapsblödsaucht den Rücken zu decken, ansonsten es ihm selber gar übel ergehen werde in der Umarmung der roten Uebermacht. Mit dem Gedanken einer Sammlung der bürgerlichen Parteien im ersten Wahlgang hält sich die „Kölnische Volkszeitung“ nicht auf. Die niederen rechnenden Zentrumspolitiker wissen sehr wohl, daß dafür die Zeit noch nicht gekommen ist, daß nach dem Streit der letzten Zeit die Wähler eine solche Versöhnung nicht mitmachen. Das Zentrum ist vollaus zufrieden, wenn ein allgemeines Stichwahlabkommen gegen die Sozialdemokratie zustande kommt. Das aber braucht es, braucht es höchst dringend. Aber die „Kölnische Volkszeitung“ beweist natürlich, daß dieses Abkommen dem Liberalismus viel nötiger ist, denn dem Zentrum und der Rechten. Dem Liberalismus wird zu diesem Zwecke vorge-rechnet, daß es ihm bei den Stichwahlen eigentlich noch viel schlechter ergangen sei als dem Konservativen bzw. Antisemiten, bei welchem Kunststück dem Zentrumsblatt sehr zu paß kommt, daß in den Stichwahlen, in denen die Sozialdemokratie erobert vordrang, sechs ehemalige liberale Mandate, aber nur zwei ehemalige konservativ-antisemitische zu verteidigen waren. Um den einseitigen Eindruck der Zahl der verlorenen Mandate nicht zu stören, steht das schlaue Zentrumsblatt von einer Anführung der Stimmenbewegung bei den Wahlen gänzlich ab. Und dann macht es den Liberalismus darauf aufmerksam, daß es ja doch gar keinen Zweck hat, wenn er den Schnapsblödsaucht niederringt, wenn er die blaue Mehrheit zerstört. Denn was sollte es ihm nützen, wenn er gegen die Rechte und das Zentrum mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit bilden könnte! Besorgt fragt die „Kölnische Volkszeitung“:

„Was nützt ihnen (den Liberalen) denn die Sprengung der „Schwarz-blauen“ Mehrheit, wenn in dem Großblödsaucht dann der rote Bruder zwei Drittel aller Plätze belegt? Ein so geschwächter Liberalismus würde seine Selbstständigkeit vollständig einbüßen und ganz auf das Wohlwollen anderer Parteien angewiesen sein, da mit ihm keine Mehrheit zu erringen ist. Die Regierung aber würde dann erst recht auf Rechte und Zentrum sich stützen müssen, dem Liberalismus also nur soweit entgegenkommen können, daß diesen Parteien die Mitarbeit nicht unmöglich gemacht wird. Erwies sich der neue Reichstag arbeitsunfähig wegen des starken Anwachsens der Sozialdemokratie und des Vergehens der Nationalliberalen — der Freisinn wird wohl so tief in den Bann der äußersten Linken geraten, daß er für positive Arbeit nicht mehr in Frage kommt — so müßte das Volk eben zum zweiten Male entscheiden, und es ist gar nicht zweifelhaft, daß diese Entscheidung für den Liberalismus das Ende bedeuten würde.“

Aber noch sind nicht alle Dämme gegen die rote Flut eingegriffen, verkündet das Zentrumsblatt, wenn auch der Liberalismus jetzt völlig vor dem sozialdemokratischen Ansturm versagt. Noch steht der Zentrumsturm fest, und auch die Konservativen werden den größten Teil ihrer Mandate retten. An diese Felsen muß sich der Liberalismus anklammern, sonst wird er elendig versinken. Indes ist das Zentrumsblatt durchaus nicht so felsenfest von der Festigkeit des Zentrumsturmes überzeugt. Es macht hinterher eine Rechnung über den vermutlichen Ausfall der Hauptwahlen von 1911 auf und die lautet also:

„Das Zentrum würde mindestens 90 Mandate behaupten oder in ungefährlicher Stichwahl zu verteidigen haben; die gesamte Rechte würde auf 60 solcher Mandate zählen dürfen, Polen und Elbahlbringer ihre alte Stärke behaupten; der Liberalismus aber würde wohl kaum mehr als ein Dutzend Mandate in Sicherheit haben. Dagegen wäre die Sozialdemokratie reichen Ge-

winnes gewiß. Von ihren 43 alten Mandaten dürften ihr 36 im ersten Anlauf zufallen; dazu kommt die Aussicht auf Eröberung von 14—15 freisinnigen und etwa 17 nationalliberalen, 18 konservativen Mandaten und vielleicht ein Ausnahmebezug des Zentrums (Reichenbach-Neurode). Ihren Stand von 1908 dürfte die Sozialdemokratie also gleich im ersten Wahlgange wieder erreichen und noch mit guter Aussicht auf Erfolg in zahlreiche Stichwahlen eintreten . . .

Das Zentrum ist im jetzigen Reichstag 106 Sitze stark; wenn das Zentrumsblatt auf 90 im ersten Wahlgang behauptete oder in ungefährlicher Stichwahl zu verteidigende Mandate rechnet, so nimmt es also an, daß seine Partei an 16 Sitze im ersten Wahlgang verlieren oder in zweifelhafter Stichwahl zu verteidigen haben werde! Die „Kölnische Volkszeitung“ rechnet also mit nicht unerheblichen Verlusten des Zentrums, und darin liegt der Grund für die Sehnsucht nach dem Stichwahlblödsaucht aller bürgerlicher Parteien. Darin und in der anderen Ermägung, daß die Schwächung der Konservativen das Zentrum um seine ausschlaggebende Stellung bringen kann. Und deshalb erhebt das Zentrumsblatt zum Schluß noch einmal die Stimme zu folgender inständiger Beschwörung:

„Eine Verständigung vor den Stichwahlen liegt also im Interesse aller bürgerlichen Parteien, namentlich aber der Liberalen; sie wird, wenn auch das nächstmal erst in einigen Jahren des Reiches, sicher erfolgen, sobald diese (die Liberalen) sehen, daß sie ohne Gegenleistung keine Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie erhalten. Die rote Flut wird freilich dank der liberalen Verärgerungspolitik auch so schon hoch genug steigen, aber trotzdem noch in erträglicher Höhe gehalten werden können. Wenn dann die bürgerlichen Parteien in praktischer Arbeit sich wieder zusammenfinden, wird allmählich auch wieder Veruhigung und Ueberlegung der verhehten Volksmassen zurückkehren und die rote Springflut zurückweichen.“

Die Angst vor der roten Flut sitzt ihnen im Genick, den Schwarzblauen wie den Liberalen! In diesem Zeitalter werden sie sich finden . . .

Der Nationalliberalismus ist reif dazu. Die Situation ist klar. Die Sozialdemokratie steht allein im Kampf gegen das persönliche Regiment, allein im Kampf für die Demokratisierung der Verfassung!

Rings von Feinden umgeben, wird sie alle ihre Kraft, wird sie alle ihre Mannen aufzubieten haben, den Sieg zu erringen. Das ist die rechte Position für die Kampfpartei des Proletariats. Wir wissen, wir marschieren vorwärts, wenn der Liberalismus sich nach der Herausforderung der Kaiserrede rückwärts konzentriert. Wir werden siegen, weil vor der einen reaktionären Masse der Bürgerlichen sich der Schlachthaus der Sozialdemokratie abhebt vor allem Volke als die einzige Truppe, die in Deutschland steht gegen Absolutismus und Ausbeutung, für Demokratie und Sozialismus.

## Die erste Plenarsitzung.

Kopenhagen, 1. September.

Heute hielt das internationale Kopenhagener Arbeiterparlament seine erste Sitzung ab, heute, am vierten Tage nach der Eröffnung. Seit die internationalen sozialistischen Kongresse zur praktischen Arbeitsleistung übergegangen sind, die früheren Kämpfe zwischen Sozialdemokraten, Anarchisten und Reformisten auf den internationalen Parteitagen aufgehört haben, und sich aus dem Streit der gärenden Meinungen ein gewisser, einheitlich gerichteter, wenn auch je nach der historischen Entwicklung der einzelnen sozialistischen Landesparteien national variierender Gesamtwille herausgebildet hat, fällt die eigentliche Arbeit in steigendem Maße den verschiedenen Fraktionskommissionen zu. Ganz naturgemäß beherrscht auch der gleiche Wille die zielbewusste Arbeit der einzelnen sozialistischen Parteien. Sind sie sich auch über die einzuschlagende Richtung ihres Vorkampfes einig, so sind doch die verschiedenen sozialen Verhältnisse in den einzelnen Staaten, die dortigen Lebens- und Arbeitsbedingungen so verschieden, daß jeder wichtige Antrag, jede Resolution einer gründlichen Vorberatung unter Berücksichtigung der nationalen und staatlichen Verschiedenheiten bedarf. Diese Arbeit aber kann natürlicherweise nicht in einer vielsprachigen Massenversammlung — und zu einer solchen haben sich tatsächlich die internationalen Sozialistenkongresse ausgewachsen, zählt doch der Kopenhagener Kongreß 887 Delegierte, die in drei verschiedenen Sprachen debattieren — geleistet werden.

So fällt die eigentliche Arbeit mehr und mehr den Kommissionen zu, in die jede einzelne Nation ihre Fachleute entsendet. Erst wenn dort über die Beschlüsse zwischen den Vertretern der sozialistischen Landesparteien eine gewisse Verständigung erzielt worden ist, gelangt das Beschlüssene an das Plenum, das nun auf Grund der von den Referenten der Kommissionen erstatteten Berichte die vorgelegten Resolutionen prüft, genehmigt oder verwirft. Die Folge ist, daß nicht die wichtigsten auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzten Fragen zuerst im Plenum zur Diskussion gelangen, sondern jene Fragen, über die zwischen den sozialistischen Parteien am wenigsten Meinungsverschiedenheiten bestehen und über die daher in der Kommission am schnellsten eine Verständigung erzielt worden ist.

Es wird ferner zu prüfen sein, ob die Arbeitsweise der nächsten internationalen Kongresse — der nächste wird voraussichtlich in Wien abgehalten werden — nicht wesentlich anders gestaltet werden muß, entweder, daß schon vor der Eröffnung des Kongresses Kommissionen oder Ausschüsse eingesetzt werden, die das Beratungsmaterial für den Kongreß vorbereiten, so daß dieser sogleich mit seinen Plenarsitzungen beginnen kann, oder aber, daß die Zahl der Delegierten aus allen Ländern ungefähr auf ein Drittel der jetzigen Zahl herabgesetzt wird, eine Maß-

### Die Interfons-Gebühr

Befragt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 80 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

regel, durch die zugleich die Kosten der Tagung sich wesentlich reduzieren würden.

Diese Umstände haben bewirkt, daß erst heute um 11 Uhr mit der Beratung der Arbeitslosenfrage begonnen werden konnte. Der Genosse Branting-Schweden eröffnete als Vorsitzender die Versammlung, indem er eine kurze Uebersicht über die Entwicklung der schwedischen sozialdemokratischen Partei gab, die zurzeit 35 Parlamentsmandate besitzt. Hatte der Massenstreik im vorigen Jahre auch nicht mit einem Sieg der sozialistischen Arbeiterschaft geadelt, so habe er doch die Kampfkraft der schwedischen Partei nicht geschwächt und die Klarheit gefördert.

Darauf folgte die Auszählung der zahlreichen eingelassenen Begrüßungsdepeſchen. Besonderen Enthusiasmus erregte die Verlesung des Begrüßungsschreibens von August Webel. Auf Antrag Branting wird ein Antwortschreiben an Webel beschlossen.

Dann trat der Kongress in die Beratung der von der ersten Kommission vorgelegten Resolution über die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Der Referent, Genosse Adolf Braun-Oesterreich, entledigte sich seiner Aufgabe, die Resolution zu begründen, in einer knappen, prägnanten Rede. Er schilderte die Verbreitung der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit dem Kapitalismus. So lange dieser besteht, sei eine Abschaffung der Arbeitslosigkeit unmöglich. Wohl aber ließen sich die Wirkungen des Kapitalismus auf die Arbeiterschaft mildern, indem dem kapitalistischen Staate die Pflicht auferlegt wird, die Opfer seines mit allen Mitteln aufrecht erhaltenen Wirtschaftssystems zu unterstützen. Demnach fordere die leblichste als ein Kompromiß zu betrachtende Resolution regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit, Notstandsarbeiten, Unterstützung der Arbeitslosen während der Krisen ohne Einschränkung der politischen Rechte, Erziehung von Arbeitsnachweisanstalten.

Die Resolution fand fast allgemeine Zustimmung. Genosse MacDonald (Engländer) erklärte jedoch, die englische Delegation, der die Resolution nicht vorher zur Beratung vorgelegen habe, betrachte sie nicht als genügend. Er stelle die Forderung, in die Resolution die Erklärung des Rechtes auf Arbeit aufzunehmen. Doch wolle er jetzt kein Amendement stellen, sondern mit gewissen Änderungen für die Resolution stimmen.

Braun machte geltend, daß die einfache Erklärung des Rechtes auf Arbeit nichts besage. Es komme darauf an, was man unter diesem Recht verstehe. Ein wirkliches Recht auf Arbeit könne die kapitalistische Gesellschaft niemals anerkennen. Recht auf Arbeit sei jenes, das im alten preussischen Landrecht gewährleistet wurde oder, wie in England, das Recht auf das Armen- und Werkshaus.

Diese Argumentation verscheit völlig ihre Wirkung auf die englischen Delegierten. Genosse Quack erklärte, daß seine Partei sich der Abstimmung zu enthalten gedenke.

Als Genosse Branting die Resolution zur Abstimmung brachte und die Mehrheit des Kongresses ihr zustimmte, erhoben die englischen Delegierten und ein Teil der amerikanischen Delegierten dagegen Widerspruch und erklärten vor allen Dingen, Brantings Aufforderung zur Abstimmung nicht verstanden, sondern so aufgefaßt zu haben, als ob es sich zunächst nur darum handelte, ob bei der vorgeschlagenen Resolution redaktionelle Änderungen durch das Präsidium vorgenommen werden sollen. Unter großer Unruhe schloß die erste Versammlung, und noch vor dem Kongresslokal debattierten die englischen Genossen lebhaft über die Art der Geschäftsführung.

Die Nachmittags-Sitzung begann zunächst etwas langweilig. Genosse Ellenbogen-Oesterreich begründete als Referent der 5. Kommission (Resolutionskommission) in längerer Rede, in der er in ironischer Weise das Jarenregiment geißelte, die von dieser Kommission ausgearbeiteten Resolutionen: die gegen die reaktionäre Haltung der jungtürkischen Regierung sowie gegen die Unterdrückung der sozialistischen Bewegung in Japan, Argentinien, Spanien und Rußland protestieren und den dortigen Genossen die Sympathie des internationalen Proletariats aussprechen. Genosse Ellenbogen spricht gewandt und findet treffende Worte, aber über diese Resolutionen sind doch im Grunde alle Kongreßteilnehmer sich einig. Enthaltend sie doch, wenn man so sagen darf, vom sozialistischen Standpunkte etwas ganz Selbstverständliches. Sie werden deshalb auch von manchen als bloße Formalität empfunden.

Zu dramatischer Höhe gestaltete sich erst die Sitzung, als Nives de Leon (S. L. P.) zu der Resolution spricht und unter Bezugnahme auf den Amsterdamer Einigungsbeschluß die sozialistischen Parteien in den Vereinigten Staaten auffordert, sich zu verknüpfen.

In temperamentvoller Rede antwortet Hiquit als einer der Führer der Sozialdemokraten der Ver. St. Bedingung sei, daß die sog. Leoniden ihre Sonderstellung aufgeben. Nur dann wäre eine Vereinigung möglich, wenn ihre Grundlage die Einheitslichkeit und Gleichartigkeit der politischen Anschauungen sei. Vor allem müsse verlangt werden, daß die Leoniden ihre Angriffe gegen die Föderation (den Compressen Verband) aufgeben. Sei de Leon dazu bereit, wolle er die so lange gegen die sozialistische Partei geführte Streifart begraben, dann sei er herzlich willkommen.

## Der Sohn seines Vaters.

In der „Neuen Zeit“ schreibt Franz Mehring u. a. Eine besonders erfreuliche Seite des Sieges, der eben in Hhobou-Marienberg erschollen worden ist, bildet die gänzliche Verschmähung des Antisemitismus, eine besonders erfreuliche Seite auch deshalb, weil gleichzeitig der Kronprinz als Rektor der Königsberger Universität eine Kundgebung in antisemitischer Stille vom Stapel laufen zu lassen für gut befunden hat. Der junge Mann, der bisher noch keine Gelegenheit gehabt hat, seine gewiß hervorragenden Gaben öffentlich zu betätigen, hielt sich durch den höflich leeren Ehrentitel eines Rektors für berufen, den Professoren der Universität Königsberg Reden über Viel und Wed des akademischen Unterrichts zu erteilen, vor „Verdroffenheit“ und „unfruchtbarer Kritik“ zu warnen, endlich auch die „internationalisierenden“ Bestrebungen zu verurteilen, die die „gesunde völkische Eigenart“ zu verwischen drohten.

Der Vorgang ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Wollte der Kronprinz sich gerade in Königsberg über öffentliche Uebelstände auslassen, so hätte es für ihn wohl am nächsten gelegen, eine — natürlich „fruchtbare“ — Kritik an dem Urteil zu üben, das gerade in Königsberg kürzlich wegen angeblicher Bräutigamsbeleidigung gefällt worden ist. Da der Kronprinz sich schon als rein zerebraler Rektor der Königsberger Universität hoch geehrt fühlt, so kann er unmöglich eine Ehrenkränkung in dem Ansehen erblicken, sich auf dem Wege wirklichen Unterrichts sein Wort zu erwerben. Unter diesen Umständen muß es für den Kronprinzen doch eine peinliche Empfindung sein, daß ein Staatsbürger, der ihn eben jenes Ansehen gestellt hatte, deshalb wegen Beleidigung auf vier Monate ins Gefängnis spazieren soll; eine Verwahrung gegen jede Solidität mit einem so himmelsstreichenden Urteil hätte ihm sicherlich kein vernünftiger Mann als unerlaubten Eingriff in die Rechtsprechung der Gerichte ausgelegt.

Auch war der Kronprinz doch nicht der nächste dazu, über „Verdroffenheit“ und „unfruchtbare Kritik“ zu klagern. Diese Er-

Auch Berger, der Führer der sozialistischen Partei in Milwaukee, spricht sich im Sinne Hiquits aus. Wollte de Leon die Einheitslichkeit der amerikanischen sozialistischen Bewegung, dann müßte er seine Sonderbindeln völlig aufgeben und sich mit seinem Anhang offen der großen sozialistischen Bewegung in der nord-amerikanischen Union anschließen. Nur so könne die Einigung herbeigeführt werden.

Die Debatte wurde heute zu Ende geführt. Die Abstimmung über die Resolution wurde auf morgen vertagt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. September 1910.

### Ganjabund und Sozialdemokratie.

Das Präsidium des Ganjabundes hält es für nötig, erneut zu betonen, daß der Ganjabund die Sozialdemokratie keineswegs begünstigt, sondern deren entschiedener Gegner sei. Wenn die „konservative Korrespondenz“ und ihre Gefolgschaft dem Ganjabund in „unerhörter Weise unterstelle“, daß er es ablehne, zur Sozialdemokratie Stellung zu nehmen, so sei das eine gräßliche Verdrehung der wirklichen Tatsachen. Der Führer von Pechmann habe nicht eine bloße Stellungnahme des Ganjabundes zur Sozialdemokratie verlangt, sondern gewünscht, daß der Ganjabund durch einen Sammlungsaufruf an das gesamte Bürgertum die Führung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie übernehme. Selbstverständlich sei der Ganjabund genau so wie die bürgerlichen politischen Parteien Gegner der Sozialdemokratie, deren ausgesprochene Absicht die Vernichtung der Grundlage der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung sei. Dagegen habe er das Verlangen abgelehnt, in einem Sammlungsaufruf den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu proklamieren, da er seiner Natur nach als wirtschaftliche Vereinigung nicht dazu in der Lage sei. Unansehbar bleibe deshalb der von ihm vertretene Standpunkt, daß unter den heutigen, durch die agrar-demagogische Wählerarbeit besonders härtesten Verhältnissen jeder Sammlungsaufruf wirkungslos bleiben werde, wenn nicht zugleich den mit der heutigen Wirtschafts- und Finanzpolitik unzufriedenen nichtsozialdemokratischen Schichten des Bürgerturns die Gewißheit gegeben werde, daß mit dieser Politik gründlich und dauernd gebrochen werde.

Der Ganjabund ist also noch nicht bereit, die von Bethmann-Hollweg erstrittene Sammelpolitik aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie mitzumachen. Hatte er schon zur Zeit der Hottentottenwahlen existiert, so würde er damals schon höchstwahrscheinlich den Vordröckel voller Begeisterung mitgebracht haben.

### Königliche Freude über eine sozialistenreine Fabrik.

Bei dem Festessen auf der Morlenburg soll sich der Kaiser bei dem Direktor der Danziger Waggonfabrik eingehend nach den Verhältnissen in der Fabrik erkundigt haben. Die „Danziger Allgemeine Zeitung“ erzählt nun:

Der Direktor Schrey berichtigte unter anderem, daß in seiner Fabrik kein Sozialdemokrat sich befindet, was dem Kaiser sichtlich hohe Freude bereite. Er beauftragte Herrn Schrey, den Angehörigen der Waggonfabrik seinen königlichen Dank für die bisher bewiesene königstreue Gesinnung, insbesondere für die Beteiligung an der Spalierbildung beim Einzuge zu übermitteln und sprach die Erwartung aus, daß diese treue Gesinnung fort und fort gepflegt werde.

Eigentlich erscheint uns die große Freude Wilhelms II. über eine — sozialistenreine Fabrik befremdlich. Hat er doch die Sozialdemokratie für eine „vorübergehende Erscheinung“ erklärt und ein andermal gesagt: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir.“ Und nun sollte es ihm schon „hohe Freude“ bereiten, wenn es einmal — und wer weiß durch welche Mittel — gelingt, einen einzigen Vertreter sozialistenrein zu erhalten?!

### Zur Wahl Martin Spahn

macht die „Germania“ einige Bemerkungen, die beweisen, daß der Protest einiger Zentrumsabgeordneter und Zentrumsblätter gegen die Ausstellung des oftener wahlrechtsfindlichen jungen Spahn von den leitenden Zentrumskreisen nicht allzu ernst genommen worden ist. Ist doch inzwischen auch bekannt geworden, daß sich 29 angelegene Zentrumsmitglieder direkt geweigert haben, das Schreiben an Spahn, das ihn zur Zurückziehung seiner Kandidatur aufforderte, zu unterschreiben! Die ganze Protestaktion gegen die Kandidatur des ultramontanen Reaktionsärs dürfte also wohl in der Hauptsache, von lokalen Eifersüchteleien im Wahlkreis selbst abgesehen, nur das bekannte Spiel mit verteilten Rollen gewesen sein. Man hielt ein wenig Opposition und Widersatz für nötig, um den so arg ins Wanken gekommenen Aberglauben an den demokratischen Charakter des Zentrums wieder neu zu beleben! Aber diese Opposition durfte nicht so stark sein, um Herrn Spahn wirklich zum Rücktritt zu bewegen.

Durch die Wahl des seine reaktionären Anschauungen so unverblümt ausprechenden Herrn Spahn hat das Zentrum jedenfalls das Vertrauen der Junker zu ihm befestigt, das es freilich ohnehin in reichstem Maße verdiente.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielt bei der Reichstags-Wahl Professor Martin Spahn (Zentr.) 11 301, Schäfer-Reyer (Soz.) 579, Farrer Dr. Gille (Zentr.) 101 Stimmen. Zersplittert waren 42 Stimmen. Von den 19 245 Wahlberechtigten übten 12 023 ihr Wahlrecht aus.

scheinungen ergeben sich aus der allgemeinen Not, in der sich die ganze Mehrheit der Nation befindet, und der Kronprinz, dem die Not des Lebens aus eigener Erfahrung bisher gänzlich unbekannt geblieben ist, kann kein zutreffendes Urteil in solchen Dingen haben. Am wenigsten im gegenwärtigen Augenblick und am allerwenigsten als der älteste Sohn eines Hauses, dessen an sich ja schon ganz natürliches Jahreseinkommen von etwa fünfzehn Millionen Mark eben jetzt um jährlich drei bis vier Millionen erhöht worden ist, aus den Taschen derselben Steuerzahler, deren Mehrheit aufschwärmt mit der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel zu ringen hat. Da der Kronprinz gewiß ein Verehrer unseres nationalen Dichters ist, so kennt er wohl auch dessen Wort: Vom sichern Wort läßt sich gemächlich raten, womit Schüler unseres unmaßgeblichen Erachtens kein Lob aussprechen wollte. Die Königin Marie Antoinette sagte einmal, als man mit ihr von der Unerschwinglichkeit der Brotpreise für die Volksmassen sprach: Nun, so gebe man ihnen Kuchen. Natürlich ist der Kronprinz hoch erhaben über solche Feivolität, aber da er so reichlich mit Kuchen versehen ist, so kann er sich doch nicht in die Lage der Unzulänglichen versetzen, denen es schwer wird, selbst mit der sauersten Arbeit ein armseliges Stück Brot zu erwerben, und so kann sein Verdikt über die „Verdroffenheit“ und die „unfruchtbare Kritik“ nicht als ein erschöpfendes Urteil gelten.

An seinen Neußerungen über die „internationalisierenden Bestrebungen“, die unsere „gesunde völkische Eigenart“ zu verwischen drohen“, fällt zunächst die Sprache auf. Es ist eine geheiligte Uebelkündigung deutscher Fürsten, zwar nach allen Lorbeeren zu trachten, die Herrschaft über die Sprache verleiht, nur nicht nach dem Lorbeer, den die Herrschaft über die Sprache verleiht; das war immer so, selbst dem Kaiser Sigmund, der Hüfprekner, den Kaiser als höhere Instanz über der Grammatik etablierte, und Kaiser Karl V., der Buchverfolger, die deutsche Sprache nur für brauchbar in der Unterhaltung mit Fremden erklärte; mit einzelnen Ausnahmen, die die Regel bestätigen, wie Friedrich Wilhelm IV., den Heine ja schon als solche Ausnahme besungen hat. Wir wollen deshalb

### Auf Lügenpfaden.

Auf der in Augsburg anlässlich des Katholikentages abgehaltenen Versammlung des katholischen Pressevereins für Bayern lamentierte u. a. Erzbischof Wettinger-München über die böse gegnerische Presse, die vor keinem Mittel zurückschreckt, um die arme Zentrumspartei zu diskreditieren. Wörtlich sagte der Erzbischof nach der „Alln. Volksztg.“:

„Wir unsererzeit sind auf dem Gebiete der Presse die Schwächeren und werden es bleiben, und zwar aus den nachfolgenden Gründen: wir können nicht diejenigen Mittel gebrauchen, zu denen die anderen ohne Bedenken greifen. Wir sind immer in der Defensive, während die anderen unter Zuhilfenahme bedenklicher Mittel und angreifen, müssen wir uns auf die Verteidigung beschränken. So führt das Unglück von allen Seiten auf uns ein, ohne daß wir zum Angriff übergehen können, obwohl wir bei der größeren Vertrauenswürdigkeit des Feindes sicher ein leichteres Arbeiten hätten. Unser katholisches Gewissen verbietet uns jene Waffen. Und dann noch eins: Wir dürfen nicht lügen! (Rechtlicher Beifall und Heiterkeit.) Der Feind aber schreckt vor der Lüge nicht zurück; er macht aus der Lüge einen Elefanten, und wo er nichts findet, da erdichtet er etwas, um uns verächtlich zu machen.“

Daß die fromme Zentrumspresse durchaus nicht so tugendhafte Pfade wandelt, wie Erzbischof Wettinger glauben machen will, zeigt eine Notiz des katholischen „Arbeiter“, in der eine Petition der Zündholzarbeiter in Habelschwerdt um Unterstützung in ihrer durch die Zollgesetzgebung geschaffenen Notlage im Wortlaut wiedergegeben wird. Das Blatt schreibt zu dieser Petition:

„Welche Antwort dem katholischen Arbeiterverein Habelschwerdt auf obige Eingabe geworden ist, ist uns zur Stunde noch nicht bekannt; doch dürfte dieselbe in einem für die Wittsteller günstigen Sinne ausfallen, da ja im Katholikentag seinerzeit unseres Wissens nicht bloß die Zündholzarbeiter, sondern auch die Zündwarenarbeiter in die oben genannten Unterstützungen miteinbezogen worden sind.“

Um die ganze elende Heuchelei des christlichen Staates zu verstehen, muß man wissen, daß der Redakteur des Blattes, Herr Dr. Fleischer, selbst im Reichstage sitzt und samt den andern christlichen Arbeiterführern gegen die sozialdemokratischen Anträge auf Unterstützung der geschädigten Zündholzarbeiter gestimmt hat. Wie sagte doch Dr. Egl, der seine Leute genau kannte, über das Zentrum: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“

### Bestechungsgelder für die Presse.

In einem Prozeß, der vom Vormund der Frau v. Schönebed-Weber gegen deren Gatten wegen Sicherstellung des angeblich bedrohten Vermögens der ehemaligen Frau v. Schönebed angestrengt worden war, stellte sich auch heraus, daß von Herrn Weber 3000 Mark „für die Presse“ ausgegeben worden waren. Der Rechtsanwalt Weher, der Anwalt Webers, soll diese Ausgaben als „äußerst notwendig“ bezeichnet haben. Man habe den Zeitungen Anzeigen überweisen müssen, um Schmäheartikel gegen Herrn Weber zu unterdrücken! — In einer Zuschrift an das „Völkische Tageblatt“ bestätigt Herr Weber nochmals selbst die Tatsache dieser Aufwendung zu dem genannten Zweck. Nur bestreitet er, daß diese Bestechungsgelder für die „anständige“ Presse aufgewendet worden seien. Das Völkische Tageblatt verlangt nun dringlich die Nennung der nicht anständigen Blätter. Ob Herr Weber diesem Wunsch nachkommen wird?!

### Im Dienste des Zaren.

Die um das armselige Leben Nikolaus II. sehr besorgten heftigen Polizeibehörden hatten, wie bereits gemeldet, am Dienstag in Bad Nauheim einen „verdächtigen Russen, den man für einen Anarchisten hielt“, verhaftet. In ihrem Eifer für das leibliche Wohl des Zaren hat die Polizei, wahrscheinlich angeregt durch russische Spitzel, gründlich daneben gegriffen. Der Verhaftete ist der seit drei Jahren regelmäßig nach Nauheim zur Kur kommende Arzt Dr. Mandelberg, Mitglied der zweiten Duma, in der er zur sozialdemokratischen Fraktion gehörte. Mandelberg hat, nachdem Nikolaus II. seinen feierlich beschworenen Eid elend brach und die Duma aufhob, Rußland verlassen und sich in Merrie an der Riviera als Arzt niedergelassen. Natürlich hat Mandelberg mit dem Anarchismus durchaus nichts gemein, im Gegenteil bekämpfte er als Marxist die verheerliche Propaganda der Lat.

Die „Mainzer Volkszeitung“ regt an, daß die Landtagsfraktion der Zweiten Kammer die Verhaftung der ausländischen Kurgäste in Bad Nauheim aus Anlaß des Zarenbesuches zur Sprache bringt.

### Eine polnisch-nationalistische Sonderkandidatur in Frankfurt-Lebus.

Kürzlich beschäftigten sich die Nationalpolen in Frankfurt a. D. mit der Reichstagswahl. Der Vertreter des polnischen Wahlkomitees für die Provinz Brandenburg, Cassimir Rentowski aus Berlin, mißbilligte das Verhalten der polnischen Landtagsfraktion bei der Erhöhung der Wahlliste, sowie die ganze Politik der polnischen Abgeordneten, welche den Interessen des polnischen Volkes

ganz dahingestellt sein lassen, ob der Kronprinz sich mit dem neuen Verbund: internationalisieren als glücklicher Sprachschöpfer bewährt hat, aber wir glauben allerdings, daß er sich mit der „gesunden völkischen Eigenart“ nicht gerade an die richtige Schiene gewandt hat. Die Worte: Völkisch und Volkheit sind, wie schon in der freisinnigen Presse ganz richtig hervorgehoben worden ist, österreichisches Antisemitengewächs und verdrängen sich an dem Werte der deutschen Sprache ebenso wie das Wort: dieabzugglich und ähnliches Unkraut aus der gleichen Gegend.

In der bürgerlichen Presse hat gerade dieser Satz des Kronprinzen — von den internationalisierenden Bestrebungen, die die gesunde völkische Eigenart zu verwischen drohen. — ein ziemliches Hallo hervorgerufen: die Altschulischen und die Antisemiten um so, als hätten sich die Worten des tausendjährigen Reiches aufgetan, während die liberalen Monarchisten mit aufrechtertümmer die Möglichkeit erwägen, daß der Thronfolger seine Bildung aus den unsterblichen Werken der Harden und Linnau schöpfe, denn diese beiden hervorragenden Denker haben das Erbpaß der österreichischen Antisemiten, die völkische Volkheit, in Erbpaß genommen. Uns scheint bei diesem Gerede ganz groteskweise eine Unmasse von Deuderschwarze und Zeitungspapier verschwendet zu werden, denn einstweilen hat der Kronprinz „nig zu sagen“, und wir würden es auch mit großer Hastigkeit zu tragen wissen, wenn er in den Harden und Linnau seine idealen Vorbilder erblickte. Um so besser für unsere Zukunft!

In diesem Sinne ist es denn freilich bemerkenswert, daß im selben Augenblick, wo sich der Kronprinz in Schlogworten antisemitischen Ursprungs gefällt, die sozialdemokratischen Wähler in Hhobou-Marienberg dem antisemitischen Treiben einen vernichtenden Stoß versetzen. Und so soll es bleiben. Was es mit der dieabzugglichen völkischen Eigenart stehen wie es will, nationale Eigenart des deutschen Volkes ist, für die Gegenpartei wie für die Zukunft, die stärkste Arbeiterpartei der Welt zu besitzen, die im schloffenen Gegensatz zur Monarchie und allen monarchischen Einrichtungen steht.

nicht entspricht; er verlangte schließlich, daß man nur Abgeordnete aus dem Arbeiterstande wähle. Nach langem Hin- und Herreden einigte man sich endlich auf die Kandidatur des Rechtsanwalts Dr. Chrzanowski aus Posen. In der Versammlung waren nur 70 Nationalpolen anwesend.

Die polnisch-nationalistische Sonderkandidatur wird dem sozialdemokratischen Kandidaten nicht viel Abbruch tun. Die Masse der polnischen Arbeiter, welche im Wahlkreise ihrer Beschäftigung nachgehen, haben wohl soviel Klassenempfinden, daß sie nur sozialdemokratische Stimmzettel abgeben.

### Schleswiger Methoden.

Ein fast unglaubliches Vorkommnis, das grollt die vollkommen rechtslosigkeit ausländischer Arbeiter in Deutschland beleuchtet, wird der „Frankf. Zig.“ von der zur Provinz Schleswig gehörenden Insel Fehmarn gemeldet. Ein dortiger Landwirt hatte am 12. November 1907 ein galizisches Mädchen in Dienst genommen; der Vertrag wurde auf ein Jahr vereinbart. Da der Gutbesitzer mit der Tätigkeit des Mädchens durchaus zufrieden war, wurde der Vertrag nach Ablauf des Jahres auf ein weiteres Jahr verlängert. Plötzlich aber wurde das Mädchen am 5. Januar 1910 auf Anordnung des Landrats in Cismar verhaftet, weil es als Ausländerin das deutsche Staatsgebiet am 20. Dezember 1909 nicht verlassen hatte. Der Dienstherr wandte sich an den ihm befreundeten Amtsbürgermeister — vergebens; an den Landrat — vergebens. Schließlich, nachdem sich das Mädchen über fünf Monate in Haft befunden hatte, versuchte er als letztes Mittel ein Verbot an den Regierungspräsidenten in Schleswig, forderte dringend die sofortige Haftentlassung des Mädchens und — falls solches aus gesetzlichen Gründen geschehen müsse — ihre Expedition über die Grenze. Nach circa vierzehn Tagen kam von der Regierung die Antwort, daß die Sache zur weiteren Veranlassung dem Herrn Landrat zu Cismar übergeben sei! Das Landratsamt teilte dem Gutbesitzer dann am 9. Juni mit, daß die Entlassung des Mädchens aus der Polizeihaft nach Lage der bestehenden Vorschriften nicht angängig sei! Noch am 28. Juli — und vielleicht noch heute — sah das unglückliche Mädchen in Haft. Und der Grund: es hat nicht die Ehre, Unterthanin des vorderrussischen Vorkriegslandes zu sein. Damit im Drama der Dumme nicht fehle, soll der betreffende Gutbesitzer für das Mädchen während der Dauer der Haft pro Tag 80 Pfennig Verpflegungsgelder an den Staat zahlen, der ihn seiner Arbeitskräfte beraubt.

Wahrscheinlich stützen sich die Behörden in ihrem absonderlichen Vorgehen auf die Bestimmungen über die Beschäftigung ausländischer Sachsgänger. Wenn die Heranziehung dieser Vorschriften im vorliegenden Falle schon sehr bedenklich erscheint, so stellt sich die achtmonatliche Inhaftierung als eine mit den Gesetzen nicht zu vereinbarende Maßnahme dar. Man konnte die Ausländerin vielleicht ausweisen, aber durfte sie nicht eine so lange Zeit ihrer Freiheit berauben. Die Oeffentlichkeit hat ein Recht, eine sofortige Klarstellung des beschämenden Vorkommnisses zu fordern.

### Ein schwarzes Geständnis.

Ein schwarzes Schuldbekenntnis legt das mit Sigis Tod ganz ins Zentrumsschwarzgeratene „Bayerische Vaterland“ (Eigentum des Geffl. Rates Sturm und des Zentrumsgewählten Dr. Heim) ab, indem es schreibt:

„Das Zentrum muß das Bad austrinken, das es sich durch Zustimmung zur Reichssteuerreform angeeignet hat. Es habe den Junkern gehalten, den ihnen verbotenen Reichszollern Willen zu stützen, das sei ebenso berechtigt gewesen, wie die Ablehnung der Erbschaftsteuer verfehlt. Es habe dafür unpopuläre Steuern genehmigt und nicht einmal sich verschert, daß im Reich mit größerer Sparsamkeit wirtschaftet werde. Das Zentrum habe voreilig gehandelt und jetzt soll es weitere Steuern und Volkslasten genehmigen! Daburberberbe sich die Partei die Sympathien in den weitesten Volksteilen und helfe nur dazu, die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten zu vermehren, die Nationalliberalen und Konservativen durch die linksstehenden Parteien an die Wand zu drücken. Das Zentrum müsse also die entscheidende Ablehnung weiterer Forderungen für Armee und Marine zum Programm machen, sonst gehe es bei den nächsten Wahlen schief. Das „Vaterland“ schließt seinen Artikel mit dem Ausruf: „Nur mit trübten Wägen kann ein gut gesinnter Anhänger des Zentrums bei diesen Verhältnissen in die Zukunft schauen; mögen die Führer des Zentrums die Situation richtig erfassen und danach handeln.“

Die Reue des von hervorragenden Zentrumsherrn beherrschten Blattes kommt zu spät. Zwar hoffen seine Führer, daß sie mit Hilfe der Geistlichkeit wiederum, wie schon öfter, die Wählermassen beschwichtigen, einfließen und einreisen können, allein auch den Zentrumswählern wird das Mehrsteuern und Mehrzahlen allmählich zu dumm.

### Zur Affäre des Generals v. Wagners

meldet die „Deutsche Journalpost“: In der Angelegenheit der Frau Oberleutnant Weersmann gegen den Vater ihrer beiden außerhalb der Ehe geborenen Kinder, den General a. D. Freiherrn v. Wagner, ist bekanntlich ein Urteil der ersten Zivilkammer des hiesigen Landgerichts I dahin ergangen, daß Frau Weersmann mit ihrem Verlangen nach Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen Herrn v. Wagner auf Alimentierung abgewiesen wurde. Das Urteil stützt sich darauf, daß Frau Weersmann sachfällig sei, weil sie eine Erklärung unterschrieben habe, wonach sie gegen Zahlung von 9000 Mark auf alle Ansprüche gegen Herrn v. Wagner verzichtete. Diese Verzichtserklärung wurde von ihr in der Verhandlung angefochten, jedenfalls ist sie heute angefochten der Entmündigung der Frau ohne Bedeutung und damit der Entscheidung des Landgerichts der Boden entzogen. In dieser Richtung wird sich der Berufungsantrag bewegen.

Wie wir hören, war Herr v. Wagner die Tatsache der Entmündigung seiner Geliebten von Anfang an bekannt. Er ließ sich aber hierdurch in seinem Verkehr mit einer angeblichen Weisteskranken nicht stören und sand auch nichts davon, sich von einer entmündigten Frau eine Verzichtserklärung auf alle Ansprüche gegen seine Person ausstellen zu lassen. Allerdings muß gesagt werden, daß Herr v. Wagner erst in der zweiten Verhandlung und auch nurögernd von diesem Schriftstück Gebrauch gemacht hat.

### Die reaktionäre Phalanx in Neuchâtel.

Die bürgerlichen Parteien im Kanton Neuchâtel j. S. waren sich, wie die wechselseitigen Freizugsentscheidungen in der reaktionären „Geraer Zeitung“ und dem „links-freimüthigen „Geraischen Tageblatt“ erkennen lassen, darüber, wer bei der bevorstehenden Reichstagswahl bürgerlicher Kandidat werden soll, arg in der Hitze geraten, und hinter den Parteiführern muß es böse hergegangen sein, ehe man sich schließlich auf einen Kandidaten geeinigt hat. Die „Geraer Zeitung“ verkündet nun in einem scheinend von offizieller nationalliberaler Seite inspirierten Artikel an leitender Stelle, daß sich alle bürgerlichen Par-

teien, nämlich die nationalliberale Partei, die fortschrittliche Volkspartei, der Hansabund, der Bund der Landwirte, die Mittelländervereinigung usw. auf einen gemeinsamen Reichstagskandidaten geeinigt haben, und zwar auf den hiesigen bürgerlichen Vertreter des Kreises, den Landrat Max Horn in Schaffhausen. Herr Horn wird „Verständnis für nationale Notwendigkeiten“ (soll heißen: neue Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien und neue indirekte Steuern), für die „Bedürfnisse der einzelnen Stände“ (soll heißen: Schulgelder, Viehegaben, Grenzsteuern) und für den „Ausgleich der widerstrebenden wirtschaftlichen Interessen“ (soll heißen: auf Kosten des arbeitenden Volkes) nachgeräumt. Wie es mit alledem bestellt ist, beweist u. a. die Stellungnahme des Herrn Horn zur Reichsversicherungsordnung, zu der er als nationalliberaler Fraktionsredner gesprochen hat. In seiner Rede ist er für alle reaktionären Bestimmungen des Entwurfes, insbesondere für die Verfestigung des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten in den Krankenkassen eingetreten.

Die „Geraer Zeitung“ ist außerordentlich stolz auf das Werk, und stolz ruft sie den bürgerlichen Parteien der anderen Wahlkreise zu: „Geht hin und tut desgleichen! Wir können nur wünschen, daß sie mit dieser Aufforderung Erfolg habe, damit auch der letzte freigeistige Mann aus den bürgerlichen Parteien verzagt und in die Reihen der Sozialdemokratie getrieben werde. Denn die Sammelpolitik, die die bürgerlichen Parteien in unserm Kanton im Kleinen getrieben haben, wird kein anderes Ergebnis zeitigen wie die Sammelpolitik, die der philosophische Herr v. Bethmann Hollweg nach den Mitteilungen der „Nationalzeitung“ im ganzen Deutschen Reich im großen einleiten will: eine Degenerierung der bürgerlichen Parteien, wie sie noch nicht dagewesen ist.“

Die gut organisierte Arbeiterschaft in dem industriereichen Kanton Neuchâtel j. S. steht gerührt da; sie wird zeigen, daß die bürgerlichen Parteien bei uns ausgeglückt haben; sie wird der heiligen Allianz vom Bunde der Landwirte bis zur fortschrittlichen Volkspartei eine vernichtende Niederlage bereiten und ihr die Kandidatenliste für die Zukunft ein für allemal abnehmen.

### England.

#### Die Steuern der englischen Junker.

London, 30. August. (Sig. Ber.) Eine eigenartige und amüsante Agitation entfalten augenblicklich die englischen konservativen Blätter. Sie bringen spaltenlange Proteste gegen das „inquisitorische“ Verfahren der Beamten, die mit der Aufstellung des in dem viel umstrittenen Finanzgesetz Lord Georges beschlossenen Wertkatasters beschäftigt sind. Bekanntlich war es das Wertkataster, das zum ersten Male seit den Zeiten Wilhelms des Eroberers Licht in die Vermögensverhältnisse der großen Landbesitzer bringen soll, das in den konservativen Reihen den hartnäckigsten Widerstand hervorrief. Trotzdem nun das Budget schon längst angenommen ist, laufen die Landbesitzer dennoch immer Sturm gegen das verhaßte Kataster. Zuerst versuchten sie, die Bemühungen der Steuerbehörde als lächerlich und unnützlich hinzustellen; sie verwiesen auf die Kompliziertheit der ausgefandenen Formulare, deren Fragen nur der Schatzkanzler selbst verstehen könne. Dann griffen sie zu dem alten bewährten Mittel, den kleinen Mann mit seinem teuer erworbenen Häuschen vorzuziehen, der auf irgend eine Weise durch die behördliche Auslegung der Landsteuergesetze benachteiligt werde.

Kurzum, die englischen Junker sind in großen Wägen. Geben sie, um den künftigen Wertzuwachs zu verkleinern, den Wert ihres Besitzes so hoch an, so müssen sie eine verhältnismäßig hohe Landsteuer entrichten, die ja auch nicht nach dem Ertrage, sondern nach dem Werte des Landes bemessen wird. Sehen sie aber umgekehrt den Wert des Landes zu niedrig an, so steht ihnen die Zahlung einer höheren Wertzuwachssteuer bevor. Man sieht, Herr Lord George hat den Leuten, die die Bemessung der Steuerbehörde als eine Art Naturrecht beanspruchen, das Handwerk ziemlich schwierig gemacht. Der Privatsekretär des Schatzkanzlers versichert ihnen, daß sie am besten dabei fahren würden, wenn sie ihre Angaben der Wahrheit gemäß machten. Aber solchen Spatz vertreiben die Landbesitzer nicht. Daher diese Tränen. Als weiterer beunruhigender Faktor kommt hinzu, daß viele der Eblen der Nation die nicht unbegründete Angst haben, daß die ermittelten Resultate von der Steuerbehörde auch bei der sonstigen Steuerveranlagung als Unterlage benutzt werden können. Es schmeißt ihnen das Bild so mancher Patrioten vor, der nur für einige Tausend Mark Einkommensteuer zahlte und dessen Vermögen sich bei seinem Tode auf mehrere Millionen stellte oder der sein Geld in ausländischen Unternehmungen angelegt hatte. Sie kennen die Klagen der Leute, die das vorher als ganz wertlos angegebene Land an Eisenbahngesellschaften und ähnliche Unternehmen zu enormen Preisen veräußerten. In all diesen Fällen griff nachher die Steuerbehörde ein und rechnete sich die Steuerhinterziehungen aus. Andere Länder, andere Sitten; die Junkerstimpe scheint jedoch in allen Ländern nach dem selben Rezept zu arbeiten.

### Amerika.

#### Roosevelts Demagogie.

New York, 1. September. In seiner Rede, welche Roosevelt gestern in Osawatimie gehalten hatte, erklärte er den Krieg bis aufs Messer gegen alle diejenigen, die persönliche Spezialinteressen vertreten, welche gegen das allgemeine Wohl gerichtet sind. Diese Attacke Roosevelts ist vor allem gegen das von Jahr zu Jahr immer mehr zunehmende Meer der Milliardäre gerichtet. „Die völlige Abwesenheit von irgendwelchen Einschränkungen seitens des Staates oder der Nation gestattet es einer unerschöpflichen Clique von faulhaft reichen Menschen, die in ihrem Leben keinen anderen Zweck sehen, als ihre Macht zu bewahren oder gar noch zu erhöhen, sich immer reicher zu machen mit dem Gelde der armen Steuerzahler. Unsere erste Pflicht muß sein, die sozialen Lebensbedingungen völlig zu ändern, welche es diesen Menschen gestattet, sich der Macht und des Einflusses zu bemächtigen auf Kosten vieler Millionen Entrechteter.“ Später sagte Roosevelt: „Es genügt nicht, daß ein Vermögen ohne Verbrechen an der Allgemeinheit gewonnen ist; wir dürfen auch nicht gestatten, daß ein solches Vermögen wächst, wenn es nicht dabei zugleich der großen Allgemeinheit dient. Damit dies aber der Fall wird, muß eine sehr aktive einflussreiche Politik der Regierung gefordert werden. Es ist notwendig, daß die Regierung die sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen kontrolliert, sich der sog. zweiten Klasse der Menschheit, die nur durch den Dollar deklariert ist, mehr annimmt, ihr Lob besingt!“

Ein unbeschreiblicher, bis an Wahnsinn grenzender Enthusiasmus erhob sich nach dieser Rede Roosevelts. Der Gouverneur des Staates Mr. Strubbs begrüßte offiziell Roosevelt nicht nur als den größten Mann der Vereinigten Staaten, sondern als den größten Mann der Welt!

### Soziales.

#### Zum Kapitel Steuerhinterziehung.

Der „Patriotismus“ der Besitzenden geht in keinem Lande so weit, daß sie auch dem Gesetze entsprechend zu den Steuern beitragen wollten. In der demokratischen Schweiz betrügen sie den Staat nicht minder, wie im halbabsolutistischen Deutschland. Wie Professor Joseph Ehlen (Zürich) in einem soeben erschienenen Buche über „Die direkten Steuern im Kanton Zürich und ihre Reform“ (Zürich 1910, Verlag von Rascher u. Co.) mitteilt, haben die 15 000

Zubehörfaktionen, die von 1870—1907 im Kanton Zürich stattfanden, folgendes Resultat ergeben:

| Jahresperiode | Inventarisationen | Steuerpflichtiges Vermögen | Versteuertes Vermögen | Prozent |
|---------------|-------------------|----------------------------|-----------------------|---------|
| 1870—1879     | 3 593             | 97 417 000                 | 62 567 000            | 64.0    |
| 1880—1889     | 2 833             | 127 891 000                | 83 120 000            | 65.0    |
| 1890—1899     | 4 309             | 292 272 000                | 181 413 000           | 66.5    |
| 1900—1907     | 4 658             | 219 917 100                | 148 522 000           | 67.5    |
| 1870—1907     | 15 453            | 677 297 100                | 425 622 200           | 62.8    |

Im Durchschnitt der 37 Jahre 1870—1907 sind also noch nicht einmal zwei Drittel des steuerpflichtigen Vermögens tatsächlich versteuert worden.

Die Inventarisierungen des Vermögens von Steuerpflichtigen finden bei gewissen Anlässen statt, z. B. beim Antritt von Vormundschaften, aus Anlaß der Veranlagung zur Erbschaftsteuer, zum Teil auch infolge von Steuerrekursen.

Ueber die Hinterziehungen bei der Einkommensteuer fehlen genaue Anhaltspunkte, aber Professor Ehlen behauptet, die Angehörigen der freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte) seien mit ihrem zum Teil sehr hohen Einkommen notorisch um die Hälfte und oft weit mehr zu niedrig eingeschätzt. Am unvollständigsten dürfte aber das ununterhaltene Einkommen der selbständigen Unternehmer in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel erfasst werden. Im allgemeinen werde hier nicht mehr versteuert, als was nach Abzug des Lebensunterhaltes bleibe, das, was man auf die Seite legen könne.

#### Prinzipielles vom Ladenschluß an Sonntagen.

§ 41a der Gewerbeordnung bestimmt: „Soweit nach den Bestimmungen der §§ 105b bis 105h Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden. Diese Bestimmung findet auf den Geschäftsbetrieb von Konsum- und anderen Vereinen entsprechende Anwendung.“ In Berlin endet nun nach der dazu ergangenen Polizeiverordnung vom 20. Juni 1902 diese Zeit, zu der an Sonntagen ein Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen zulässig ist, nachmittags um 2 Uhr. Nach 2 Uhr verabschiedet eines Sonntags die Ehefrau des Fleischermeisters Klopff, der ein Ladengeschäft hat, an einen Kunden Schinken, der von ihm vor 2 Uhr bestellt und auch bezahlt worden war. Der Mann hatte noch einen Gang besorgt und sich den Schinken auf dem Rückweg abgeholt. Das Ladengeschäft sah darin einen Verstoß gegen den § 41a der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 105b und mit der erwähnten Polizeiverordnung. Es läge hier ein Gewerbebetrieb in nicht zugelassener Zeit vor, denn die Aushändigung des allerdings rechtzeitig bestellte und bezahlten Schinkens gehöre nach zur Aushändigung des Gewerbebetriebs im Sinne des § 41a der Gewerbeordnung. Der Inhaber des Geschäfts hätte verurteilt werden müssen.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, der Verkauf sei schon durch die rechtzeitig erfolgte Bezahlung erledigt gewesen und die bloße Aushändigung der Ware nach 2 Uhr könne nicht mehr als Ausübung des Gewerbebetriebes gelten.

Das Kammergericht verwarf zwar die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück, gab aber in der Hauptsache dem Angeklagten Unrecht. Begründend wurde ausgeführt: Der § 41a der Gewerbeordnung sei strenger als der § 105d, der beim merkantilen Geschäftsschluß ein Ausbleiben der bereits im Laden anwesenden Kunden noch gestatte. Nach § 41a müsse an Sonntagen zu der festgesetzten Zeit der Gewerbebetrieb überhaupt beendet sein. § 41a stehe in inniger Verbindung mit §§ 105b bis h. Nach ihm darf in allen Fällen, wo an Sonn- und Festtagen Angeestellte nicht beschäftigt werden dürfen, ein Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen nicht stattfinden. Zweifellos dürfte ein Gehilfe eine solche Tätigkeit (die Warenaushändigung) am Sonntag nach 2 Uhr nicht ausüben, da er sonst nach 2 Uhr hätte im Geschäft verweilen müssen, was eben ausgeschlossen sein sollte. Zweifellos würde sich der Geschäftsinhaber strafbar machen, wenn er den Gehilfen, und sei es auch nur mit der Aushändigung einer schon früher bezahlten Ware, nach 2 Uhr noch beschäftigte. Da nun § 41a aus Konkurrenzrücksichten erlassen sei, so wäre weiter zu folgern, daß der kleine Mann, der keine Gehilfen beschäftigt, nicht besser gestellt werden sollte, als der, der Gehilfen hat. So müsse man davon ausgehen, daß auch der kleine Geschäftsmann, der selbst die Ware aushändigt, nicht berechtigt sei, am Sonntag noch nach Schluß der zulässigen Zeit schon vorher verkaufte Ware auszuhändigen. Der Angeklagte wäre deshalb zu bestrafen, wenn sein Verschulden feststände. Das sieht noch nicht fest. Es müsse vom Landgericht nachgeprüft werden, ob seine Frau in seinem Auftrage oder mit seinem Bewilligen gehandelt habe. Darum die Zurückverweisung an das Landgericht.

#### Falsche Angaben über frühere Stellungen.

Eine bemerkenswerte Entscheidung fällt gestern die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Ein Buchhalter B. hatte sich bei dem Beklagten um eine Anstellung bemüht und zu diesem Zweck ein Zeugnis über die Art und Tätigkeit in seiner letzten Stellung eingereicht. Bei der persönlichen Vorstellung nannte der Kläger auf Verfragen des Beklagten, wie hoch sein letztes Monatsgehalt gewesen sei, die Summe von 100 M. B. wurde daraufhin unter denselben Gehaltsbedingungen engagiert; der Beklagte löste indessen nach kurzer Zeit das Vertragsverhältnis mit der Begründung, er sei vom Kläger bei Vertragsabschluss schwer getäuscht worden. Er hatte nämlich in der Zwischenzeit erfahren, daß der Buchhalter von seiner früheren Firma auf sein Bitten vor Besseren die Stellung ein Interimzeugnis erhalten hatte. Außerdem bezog er in seiner alten Stellung nicht 100 M., wie er angab, sondern nur 90 M. Der Beklagte steht auf dem Standpunkt, daß er zur freiförligen Entlassung berechtigt war. B. hätte pflichtgemäß bei Einreichung der Zeugnisabfertigung das letzte Zeugnis als „Interimzeugnis“ bezeichnen müssen. Ebenso enthalte die falsche Gehaltsangabe eine schwere Täuschung des Prinzipals. Auf Verlangen vermahnte aber der Beklagte nicht die Behauptung aufzustellen, daß das Abschlußzeugnis von dem Interimzeugnis inhaltlich wesentlich abwich.

Das Kaufmannsgericht fällt folgende Entscheidung: Die sofortige Entlassung des Klägers sei unbedenklich. Nur eine Täuschung über wesentliche Punkte rechtfertigt die Auflösung des Vertrages. Die Kennzeichnung des Interimzeugnisses als „Zeugnis“ sei aber hier nicht als wesentlich anzusehen. Zur Zahlung des Gehalts bis zum Ablauf der Kündigungsfrist sei mithin der Beklagte zu verurteilen, aber nur unter Berechnung eines Monatsgehalts von 90 M. Denn das Gericht habe angenommen, daß der Beklagte nur dies Monatsgehalt bewilligt hätte, wenn er die Wahrheit über den früheren Gehaltsbezug des Klägers gewußt hätte.

#### Die Gehaltsangabe im Zeugnis.

Mit der Frage, ob die Angabe des Gehaltsbezuges im Rahmen eines Zeugnisses statthaft sei, hatte sich gestern die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu befassen. Ein Kaufmann D. hatte seinem Gehilfen beim Abgange ein im allgemeinen gültiges Zeugnis gegeben, nur in einer Nachschrift fügte er die Angabe hinzu: „U. bezog zuletzt 70 M. Gehalt bei mir.“ Der auf Streichung dieses Satzes klagende Gehilfe machte geltend, der Zusatz könne ihm in späterer Zeit vielleicht einmal hinderlich sein. Das Kaufmannsgericht erwiderte den Antrag des Klägers auf Streichung des Nachsatzes für begründet. Gleichviel ob die Befürchtungen des Klägers berechtigt sind oder nicht, so habe D. einen Anspruch darauf, daß der Zusatz gestrichen wird. Die Angabe über Gehaltsbezüge gehöre nicht in ein Zeugnis.

# Gewerkschaftliches.

## Ein Massenprotest gegen einen fabrikinspektoren-Bericht.

Im „Vorwärts“ ist der Gewerbeinspektionsbericht bereits tiefer gehängt worden, den der Inspektor für Oberrhein, Regierungs- und Gewerbeamt Crépin, in diesem Jahre erstattet hat und der vor kurzem veröffentlicht wurde. Darin notiert der offenbar gut liberal gesinnte Herr Regierungsrat unter anderem mit feierlichem Ernste, daß von den Herren Industriellen in Mülhausen i. E. vielfach Klage darüber geführt wurde, daß die älteren Arbeiter, namentlich solche sozialistischer Richtung, die jungen Leute im Betriebe zur Interesseloseigkeit und Nachlässigkeit bei Verrichtung der Arbeit und häufig sogar (!) zur Unbotmäßigkeit gegenüber ihrem Arbeitgeber aufstacheln, um auf alle Weise den Arbeitgeber zu schädigen (!) und der Jugend beizubringen den Keim der Unzufriedenheit einzupflanzen.“ Diese Anschuldigung der Sabotage an großmütigen Gewerkschaftskartell in Mülhausen doch nicht stillschweigend auf der Arbeiterschaft sitzen lassen, und da über die Gewerbeinspektion in Elsaß-Lothringen, die im richtigen Verhältnis zur Rückständigkeit des Landesparlamentes in Elsaß-Lothringen steht, auch sonst noch einiges zu sagen ist, so berief das Kartell auf letzten Dienstag eine öffentliche Versammlung ein, die sich ausschließlich mit den Gewerbeinspektionsberichten für Elsaß-Lothringen befaßte. Die Versammlung war überfüllt und nahm nach einem Referate des Arbeitersekretärs Genossen Widj und nach Reden der Gewerkschaftsbeamten Gsell und Groß einstimmig die folgende Resolution an:

„Die heute, am 30. August 1910, tagende öffentliche Versammlung der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von dem Bericht der Gewerbeinspektoren von Elsaß-Lothringen. Die Versammlung weist die im Bericht für Oberrhein festgelegten Verbindungen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft mit Entrüstung zurück. Die Versammlung bedauert, daß der jeweilige Bericht der elsass-lothringischen Gewerbeinspektion immer nur die trockenen Tatsachen konstatierte und niemals Kritik an den bestehenden Verhältnissen in den der Gewerbeinspektion unterstellten Betrieben geübt wird. Des weiteren bedauert die Versammlung, daß auch niemals Vorschläge von Seiten der Gewerbeinspektoren erfolgen, die durchzuführen im Interesse der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter notwendig wären. Die Versammlung verurteilt es auf das Entschiedenste, daß, soweit in den Berichten von einer Kritik die Rede sein kann, diese nur in ganz einseitiger, arbeitgeberfeindlicher Weise erfolgt ist. Die Versammlungen glauben verlangen zu dürfen, daß die Gewerbeinspektoren bei Beurteilung der Arbeiterverhältnisse auch die Arbeiterorganisationen um Auskunft angehen. Auch eine engere Fühlung mit der Arbeiterschaft, wie dies bei anderen Gewerbe- und Fabrikinspektionen schon längst der Fall ist, wäre sehr wünschenswert. Die vorgenommenen Revisionen zeigen zur Genüge, daß ein Ausbau der Fabrikinspektion unbedingt notwendig ist, und die Versammlung verlangt, daß die Regierung hier die notwendigen Maßnahmen trifft, um eine Gewerbeinspektion zu schaffen, die den Verhältnissen der Industrie des Ober-Elsaß Rechnung trägt.“

Der mittels Einschreibebriefs zur Teilnahme an der Versammlung eingeladen Herr Regierungsrat und Gewerbeinspektor zog es vor, nicht zu erscheinen.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung! Bauanschläger, Bau-, Geldschrankschlosser und Kunstschmiede!

Der Arbeitgeberverband und die Innung für das Schlossergewerbe haben beschlossen, den Arbeitsnachweis, welcher bisher in der Gormannstraße war, und unter Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter geleitet wurde, an den Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustriellen (Gartenstraße) anzugliedern. Da dieses eine Verschlechterung für die Kollegen gegenüber dem bisherigen Verhältnis bedeutet, so machen wir darauf aufmerksam, daß der Arbeitsnachweis für das Schlossergewerbe sich nach wie vor in der Räderstraße 9 befindet. Dieser Arbeitsnachweis ist mit unserem Verband auf paritätischer Grundlage vereinbart und dennoch nur einzig und allein für die Bauanschläger, Schlosser und Kunstschmiede, welche in den Bau-, Kunstschlossereien und Geldschrankfabriken Arbeit annehmen wollen, maßgebend.

Deshalb ersuchen wir die Kollegen, diese Mitteilung zu beachten, auch weiter zu verbreiten, und den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes für das Schlossergewerbe zu meiden.

In der nächsten Woche findet wegen dieser Angelegenheit eine Versammlung statt, in der die Kollegen weitere Mitteilung erhalten. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Berliner Kalkulierer, Begleiter und Bodenarbeiter in den Expeditionsgeschäften befinden sich in einer Lohnbewegung. Die betroffenen Betriebe haben infolgedessen an ihre Kundenchaft ein Zirkular mit der Bitte um Nachsicht versandt, falls die Expeditionsaufträge nicht mit der gewohnten Promptheit erledigt werden. Unterzeichnet ist das Zirkular von folgenden Firmen: Bergemann u. Co., Berliner Abroll-Expeditions-Verein, Otto u. Co., Berliner Expeditions-Verein, Aktien-Gesellschaft, Berliner Expeditions-Haus und Produktions-Expeditoren Georg Reinald, Berliner Expeditions- und Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft (vorm. Bary u. Co.), Berliner Transport-Verein, Knopf u. Goehle, W. Vornhardt u. Co., Vornhardt u. Frühlings, Max Vrosch u. Co., Vrosch u. Rothenstein, Deutsch-Internationale Transport-Gesellschaft Heinrich Ved u. Co., A. H. Fischer, Förster, Ruttmann u. Co., Kachl, R. Freudenfeldt, A. G. Penze, Adolf Hesse u. von Deuren, Jacob u. Valentin, Internationales Expeditions-Bureau Georg Silberstein u. Co., Georg Kempermann, Gustav Krauer, J. Luther u. Co., W. Ratzgiller u. Co., Montag u. Schaeffer, A. Schäfer, Wilmersdorf, A. Schlichting u. Co., Kachl, Julius Schumacher, Berlin W. 35, Paul Schur, Expeditions-Gesellschaft Jacobshof m. b. H., Joseph Spiro, Transport-Comptoir der vereinigten Expeditoren auf dem Berlin-Anhaltischen Bahnhof, G. m. b. H., Transport-Comptoir der vereinigten Expeditoren auf dem Hamburg-Lehrter Güter-Bahnhof, G. m. b. H., A. Warmuth.

Der Streik der Arbeiter für gelochte Bleche wurde am Mittwochabend, wie schon kurz berichtet, mit großer Majorität beschlossen. Otto Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband erstattete in der Versammlung im „Englischen Garten“ einen ausführlichen Bericht über die letzte Verhandlung mit den Unternehmern. Es gelang der Kommission nicht, die Unternehmer zu bewegen, die Forderungen der Arbeiter in bezug auf eine Erhöhung der Mindestlöhne anzuerkennen. Die Unternehmer wollten höchstens das Bewilligen, was in dem Tarif für die Bauanschläger anerkannt worden ist. Die Kommission machte der Versammlung den Vorschlag, daß der Tarif, der mit der Firma Schmidt u. Hedenrath abgeschlossen wurde, als Grundlage für weitere Verhandlungen diene, aber mit der Maßgabe, daß eine Lohnzulage von 5 Pf. während der Tarifdauer statfinde, und zwar sollten 2 1/2 Pf. sofort und 2 1/2 Pf. vom 1. September 1911 ab zugewährt werden. Dieser Vorschlag wurde gründlich diskutiert und schließlich abgelehnt. Die Arbeiter waren damit wohl einverstanden, daß der Tarif bei

Schmidt u. Hedenrath als Grundlage diene, aber sie verlangten eine sofortige Erhöhung der Löhne um 5 Pf. pro Stunde, da die bestehenden Verhältnisse eine solche Lohnhöhung notwendig machen. Sie entschieden sich in einer geheimen Abstimmung dafür, sofort den Streik zu beginnen.

Am Donnerstagmorgen kamen die Streikenden im „Englischen Garten“ zusammen, und Handke konnte feststellen, daß die Arbeit in allen Betrieben einmütig niedergelegt worden ist. Überall legten die Arbeiter ihre Forderungen vor, und da sie nicht bewilligt wurden, traten sie sofort in den Streik. Die Unternehmer verhielten sich fast durchgängig nicht prinzipiell ablehnend; sie wiesen auf die Konkurrenz hin und wollten abwarten, was „die andern“ tun werden. Einzelne erklärten sich auch bereit zu verhandeln und einige Zugeständnisse zu machen. Die Streikenden betrachteten die Situation als sehr günstig und gaben ihrer Kommission Vollmacht, Verhandlungen zu pflegen, wenn unter den Unternehmern der Wunsch dazu geäußert wird.

Zur Lohnbewegung der Mineralwasser- und Kellerarbeiter Groß-Berlin. Im Laufe der letzten Wochen haben weitere fünf Firmen die Forderungen der Arbeiter anerkannt und bestehen zur Zeit Tarifverträge mit folgenden Firmen: Verolina, Rob. Martens, Hermann Thiel, Joh. Schömann, Königer Nachf., W. Günther u. Co., Apotheker Städtich Nachf., Busse, Frisch, Behl, Nahlenberg, E. Schüte Nachf., Neusch u. Pluge, O. Franke, Herm. Pohl, E. Janselow, Kaufh. Schaubert, Kadau u. Köster. Zurzeit bestehen noch Lohnbewegungen bei den Firmen Starik, Simon u. Ernst Krüger. Die Arbeiter der Firma Ernst Rausch haben sich durch Streik eine kleine Aufbesserung ihrer elenden Löhne erkämpft, doch stehen diese immer noch weit unter dem Tarif. Die Firma Dr. d'Heureuse hält den abgeschlossenen Tarif nicht ein.

In der Mineralwasserbranche bestehen noch Hunderte von Zweigbetrieben, zum Teil mit Bierverlag verbunden, in denen neben Familienangehörigen des Inhabers einzelne Arbeiter zu den erbärmlichsten Löhnen und an den denkbar schlechtesten Maschinen und Apparaten arbeiten. Diese Zweigbetriebe sind einer durchgreifenden Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im höchsten Grade hinderlich. Aus diesen Kreisen rekrutieren sich bei eventuellen Lohnkämpfen oftmals die Streikbrecher. Aber auch den Fabrikanten, welche ihren Arbeitern gern menschenwürdige Löhne zahlen möchten, stehen diese Kleinfirmen dabei hindernd entgegen. Ein weiteres Hindernis für die gesunde Entwicklung des Gewerbes findet sich leider in den Detailpreisen. Wohl begnügen sich die kleinen Gastwirte mit einem angemessenen Gewinn, hingegen fordern die Inhaber der Soas- und Gartenlokale geradezu unverhältnismäßige Preise, z. B. für eine Selter, die ihnen 3/4 Pf. kostet, 15 bis 20 Pf., für eine Brause (7 bis 8 Pf. Einkaufspreis) 25 bis 30 Pf. Bierwürde wird der durchaus wünschenswerte Konsum alkoholfreier Getränke künstlich zurückgebrängt und dadurch die Lage der in dieser Branche beschäftigten Arbeiterschaft nicht gerade gebessert.

Achtung, Geschäftskäufer! Die in dem Betriebe Freiherrl. v. Wittgensteinsche Kollerei, Panlow, Schmidtstraße 10, ausgeübten Differenzen sind durch Verhandlungen mit der Organisation beigelegt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind zur Zufriedenheit der dort beschäftigten Arbeiter geregelt. Wir bitten die organisierte Arbeiterschaft, sich von den betreffenden Käufern die braune Legitimationskarte der Organisation vorzeigen zu lassen. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

Transportarbeiter, Achtung! Bei der Firma Regeler u. Co., Emaillewaren an groß, Ritterstraße 71/75, sind gestern abend plötzlich 8 Packer und Hausdiener entlassen worden. Als Grund der Entlassung wurde seitens des vom Erholungsurlaub zurückgekehrten Chefs in einem Mias, der im Lagerkeller des Geschäfts angeschlagen wurde, angegeben, daß die Arbeiter während seiner Abwesenheit beschloffen hätten, „gemeinsam gegen die Firma vorzugehen und eventuell auch einen Streik durchzuführen“. Daran dachte vor der Hand kein Mensch. Wahre ist vielmehr, daß eine Besprechung stattgefunden, in der die äußerst niedrigen Löhne besprochen wurden, die für Familienväter 22 bis 24 M. betragen. Den 8 Entlassenen schlossen sich sofort 9 weitere Kollegen, die im Laufe des Tages noch eine Verhärterung erfahren dürften, an. In Betracht kommen insgesamt 27 Mann, davon 5 Kutscher. Wir ersuchen, den Betrieb bis auf weiteres zu meiden und vollste Solidarität zu üben. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Die Aussperrung in der optischen Industrie

Mathenows, die vom dortigen Arbeitgeberverband für den 31. August angekündigt war, ist durch Eingreifen des Bürgermeisters Lindner verhindert worden. Nach vierstündigen Verhandlungen, die unter der Leitung des Bürgermeisters stattfanden, kam es zu Vergleichsvorschlägen, deren wesentliche Punkte folgende sind: Die Arbeitszeit wird von 56 auf 54 Stunden verkürzt. Die Ueberstundenarbeit wird auf 8 Stunden in der Woche und auf die Gesamtdauer von höchstens 6 Wochen im Jahr beschränkt. Der Aufschlag beträgt wie bisher 10 Pf. Die von den Arbeitern geforderte Einführung der allgemeinen Lohnarbeit wird abgelehnt. Der Mindestlohn, unter dem männliche Lohnarbeiter nicht eingestellt werden dürfen, wird von 15 auf 18 M. erhöht. Der Mindestlohn für Arbeiterinnen unter 18 Jahren beträgt 7,50 M., über 18 Jahren 10 M. (Bisher 8 M. bzw. 7,50 M.) Für Goldarbeiter, die einigermassen befriedigende Verdienste erzielen, bleiben die bisherigen Alfordlöhne bestehen; für Stahl- und Nickelarbeiter wird ein Aufschlag von 5 Proz. gewährt, ausgenommen davon bleiben einige Warengattungen, die infolge der Marktverhältnisse einen Preisaufschlag nicht vertragen. Die geplanten Abzüge beim Spezialtarif der Einschleifer wurden größtenteils zurückgewiesen und bei einigen schlecht bezahlten Positionen annehmbare Verbesserungen erreicht. Wertvolle Verbesserungen zeitigte auch die Neuregelung des Spezialtarifs der optischen Hornverarbeiter. Für die Ausschleifer und Vorknetenarbeiter, die bisher ohne tarifliche Bestimmungen arbeiteten, müssen bis spätestens Jahresabschluss Einheitstarife geschaffen werden. Die Arbeiter nahmen die Vorschläge in einer Versammlung, die am 31. August unmittelbar nach Abschluß der Kommissionsverhandlungen tagte, mit großer Majorität an.

#### Die Werstarbeiter-Bewegung.

In Hamburg mühten auch Mittwoch in mehreren Betrieben die Arbeiter die Ausfertigung von Streitarbeit zu verhindern und in der Folge die Arbeit einstellen. Es betrifft diese Arbeitseinstellung die Reparaturbetriebe der Bremer Hansa-Linie und der Austral-Linie. Ferner verteidigten die Arbeiter der Schiffschmieden von Streblow, Dittmann u. Wagner und Böhl die Lieferung von Streitarbeit. In diesen fünf Betrieben kommen zirka 85 Mann in Betracht. Damit dürften so ziemlich alle Reparaturwerkstätten am Hamburger Hafen in den Streik der Werstarbeiter hineingezogen sein. Im ganzen sind nach Proklamierung des Streiks am 4. August zirka 1000 Arbeiter wegen des Verlangens, Streitarbeit zu liefern, in den Ausstand getreten.

In Bremen demonstrierten Donnerstag mittag 3000 Werstarbeiter durch einen Umzug durch die Stadt. Die Demonstration verlief ruhig.

#### Eine Scharfmahnderhebung.

Die Stettiner „Dissektion“ bringt folgende Notiz: „Die vom Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller in der am 20. August in Berlin abgehaltenen Sitzung zur Unterstützung der Sechschiffwerften in dem Kampf gegen die Forderungen der Werstarbeiter eingeleitete Kommission hat ihre Beratungen beendet. Das Ergebnis derselben ist der dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zu unterbreitende Vorschlag einer sofortigen Aussperrung der

Arbeiter der deutschen Metallbetriebe. Der Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller wird nunmehr in einer neuen Sitzung Ende nächster Woche endgültig Beschluß fassen.“

Von den beteiligten Arbeiterorganisationen ging uns folgende Mitteilung zu:

Durch das Woffische Telegraphenbureau wird in der Presse die Nachricht verbreitet, daß von den streikenden Werstarbeitern auf der Gruppe Deutsche Sechschiffwerften Verhandlungen über die von ihnen eingereichten Forderungen nachgesucht worden seien. Dieser Nachricht stehen die beteiligten Organisationen der Arbeiter fern. Sie ist auch insofern unzutreffend, als sie die streikenden Arbeiter Verhandlungen nachsuchen läßt. Die Anregung zu einer Aussprache ging von einer dritten, unbeteiligten Seite aus, und beide Parteien verhielten sich nicht ablehnend.“

In den letzten Tagen ist auf acht weiteren Betrieben die Arbeit eingestellt worden, 150 Personen sind ausgeperrt.

Der Klemmerstreik in Willemsdöhlen beendet. Nach zehnwöchentlichem Kampfe kam ein Tarif zustande, nach dem Gesellen bis zum 30. Lebensjahre pro Stunde sofort 50 Pf. erhalten, vom 1. April 1911 ab erhöht sich der Stundenlohn um 2 Pf., vom 1. April 1912 ab um weitere 2 Pf.; Gesellen über 30 Jahre erhalten sofort 58 Pf. und vom 1. April 1911 und 1. April 1912 ab je 2 Pf. mehr. Bisher betrug der Lohn im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 40 Pf., in den nächsten vier Jahren 47 1/2 Pf. und später 50 Pf.

#### Militärbehörde und Bauarbeiteraussperrung.

Nach Beendigung der allgemein Bauarbeiteraussperrung stellten die Maurer in Rotenburg a. d. Fulda Forderungen an die Unternehmer, was die letzteren mit einer erneuten Aussperrung beantworteten. Der Bauunternehmer B. Gorski verhandelt nun an einige jüngere Bauarbeiter folgendes Schreiben:

„Mitteilung an Herrn . . . . . Von der Militärbehörde liegt bei mir eine Anfrage vom 16. d. M. vor, ob der beurlaubte Musketier R. R. bei mir beschäftigt sei oder sich an dem Streik beteilige. Da ich hierüber sofort berichten muß, so erlaube ich um Mitteilung, was Sie zu tun beabsichtigen; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß Sie innerhalb weniger Tage wieder einberufen werden, wenn ich Ungünstiges über Sie berichten muß. Hochachtung B. Gorski.“

Wenn diese „Mitteilung“ des Herrn Gorski auf Wahrheit beruht und er etwa nicht selbst den Schwindel nur inszeniert hat, so liegt hier ein ganz ungehöriger Eingriff der Militärbehörde in die privaten Verhältnisse ehemaliger Soldaten. Daß sie auch nicht das mindeste Recht dazu hat, ist selbstverständlich.

## Letzte Nachrichten.

### Im Eisenbahncoupe überfallen.

Eine amtliche Meldung besagt: Donnerstag nachmittag wurde die 23jährige Verkäuferin Elisabeth Jakob aus Deutsch-Wilmersdorf, Bruchstraße 12, im Zuge 2086 auf der Fahrt von Ebersstraße nach Schöneberg bei der Einfahrt in die Station von dem 23 Jahre alten Hausdiener August Köhler aus Berlin, Gleimstr. 2, mit dem sie sich in einem Einzelabteil 3. Klasse allein befand, überfallen, am Halse gewürgt und im Gesicht verletzt. Auf das Geschrei der Ueberfallenen brachten Reisende im benachbarten Abteil den Zug durch Ziehen der Notbremse zum Stehen. Der Täter wurde durch Mitreisende und den Zugführer festgenommen und der Schöneberger Polizei übergeben. Die Verletzte begab sich in Begleitung von Mitreisenden nach ihrer Wohnung.

### Solidaritätsbezeugung.

Kiel, 1. September. (Privattelegramm des „Vorw.“.) Die Arbeiter der Reichswerften in Kiel hielten heute abend eine von zirka 2000 Personen besuchte Versammlung, ob, die sich mit der Aussperrung auf den Werften beschäftigte. Die Versammlung beschloß einstimmig eine Resolution, in der den streikenden und ausgesperrten Werstarbeitern die Sympathie der kaiserlichen Werstarbeiter ausgesprochen und erklärt wird, daß die Werstarbeiter der Marinebetriebe jederzeit bereit sein werden, notwendig werdende erhöhte Beiträge zu zahlen. Die Mitteilung der bürgerlichen Presse, die Arbeiterorganisationen hätten das Reichsamt des Innern um Vermittelung im Streik ersucht, wurde vom Vorsitzenden als falsch bezeichnet. Die Organisationen haben einen solchen Schritt nicht unternommen. Der Vorsitzende erklärte weiter, daß Extrabeiträge bei dem jetzigen Stande der Kasse noch nicht nötig seien.

### Mord und Selbstmordversuch.

Leipzig, 1. September. (A. S.) Der Agent Ernst Wehler, der vor etwa 14 Tagen aus Zwickau hierher verzogen war und auf dem Schnauer Weg wohnte, schrieb seinem in Lindenau wohnenden Stiefbruder, daß er seine beiden Kinder im Alter von 5 und 10 Jahren ermordet habe und man dieselben auf einem Felde in der Nähe von Haserpuppen auffinden wird. Er habe sie dort begraben. In dem Schreiben bezeichnete er die genaue Stelle, an der die beiden Kinder liegen. Auch er werde sich das Leben nehmen, wo wisse er noch nicht. Es wurde sofort nach den beiden Leiden gesucht. Dieselben wurden auch tatsächlich an der von Wehler in seinem Schreiben bezeichneten Stelle aufgefunden.

### Nenes von der Cholera.

Rom, 1. September. (W. L. S.) In den letzten 24 Stunden sind in Parletta acht Erkrankungen und drei Todesfälle an Cholera festgestellt worden, in Andria zwei Erkrankungen und ein Todesfall, in Spinazzola zwei Erkrankungen und zwei Todesfälle, in Netteta zwei Erkrankungen und ein Todesfall, in Margherita di Savoia zwei Erkrankungen, in Trinitapoli zwei Erkrankungen und zwei Todesfälle, in San Ferdinando drei Erkrankungen und zwei Todesfälle, in Cerignola eine Erkrankung und zwei Todesfälle.

London, 1. September. Wie die „Daily Chronicle“ berichtet, gelangte an das englische Marineamt zu Hull aus Alexandria die Nachricht, daß an Bord eines dort eingelaufenen Dampfers ein Cholerafall konstatiert worden ist. Der Kranke ist sofort in das dortige Hospital transportiert worden.

Wien, 1. September. (Presz-Telegraph.) In Oesterreich sind im Laufe des heutigen Tages keinerlei Cholerafälle zu verzeichnen gewesen. Das Sanitätsamt gibt bekannt, daß nach Beendigung der Choleraepidemie die besonderen Vorsichtsmaßnahmen aufgehoben worden sind.

### Schwere Unwetter.

Paris, 1. September. (Presz-Telegraph.) Der seit gestern über Marseille wütende Sturm hat heute nachmittag seinen Höhepunkt erreicht. Selbst die großen Dampfer konnten nicht in den Hafen einlaufen und mühten in Etage vor Anker gehen. Zahlreiche Fischerboote werden noch vermisst. Ueber ihr Schicksal ist man im ungewissen. Im Hafen und der Umgebung der Stadt hat das Unwetter großen Schaden angerichtet.

Sitzung des Internationalen Bureaus.

Kopenhagen, 1. September.

Guymans teilt mit, daß er die eingelaufenen Telegramme und Begrüßungsschreiben in der Plenarsitzung nicht alle verlesen wird.

Die ungarische Frage.

Guymans teilt mit, daß die ungarische Sektion die Mandate der Genossen Alpari und Straffer nicht anerkennt. Das Wort dazu erhält der Sekretär der ungarischen Partei.

Buchinger: Es handelt sich hier um zwei Personen, die nicht der ungarischen Partei angehören. Alpari ist aus der ungarischen Partei ausgeschlossen worden und Straffer hält sich ständig im Auslande auf. Bei Straffer handelt es sich auch um das Mandat von einer Organisation, die kein Recht hat, an dem Kongreß teilzunehmen. Nach bereits vorgekommenen Analogien bitte ich, die Mandate nicht anzuerkennen.

Straffer erklärt, daß sein Mandat Giltigkeit habe auf Grund der Pariser Resolution. Buchinger habe vergessen, zu sagen, warum die eine Organisation nicht das Recht habe, am Parteitag teilzunehmen, trotzdem sie eine korrekte Organisation sei nach den in Ungarn geltenden Statuten. Nach diesen Statuten werden bei sämtlichen Organisationen der Provinz aus den Gewerkschaften die Delegierten gewählt. Von einem solchen Komitee habe er sein Mandat erhalten. Das zweite Mandat habe er von dem Verein Budapestischer Zeitungsansträger, die sowohl der Partei, als auch der Gewerkschaft angeschlossen sind. Ich möchte, daß Buchinger erklärt, warum die Mandate keine Giltigkeit haben sollen. Es ist falsch, wenn man sagt, daß ich nicht der ungarischen Partei angehöre. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, könnte man mich trotz alledem noch lange nicht aus der Sektion ausschließen, da ich auch gewerkschaftlicher Delegierter bin. Dann wirft man mir vor, daß ich im Auslande lebe. Dies ist tatsächlich der Fall seit zwei Jahren. Aber es gibt Genossen genug, die im Auslande leben und trotzdem von ihrer Partei delegiert wurden. Ich siehe übrigens im Begriff, endgültig nach Ungarn zurückzukehren.

Sallant schlägt vor, beide Fälle getrennt zu behandeln.

Barany-Ungarn: Die ungarische Sektion steht auf dem prinzipiellen Standpunkt, daß sie kein Mandat anerkennt, dessen Inhaber nicht der ungarischen Partei angehört und nicht in Ungarn lebt, wo wir genug mitarbeitende Genossen haben, die delegiert werden können. Ich bitte das Bureau die Entscheidung der Sektion zu bestätigen.

Kosa Luxemburg will beide Fälle zusammen behandelt wissen. — Sallant-Frankreich schlägt vor, über den ersten Teil sofort abzustimmen.

Berger-Amerika: Hat der Genosse seine Mitgliedschaft der ungarischen Partei im Auslande aufrechterhalten?

Buchinger: Nein.

Straffer behauptet erneut, Mitglied zu sein.

Barany-Ungarn: In unserer Sektionsitzung hat Straffer selbst zugegeben, daß er nicht Mitglied der ungarischen Partei ist.

Straffer bestreitet das. — Mit 8 gegen 5 Stimmen wird bei zahlreichen Stimmenthaltungen das Mandat Straffers für ungültig erklärt.

Alpari-Ungarn: Ich bin hier als Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen, die international organisiert sind. Die Tatsache, daß ich aus der ungarischen Partei ausgeschlossen worden bin, hat keine Bedeutung. Hätte ich nach meinem Ausschluss eine neue Partei gegründet, wie dies schon andererseits geschehen ist, so wäre mein Mandat sicher anerkannt worden. Ich habe aber vorgezogen, die Affäre vor das Bureau zu bringen, da ich unter ganz besonderen Umständen ausgeschlossen worden bin. Auch die Organisationen, denen ich angehöre, haben in dieser Sache sich an das Bureau gewendet. Um eine Spaltung in der ungarischen Partei zu verhindern, bitte ich um die Anerkennung des Mandats.

Kosa Luxemburg: Ich glaube, daß wir mit der soeben erfolgten Abstimmung gegen die allgemeinen Regeln, die wir befolgen sollen, versehen haben. Wir müssen bei den Internationalen, Sozialistischen- und Gewerkschaftskongressen einen anderen Maßstab anlegen, als dies innerhalb der einzelnen nationalen Parteien geschieht. Wir haben in Stuttgart Mandate anerkannt von

Leuten, die kurz vorher aus der deutschen Partei ausgeschlossen worden waren. Die deutsche Sektion selbst hatte nichts dagegen einzuwenden. In England haben wir daselbe getan und die Labour Party ist in keiner Weise durchweg sozialistisch. Ich glaube: Wir müssen das Unrecht von vorher zum Teil wieder gutmachen, indem wir das Mandat Alparis anerkennen.

Wider-Wien: Ich gestehe ohne weiteres zu, daß mir der erste Fall zweifelhaft war und deshalb enthielt ich mich der Abstimmung. Diesmal besteht aber gar kein Zweifel. Es handelt sich um einen Mann, der nicht von einer isolierten Organisation, sondern von einem Parteitag ausgeschlossen worden ist. Aus der Tatsache, daß die deutsche Partei in Stuttgart ausgeschlossenen Delegierten ihr Mandat anerkannt hat, dürfen wir noch lange nicht folgen, daß wir diesmal daselbe tun müssen.

Mit großer Mehrheit wird das Mandat Alpari ab-erkannt.

Auf Vorschlag Guymans werden mehrere Resolutionen der zweiten Kommission und eine Resolution De Leon über die Auslieferung russischer Genossen aus Amerika der fünften Kommission überwiesen.

Hierauf wird folgende Mitteilung der polnisch-sozialistischen Partei Russisch-Polens verlesen:

„Die unterzeichneten Parteien haben in der heute stattgefundenen Sitzung ihrer Fraktionen beschlossen, die ursprünglich den unparteiischen Gewerkschaften Russisch-Polens zugewiesene Stimme der polnisch-sozialistischen Partei Oesterreichs den österreichischen Polen zuzuteilen. Bestimmend für diesen Beschluß war die Auflösung der unparteiischen Gewerkschaften in Russisch-Polen und andererseits der S. S. P., der eine unüberhältnismäßig geringe Stimmengahl zugewiesen war.“

8. Internationaler Sozialistischer Kongreß.

Kopenhagen, 1. September.

Zweite Plenarsitzung.

Den Vorsitz führt Branting-Schweden, der die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit folgender Ansprache eröffnet: Wenn ich die große Ehre, einer Ihrer Präsidenten zu sein, geglaubt habe annehmen zu dürfen, so hat das zwei Gründe, einmal daß ich darin eine Anerkennung der Internationalen sehe, daß die schwedische Arbeiterkraft nach ihren Kräften redlich ihre Pflicht für die gemeinsamen Ziele getan hat. Wir, die wir von Anfang an in der schwedischen Bewegung gestanden haben, wir, die wir vor 25 Jahren gesehen haben, wie klein damals das Häuflein der Genossen war, als man uns alle Tage versicherte, daß die ruhigen, besonnenen, aufgeklärten schwedischen Arbeiter niemals der roten Fahne folgen würden, die damals zuerst von unserem alten Veteran, Genossen Palm getragen wurde, der auch hier in Saale ist (Beifall), kommen, wenn wir dann die spätere Entwicklung überdenken, konstatieren, wie enorm die Evolution auch in unserem Lande ist. Seit dem Stuttgarter Kongreß haben wir Wahlen gehabt, die die Zahl unserer Vertreter in der Zweiten Kammer verdoppelt haben. Wir haben jetzt 35 sozialdemokratische Abgeordnete in Schweden. (Lebhafte Beifall.) Wir haben weiter im vorigen Jahre, wie Sie alle wissen, den großen Massenstreik ausgefochten. Nicht nur mit dem Unternehmertum, sondern auch mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft unseres Landes hatten wir Kämpfe zu bestehen, und wenn wir auch nicht als Sieger daraus hervorgegangen sind, so noch weniger als Besiegte, als Niedergeschlagene. Noch aus einem zweiten Grunde haben wir geglaubt, diesen Ehrenposten annehmen zu können. Wir haben hier auf diesem Kongreß sehr wichtige Fragen zu beraten und gewiß bestehen im einzelnen bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen uns, je nachdem die Dinge sich in den verschiedenen Ländern verschieden entwickelt haben. Aber in den Hauptfragen sind wir alle einig. Wir haben daher die Hoffnung, daß der Kongreß sozusagen sich selbst zu präsidieren wissen wird. Wir hoffen, daß durch die Behandlung der Tagesordnungsrage vermehrte Klarheit über die Ziele der Bewegung und alle die Fragen geschaffen werden wird, die der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern so nahe am Herzen liegt. Und es ist ja unsere Aufgabe, selbst auf dem Boden der Wirklichkeit stehend und bleibend den höchsten Idealen zuzustreben. (Lebhafte Beifall.)

Der Internationale Sekretär Guymans macht eine Reihe Mitteilungen über den Kongreß. An das Bureau des Kongresses

sind mehrere Hundert Zuschriften gelangt, darunter solche aus Armenien, von den Gewerkschaften Saloniki, von der sozialistischen Föderation Westaustraliens, von der türkischen sozialdemokratischen Partei, vom Genossen Katsuyama Japan. (Lebhafte Beifall.) Zum Schluß teilt Guymans uns unter lebhafte Beifall den Bescheid der Versammlung das bereits bekannte Schreiben Wehels an den Internationalen Sozialistischen Kongreß mit.

Branting: Ich bin sicher, daß ich Ihrer aller Gefühl ausdrücke, wenn ich den Absendern dieser Briefe den besten Dank ausspreche und die Versicherung gebe, daß der Kongreß sich mit ihnen einzig fühlt, im Kampfe für unser großes, gemeinsames Ziel. Ich bin auch Ihrer aller Zustimmung ganz sicher, wenn ich vorschlage, unserem Veteranen und Vorkämpfer der Internationale August Webel ein Begrüßungstelegramm als Antwort auf seinen Brief zu senden. (Lebhafte Beifall.) Es wird beschlossen, das Bureau zu beauftragen, diesen Auftrag auszuführen.

Guymans- Belgien: Auf dem Kongreß sind 887 vollberechtigte Delegierte anwesend, davon aus Deutschland 180, aus Frankreich 78, aus Oesterreich 72, aus Dänemark 36, aus Britanien 84, aus Schweden 38, aus Italien 9, aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika 24, aus Belgien 26, aus Schweden 86, aus Dänemark 146, aus Polen 17, aus der Schweiz 13, aus Ungarn 14, aus Finnland 19, aus Holland 14, aus Norwegen 81, aus Spanien 8, aus Armenien 4, aus Serbien 3, aus Argentinien 1, aus Bulgarien 7 und aus Rumänien 2.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung.

Als erster Gegenstand steht auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung die Frage der Arbeitslosenversicherung. Die Kommission legt hierzu folgende Resolution vor:

„Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um deren Verminderung und um die Milderung ihrer Folgen handeln. Der Kongreß verlangt Ausgestaltung der von den Arbeiterorganisationen verwalteten allgemeinen öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge. Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen fordern: 1. Staatliche Mitteilungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit. 2. Zahlung der von den Genossenschaften anerkannten Löhne. 3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosen in Zeiten einer industriellen Krise. 4. Arbeitslosigkeit darf keine Minderung der politischen Rechte zur Folge haben. 5. Errichtung und Unterstützung aller Arbeitsnachweisinrichtungen. 6. Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch gesetzgeberische Maßnahmen. 7. Obligatorische Arbeitslosenunterstützung.“

Als Berichtersteller über diesen Gegenstand referiert

Dr. Adolf Braun-Wien:

Wir alle haben die Arbeitslosigkeit als eine in das Leben der Arbeiterklasse tief einschneidende Krankheit kennen gelernt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in England, Deutschland, Oesterreich, Rußland und in Japan haben wir ungeheure Krisen erlebt. Überall wird die Frage, wie innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit zu finden ist, erörtert. Wir müssen unbedingt die Gesellschaft selbst verantwortlich machen für diese schweren Leiden der Arbeiterklasse. Die Gesellschaft fühlt ja auch selbst, daß sie in ihren Grundfesten erschüttert wird, wenn Hunderttausende von Arbeitern kein Brot haben, wenn Hunderttausende von Familien hungern müssen. Aber wie in der Wohnungsfrage immer mehr Material gesammelt wird und alle möglichen Vorschläge gemacht werden, wie aber das, was die herrschenden Klassen tun, gar nicht in Betracht kommt im Vergleich zu dem ungeheuer großen Problem, so ist es auch mit der Arbeitslosigkeit. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Partei der Arbeitslosigkeit gegenüber ist vollkommen klar. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit auf engste ungetrenntlich zusammenhängt mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß wir sie nicht abschaffen können, so lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht. Wir wissen auch, daß wir innerhalb dieser Produktionsweise doch alles tun müssen, um das Elend der Arbeiterklasse zu mildern. Auch die Arbeitslosigkeit müssen wir zu mildern versuchen so weit es möglich ist, und das muß bewirkt werden durch den Druck, den wir auf die herrschenden Klassen ausüben. Heute steht es ja so, daß die Arbeiterklasse allein die Kosten der Arbeitslosigkeit tragen muß. Es hat Zeiten gegeben, wo wir eiferfüchtig darüber gewacht haben, daß nur die Gewerkschaften den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führen dürfen. Aber die Kosten, die die Gewerkschaften freiwillig auf sich genommen haben, sind ungeheuer groß geworden. Unsere verurteilten Streikvereine geben für die Arbeitslosenversicherung 25 Prozent mehr aus als für den direkten Kampf gegen das Kapital. Wir haben ferner bemerkt, daß die Gewerkschaften nicht geschwächt, sondern

was er, liehen sie ihn ohnen, für ein Ungeheuer war.

Wenn von rückwärts her Spallere bildend an dem Weg des Wichts, wiesen sie ihm krampf ihre Hintern statt des Angesichts.

Grausig, lausig, nikolausig wirkt ein solches Kompliment, und im stillen Herzen weh ich, wie's der Verfluchten nennt.

Franz.

Notizen.

Die reizlose Flora. Herr Bode und seine Kompanie hatten als stärkstes (und beinahe einziges) Argument für die Echtheit der Florabüste ihre wunderbare Schönheit und ihre leonardische Goldheißigkeit angeführt. Hören wir, wie ein großer Künstler über diese Qualitäten denkt. Der Münchener Bildhauer Adolf Hildebrand schreibt im Septemberheft der „Süddeutschen Monatshefte“:

„Daß der Florabüste das Leonardomotiv zugrunde liegt, ist unabweisbar — ebenso unabweisbar ist es aber, daß sie von einem minderen Künstler her stammt. Ihr fehlt alle Naturnahe, alle Reife und Feinheit des Formverständnisses. Alles ist konventionell und von einer großen Empfindungsleere — in der Art der Napoleonsbüste. . . Ich habe nach irgend einer Stelle gesucht, wo von früherer guter Zeit die Rede sein könnte. Ich habe aber nirgend eine solche Stelle entdecken können, die Wüste ist durchweg von der Hand dieses späteren Bildhauers und der Wachsabguss ist nur des reizvolleren Aussehens und der Bemalbarkeit wegen dem Gipsabguss vorgezogen worden. Da die Erfindung von Leonardo dieser Wüste zugrunde liegt, so ist auch ihr Charakter noch kenntlich und wirksam. . . Sehen wir aber bei der Florabüste ab von diesem Hauber des Motivs, dann bleibt nichts — gar nichts, was irgendwie die Meisterhand von Leonardo verraten könnte. Im Gegenteil, es bleibt dann nur ein naturarmes, lebloses Nachwerk.“

Die Neue freie Volkshöhne bringt am Sonnabendabend im Neuen Volkstheater Hartlebens „Erziehung zur Ehe“ und am Sonntagnachmittag im Neuen Theater Rollers „Lartuff“ in Ludwig Kaldas Bearbeitung erstmals für ihre Mitglieder zur Aufführung.

Ein Attentat auf Heinrich Kleist unternahm am Mittwoch die „Literarische Gesellschaft“ im Lessing-Theater, indem sie eine furchterliche Verbalhormung der „Penthesilea“ aufführte. Da die Gesellschaft unverbesserlich ist, kann nur noch unverbesserliches Schweigen Rettung bringen. Wenn alle Zeitungen dieses notgedrungenen Rezept befolgten, würden die Herren die Theaterpielererei zweifellos bald einstellen.

Kleines feuilleton.

Der Ursprung des Wortes Sphillus. Eine „zeitgemäße“ Untersuchung über den Ursprung des Wortes Sphillus hat vor kurzem der Würzburger Professor für Klassische Philologie Franz Voll in den „Neuen Jahrbüchern für das Klassische Altertum“ unternommen. Zum ersten Male taucht das Wort bei dem berühmten Betonzener Arzt, Humanisten und Dichter Girolamo Fracastoro auf. Fracastoro veröffentlichte im Jahre 1530 ein dem Kardinal Vembo gewidmetes Epos, in dem er die Entstehung und Verbreitung der in jenen Zeiten epidemisch um sich greifenden Seuche in allegorisch-mythologischer Form schildert. Wie alle Renaissancegedichte sucht er ein Vorbild in der antiken Literatur. Im dritten Gesang lesen wir von einem Seefahrer, der in eine neue, unentdeckte Welt vorgebrungen ist. Dort hat er den Born der Götter durch Tötung von heiligen Vögeln — wer denkt nicht an Odysseus und die Kinder des Helios? — auf sich geladen. Ihm wird Verderben und schreckliche Krankheit vorausgesagt. Bald nach diesem Ereignis gelangt er auf eine fremde Insel, mit deren König er Freundschaft schließt. Bei einem Opferfest sieht er zahlreiche von der ihm prophezeiten Krankheit befallene Menschen, und er erfährt von dem greisen Herrscher die Entstehung jenes Leidens. Es ist Götterstrafe des Sonnengottes Apoll. Vor grauen Zeiten lebte nämlich auf jener Insel Ophire ein König Alotheus. Sein Hirn Sphillus erkrankt eines Tages über die sengende Glut der Sonne, fällt deswegen vom Sonnengotte ab und verhandelt die göttliche Verehrung des Königs Alotheus, der ungeheure Herden besitzt. Die Strafe trifft die Abtrünnigen nur zu bald; Apollo sendet eine Krankheit, von der zuerst Sphillus und dann das ganze Volk vernichtet werden; nach jenem Hirten erzählt die Krankheit ihren Namen. Professor Voll wendet nun darauf aufmerksam, daß der Mythos von Sphillus eine handgreifliche Nachbildung der Niobelegende des Ovid ist. Niobe schmäht die Göttin Leto wegen deren Kinderarmut — diese besitzt nur einen Sohn und eine Tochter und brüht sich mit ihrer zahlreichen Nachkommenschaft. Hier wie dort folgt der Born des Gottes und als Strafe großes Sterben. Auch der Name von Fracastoros Hirten Sphillus ist keine Zufälligkeit, heißt doch Niobens zweiter Sohn Siphilus, und vom Berge Sipylus in der Nähe des kleinasiatischen Magnesia stammt die stolze Königin, und dort sieht sie auch versteinert. Schon im Altertum ist das Hinsterben der Niobiden als Pest gedeutet worden. Um so näher lag dem Renaissancegedichter dieses Vorbild für die poetische Darstellung der als Pest angesehenen neuen Krankheit zu benutzen.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Besißul, Wänge und alles, zumal der Zuschauerraum, erscheinen im

Humor und Satire.

Friedberger M-arisch. Gemüchlich ward er aufgenommen, ohne Hoch und auch Hurra, alles tuschelte bellommen: „Gott bedüt“ uns, er ist da! Mäg' er bald sich wieder brüden und ein andermal hierher lieber noch die Cholera schiden; als das kleinere Malheur!“ Selbst Soldaten, Veteranen und die ganze Feuerwehr —

gestärkt werden, wenn auch die unorganisierten Arbeitslosen Unterstützung erhalten. Wir sind heute nicht mehr der Meinung, daß wir die Arbeitslosenunterstützung brauchen, um Mitglieder für die Gewerkschaften heranzuziehen. Zum mindesten in den fortgeschrittenen Ländern genügt heute schon die Gewerkschaftsagitator, die bloße Aufführung über das Wesen der Gewerkschaften. Mit den gewerkschaftlichen Kampfzielen hängt die Arbeitslosenunterstützung nicht direkt zusammen. Wir fordern daher eine öffentlich-rechtliche, allgemeine und obligatorische Arbeitslosenunterstützung durch den Staat, die den Gewerkschaften abnimmt, was nicht zu den gewerkschaftlichen Aufgaben im engeren Sinne gehört. Wir müssen für die nächsten Jahre mit großen, technischen, ökonomischen Revolutionen rechnen, die die industrielle Reservearmee gewaltig aufschwellen lassen und unsere glänzend geführten Gewerkschaften mit dem Hauptgewicht ihrer finanziellen Leistungen und ihrer Organisationsfähigkeiten auf die Milderung der Arbeitslosigkeit festlegen. Das ist aber nicht der Hauptzweck der Gewerkschaften, nicht ihre Hauptbedeutung. Deshalb sollen wir nicht alle Lasten der Arbeitslosigkeit auf unseren breiten Rücken nehmen, sondern die Gesellschaft zwingen, zu leisten, was ihre Pflicht ist, zumal allein der Kapitalismus aus der Arbeitslosigkeit Vorteile gezogen hat. Wir wollen aber auch nicht darauf warten, bis die allgemeine obligatorische, öffentlich-rechtliche Arbeitslosenunterstützung tatsächlich durchgeführt ist, sondern wollen dafür sorgen, daß Staat und Gesellschaft, alle öffentlich-rechtlichen Organe und vor allen Dingen die Gemeinden bessere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit ergreifen. Die vierte Kommission war da der Meinung, daß sowohl im Interesse des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit als auch in der Erkenntnis der Zustände, unter denen das Proletariat leidet, zunächst eine regelmäßige neue Festsetzung des Umfangs der Arbeitslosigkeit notwendig ist. Wir verlangen weiter, daß durch außerordentliche Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen geordnet wird. Wir haben uns aber auch durchweg den Wunsch zu eigen gemacht, der vor allem von der englischen Delegation mit aller Entschiedenheit vertreten wurde, daß diese Notstandsarbeiten von dem Charakter der Wohltätigkeit und der Fürsorge weit entfernt sein müssen. Wir haben es als Pflicht der Gesellschaft aufgestellt, Arbeit für die Arbeitslosen ohne jede moralische, politische und gesellschaftliche Schädigung dessen, der die Arbeitslosen für seine Existenz zu schaffen. Nicht nur müssen ihm seine politischen Rechte ungeschmälert erhalten bleiben, die Notstandsarbeiten müssen auch davor bewahrt bleiben, eine Schmutzkonkurrenz zu werden und Anlaß zu geben für ein Sinken der Löhne. Wir verlangen auch für solche Arbeiten die gewerkschaftlich als richtig anerkannten Löhne (fair wages). Wir verlangen ferner als weitere Hebergangsmaßregel in den Zeiten großer Krisen Unterstützungen an alle arbeitslosen Klassen. Zur Regelung der Arbeitslosenunterstützung fordern wir öffentliche Maßnahmen, die wir aber nur dann anerkennen können, wenn in ihnen die Interessen der Arbeiter dadurch gewahrt werden, daß die Gewerkschaften die Möglichkeit haben, die Verwaltung der Arbeitsnachweiskstellen zu kontrollieren und zu beeinflussen. Wir verlangen ferner, daß die Arbeitsnachweiskstellen der Gewerkschaften durch öffentliche Mittel unterstützt werden. Aber diese Unterstützungen dürfen die Freiheit der Gewerkschaften in keiner Weise beschränken. Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte der Resolution, die dieselbe nicht nur Ihnen beifolgend wird und mit der auch der zur Berichterstattung berufene Parteigenosse nicht voll einverstanden ist. Aber wir mühten ein Kompromiß abzuschließen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Länder und unter Berücksichtigung der ökonomischen Verhältnisse und der Stärke der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern. Wir haben uns in langen Stunden um eine Resolution bemüht, die einigermassen den Wünschen aller Mitglieder entspricht. Wir haben im Interesse des Zustandekommens einer einheitlichen Resolution alle Zugeständnisse gemacht und nicht rückwärts unsere eigene Anschauung durchgezogen. Wir wollen von diesem Kongress heimkehren, indem wir der Arbeiterklasse die Hebergangsmaßregel geben, daß alles, was in Ihrem Interesse liegt, von uns allen in allen Ländern mit aller Energie verfolgt werden wird. (Lebhafte Beifälle.) (Die Hebergangsmaßregel wird von Eman in französischer und von Smith in englischer Sprache gegeben.)

Macdonald (L. P. und J. L. P.): Der englischen Sektion ist die vorliegende Resolution zu schwach. Sie hätte gewünscht, daß in erster Linie das Recht auf Arbeit bei Gewerkschaftslöhnen (fair wages) gefordert worden wäre. Auch ist die Resolution zu lückenhaft, sie hat in ihrem letzten Wortlaut der englischen Sektion überhaupt nicht vorgelegen. Jetzt aber noch Änderungen zu beantragen, ist nicht mehr am Platze. Die britische Sektion kann daher nicht für die Resolution stimmen, aber nicht etwa, weil sie mit den Ansichten und Wünschen der Resolution nicht einverstanden wäre. Insbesondere ist auch die britische Sektion der Meinung, daß die kapitalistische Produktionsweise die Schuld an der Arbeitslosigkeit trägt und daß ihr die Pflicht auferlegt werden muß, für die Folgen der Arbeitslosigkeit aufzukommen. Auf Einzelheiten aber kann sich die britische Sektion nicht festlegen.

Berichterstatter Braun: Ich bin Macdonald sehr dankbar dafür, daß er sein Einverständnis mit den Grundprinzipien der Resolution ausgesprochen hat, wenn er auch nicht mit allen ihren Einzelheiten einverstanden war. Die Resolution ist eben ein Kompromiß und mit ihr ist noch viel mehr abgeleht worden als Macdonald. Ich kann versichern, daß die englischen Delegierten in der Kommission mit der Fähigkeit, die den Engländern eigentümlich ist, für ihre besonderen Forderungen gekämpft haben. Wenn Macdonald einen besonderen Widerspruch darin sieht, daß in der Resolution an erster Stelle das Recht auf Arbeit gefordert werden muß, dann kann ich ihm erklären, daß aber das Recht auf Arbeit, z. B. bei den Deutschen, sehr verschiedene Auffassungen herrschen. Das Recht auf Arbeit steht bekanntlich schon im preußischen Landrecht. Es rief 1848 die Nationalgewerkschaften hervor. Nun verbindet Macdonald das Recht auf Arbeit noch mit den fair wages. Aber diese Forderung kann die kapitalistische Gesellschaft nicht erfüllen. Wir müssen deshalb mit Palliativmitteln die Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen zu mildern suchen. Nicht durch das Recht auf Arbeit, sondern nur durch Abschaffung des Kapitalismus kann die Arbeitslosigkeit allein beseitigt werden. (Lebhafte Beifälle.) Die dänischen Genossen bitten mich, für sie darauf hinzuweisen, daß wir in Dänemark und auf dem klassischen Experimentierboden in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch den Staat befinden. Die unermüdete Arbeit der dänischen Abgeordneten und ihre Agitation in den Klassen haben den Staat gezwungen, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun. Vor allen Dingen hat der dänische Staat die Gewerkschaften als die besten Organisationen zur Milderung der Arbeitslosigkeit unterstützt. Eine Reihe deutscher Gewerkschaften wünschen in der Resolution noch einige formale redaktionelle Veränderungen vorgenommen zu sehen. Ich glaube, Sie werden damit einverstanden sein, wenn ich mit dem Bureau diese rein redaktionelle Arbeit erledige. Vor mehr als hundert Jahren hat der Nationalökonom Sismondi, nach Ricardo der bedeutendste bürgerliche Nationalökonom erklärt, daß die Unternehmer für den Schaden haftbar seien, den sie der Arbeiterklasse durch die Arbeitslosigkeit zufügen. Dasselbe sagen auch wir, wenn wir fordern, daß die Träger und Nutznießer des kapitalistischen Systems aufzukommen haben für die Folgen der Arbeitslosigkeit.

Quack (S. D. P.): Auch wir sind mit Macdonald einer Meinung. So wie die deutsche Resolution gefaßt ist, kann sie der britische Sektion nicht annehmen. Sie hat aber, und darin ertzt sich Macdonald, doch eine bestimmte Stellung zur Resolution eingenommen. Sie muß entweder gegen die Resolution stimmen oder sich der Abstimmung enthalten. Können wir mit dieser Resolution nach Hause, dann würden wir unserer eigenen Bewegung zur Milderung der Arbeitslosigkeit schweren Schaden zufügen, vor allem, weil die Resolution zu schwach ist. Der Kongress erteilt dem Bureau das Recht, redaktionelle Veränderungen an der Resolution vorzunehmen.

Vorsitzender Branting: Vielleicht genügt es den englischen Delegierten, die nur mit einer gewissen Reserve für die Resolution stimmen können, daß ihre Erklärung hier öffentlich in der Plenarsitzung von Seiten abgegeben worden ist. Wir können sodann einen möglichst einmütigen Beschluß zustande bringen. Macdonald und Quack rufen: Die englische Sektion enthält sich der Abstimmung. Die Resolution Braun wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Nach der Abstimmung erklärt Branting-Frankreich, daß eine Anzahl französischer Delegierter sich gleichfalls der Abstimmung enthalten habe. (Lebhafte Beifälle bei den Engländern.) Schluß 12 1/2 Uhr.

Kopenhagen, 1. September 1910.

### Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Jeppesen-Norwegen.

### Resolutionen.

Zur Debatte gestellt werden die Resolutionen der fünften Kommission betreffend die Einigkeit, die Todesstrafe, Argentinien, Japan, Türkei, Spanien, Persien, Finnland.

Die Resolutionen sind zumeist aus den Verhandlungen der Kommissionen unserer Lesern bekannt. Die Resolution Frankreichs über die Einigkeit lautet:

„In Anbetracht der durch ihre Einigung, welche sie unmittelbar nach dem Kongress von Amsterdam unter dem Vorwand der Internationalen durchgeführt hat, erzielten Ergebnisse erlaubt die französische Sektion dem Kongress, die im Jahre 1904 erteilten Anweisungen zu erneuern und die nationalen Parteien, die noch gespalten sind, einzuladen, ihre Einigung zum Vorteile und zum Wohle des internationalen Proletariats herbeizuführen.“

Die Resolution für Spanien lautet: „Angeichts der tragischen Ereignisse, die sich in Spanien, insbesondere in Katalonien im vergangenen Jahre abgepielt haben, spricht der Internationale Sozialistische Kongress in Kopenhagen den Genossen der Sozialistischen Partei in Spanien seine Sympathie aus sowie den Genossen Kataloniens und allen organisierten Arbeitern in Spanien. Sie entsprechen den Beschlüssen der Internationalen Kongresse. Der Internationale Sozialistenkongress brandmarkt die barbarische Unterdrückung, deren Opfer unsere Genossen in Barcelona und in anderen Städten geworden sind. Insbesondere brandmarkt er den Justizmord an Ferrer und feiert das Vorgehen des ersten parlamentarischen Vertreters der Arbeiterklasse als das erste Anzeichen des Erwachens des spanischen Proletariats.“

Schließlich liegen Resolutionen vor, die sich richten gegen die Ausnahmestellungen in Argentinien und Japan. Heute soll nur diskutiert und erst morgen soll über die Resolutionen abgestimmt werden.

### Berichterstatter Ellenbogen-Österreich:

Wir ist die außerordentlich schwere Aufgabe geworden, ich soll nicht weniger als acht Resolutionen in 20 Minuten begründen. Ich werde mich daher so kurz als möglich fassen. An die Spitze meiner Darlegungen möchte ich die Resolution über die Einigkeit stellen, eine Resolution, die der Initiative der französischen Genossen zu verdanken ist. Bekanntlich ist schon auf dem Kongress in Amsterdam eine solche Resolution beschlossen worden. Es ist ein Zeichen für den Geist der Partei, für die große Kraft des Sozialismus und für die Kraft der Selbstüberwindung, der es einzig zu danken ist, daß diese Resolution trotz der schwierigen Verhältnisse in Frankreich von den beiden streitenden Gruppen angenommen worden ist. Ihre Verwirklichung ist gelungen und mit Dank und Anerkennung müssen wir der opferwilligen Unterwerfung gedenken, die die eine Gruppe der Jaurèsisten dabei ausgezeichnet hat. Das Werk der Einigkeit ist noch nicht überall gelungen. Wir hoffen aber, daß es im nächsten Jahre vollständig gelingen wird, in allen Ländern, in denen heute noch Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, eine Einigung herbeizuführen. Wir hoffen, daß der nächste Kongress eine vollständige Einigkeit aller Gruppen in den einzelnen Ländern wird konstatieren können.

Ich komme zur zweiten Resolution über die Todesstrafe. Es fällt mir nicht ein, mich über die juristische Seite der Frage zu äußern. Was mich interessiert, ist ihre menschliche und vor allem ihre politische Seite. Es ist bezeichnend, daß auch das Bürgertum in seiner revolutionären Periode, als es von den großen Ideen seiner eigenen Emanzipationszeit erfüllt war, die Abschaffung der Todesstrafe auf seine Fahne geschrieben hatte. Es ist auch bezeichnend, daß die Bourgeoisie nach der Erringung der politischen Macht langsam von ihren eigenen Idealen, auch in der Frage der Todesstrafe, zurückgekommen ist, bezeichnend, daß sich eine Reihe bürgerlicher Gelehrter, trotz der Erfolge in manchen Ländern mit der Abschaffung der Todesstrafe, sich mit einer Reihe wissenschaftlicher Gründe für diese Form der Strafe ins Zeug legen. Weiter ist charakteristisch, daß die Bewegung auf Beibehaltung oder Wiedereinführung der Todesstrafe überall von den reaktionärsten Parteien geführt wird, so z. B. in Holland von den Antirevolutionären, einer orthodoxen protestantischen Gruppe. Gegenüber den juristischen Schwinggründen halten wir an der Auffassung fest, daß durch die Todesstrafe Proletaten und andere Verbrecher nicht verhindert werden, daß sie vielmehr dazu bemittelt werden, jede freiwillige Bewegung mit brutaler Gewalt zu unterdrücken. (Sehr wahr!) Das in dieser Hinsicht kassische Land der Todesstrafe ist Rußland, wo der gerichtliche und außergerichtliche Mord wüthet. In den letzten fünf Jahren sollen nicht weniger als 3000 Todesurteile in Rußland vollstreckt worden sein. Zu welcher fürchterlichen Verwilderung, zu welcher grausamer Barbarei die Todesstrafe dort geführt hat, zeigt die Tatsache, daß die Denker sich nicht scheuen, in der Weihnachtsnacht, die für die ganze Welt ein Fest der Liebe und Vergebung ist, um 1 Uhr nachts politische Verbrecher hingerichtet (Bewegung), eine Tatsache, die selbst bei den Anhängern dieser Strafe Entsetzen erregt hat. Zahllose in den letzten Jahren hingerichtete Unschuldige sind die Konsequenzen der fürchterlichen Verwilderung, zu denen die Todesstrafe geführt hat. Dabei sei hervorgehoben, daß für gemeine Verbrechen in Rußland die Todesstrafe abgeschafft ist und daß sie nur auf dem Umwege über Ausnahmegerichte und Militärgerichte für die politischen Verbrecher wieder eingeführt worden ist. Wir wissen, daß es noch ungeheure Mühe kosten wird, den russischen Koloss der Reaktion niederzureißen. Aber die dortige Hinrichtungsart bedroht ganz Europa, bedeutet eine Unterwerfung der Zivilisation unter die brutalen und unmenschlichen Anschauungen Rußlands. Aus diesem Grunde muß der Kongress seine Stimme für die Abschaffung dieser brutalen Einrichtung einstimmig erheben. Darum haben wir möglichst einheitliche gleichzeitige Kundgebungen aller zivilisierten Völker und aller der Internationale angeschlossenen Organisationen gegen die Todesstrafe zu beschließen vorgeschlagen.

Eine weitere Resolution betrifft die Lage in Argentinien. Argentinien ist zwar eine Republik, steht aber ganz unter der Herrschaft einer korumpierten Oligarchie, die nicht nur für das eigene Kapital, sondern auch für das fremde Kapital arbeitet. Die plünderisch reich gewordene, überwiegend agrarische Bourgeoisie Argentiniens behandelt die junge proletarische Bewegung nach der Methode gewalttätiger Unterdrückung. Mit geradezu hinterwäldlerischen Kamieren werden dort die sozialdemokratischen Organisationen und Versammlungslokale zerstört, mit den unglücklichsten Gewaltmaßnahmen werden die Arbeiter verfolgt. Trotzdem setzen wir die größten Hoffnungen auf die Weiterentwicklung der argentinischen Sozialdemokratie, die schon bei den letzten Wahlen 70 000 Stimmen erhalten hat und gut vorwärts schreitet. Wir sprechen der argentinischen Sozialdemokratie die Aufforderung zum Klugharren aus. Der argentinischen Bourgeoisie unsere Verachtung und unseren Protest gegen die Gewaltmaßnahmen gegen das Proletariat auszusprechen, ist der Sinn unserer Resolution.

Die nächste Resolution betrifft die Zustände in Japan. Japan hat von Europa sehr viel gelernt, nicht nur den Militarismus, sondern auch den industriellen Kapitalismus hat es Europa abgesehen und sich damit als Totengräber des industriellen Proletariats Japans gezeigt. Mit den niedrigsten, infamsten Gewaltmaßnahmen wird das Proletariat vom Kapital bedrückt. Unser Genosse Katahama hat auf diesem Kongress nicht erscheinen können, weil die japanische Regierung von dieser Reise für den Bestand des Reiches fürchtete. (Heiterkeit.) Gegenüber der Anzahl von Unterdrückungsmaßnahmen sieht auch nicht ein Wunsch eines einzigen Arbeiterkongresses. Dies sind die sozialen Zustände in Japan, das ist das Verhalten dieses angeblich modernen Staates gegenüber der Arbeiterklasse. Auch diesen japanischen Brüdern wollen wir unsere Bewunderung aussprechen und ihnen das Versprechen geben, daß wir mit ihnen gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt kämpfen wollen. Wenn in Japan und neuerdings auch in China eine Arbeiterbewegung entsteht, so kann es nicht wunder nehmen, daß auch in den zurückgebliebenen Ländern Asiens, die sonst nur als Räubernester bekannt sind, sich die Anfänge einer Arbeiterbewegung geltend machen.

Die persische Revolution hat vor zwei Jahren den Schlag gefügt und eine angeblich konstitutionelle Regierung eingesetzt. Aber gegen die Arbeiter ist dieser neue konstitutionelle Staat ebenso brutal wie der Absolutismus und Föderalismus, der früher herrschte. Die Geistlichen sind hier wie überall die reaktionäre Macht und helfen Rußland, die junge persische Freiheit zu vernichten. Rußland unterhält Räuberbanden in Persien und hegt die Armenier immer mehr zu Ueberfällen. Rußland erhält künstlich fortwährend Unruhen in Persien und überall sieht man seine brutale Hand. Es fördert mit aller Macht die Konterrevolution in Persien, um im Irden fischen zu können. Gegen die Umtriebe des Zarismus und für die Freiheit der persischen Arbeiterklasse kann auch dieser Internationale Kongress nicht umhin, sein Wort abzugeben; ebenso gegen die Zustände in der Türkei. Auch hier ist vor zwei Jahren bekanntlich die jungtürkische Revolution Sieger geblieben im Kampfe gegen den Despotismus des Sultans Abdül Hamid. Aber die Freiheit kann sich doch nicht weiter entwickeln. Europäische Kapitalisten haben sich dort festgesetzt und rufen durch ihre Ausbeutungspolitik eine Gefahr für den ganzen europäischen Frieden herauf. Wir Oesterreicher bekommen ja aus erster Hand die Folgen dieser kapitalistischen Kolonialpolitik, dieses verbrecherischen Treibens zu fühlen und werden sie noch in einer ganzen Reihe von Steuererhebungen zu spüren bekommen. Das Beamtentum der jungtürkischen Bewegung ist noch immer reaktionär. Mit fürchterlichen Repressalien hält das Jungtürkentum das Proletariat nieder. Trotzdem existieren in der Türkei schon gegen 125 000, wenn nicht gegen 150 000 organisierte Gewerkschafter. Die Bevormundung der europäischen Mächte ruft ewige Konflikte hervor, bald in Mazedonien, bald auf Kreta. Gegenüber dieser Bevormundungslust, gegenüber dieser kapitalistischen Raubgier, die sich als Fürsorge ausgibt, die angeblich den Frieden erhalten will, in Wahrheit aber jede ruhige und freiwillige Entwicklung unmöglich macht, erstreben wir eine Sicherung des Friedens durch Verbrüderung aller demokratischen Völker des Balkans. (Lebhafte Beifälle.) Wir protestieren gegen die indischen und künstlichen Bevormundungsversuche an den Völkern, die die Revolution gegen den Sultan gemacht haben. Noch mehr aber ist die innere Freiheit in der Türkei die unbedingte Voraussetzung für eine ruhige Weiterentwicklung des Reiches. Wenn auch hier jede Arbeiterkongresssetzung noch fehlt, wenn auch noch jede Selbsthilfe der Arbeiter unterdrückt wird, so müssen wir vor allem die politische und soziale Hebung im Sinne der Demokratie tragen helfen. Diesem Zwecke dient die Resolution der Kommission.

Dem Gefühl der Genugtuung über die Fortschritte in einem bestimmten Lande gibt die nächste Resolution Ausdruck, die Resolution über Spanien. Wir haben in Spanien jetzt ein liberales Regime und wir wünschen nur, daß es den Kampf gegen den Merkantilismus auch ehrlich fortführt. Das gegenwärtige Regime aber, so liberal und freiheitlich es sich auch gibt, kann seinem Bourgeoischarakter nicht verleugnen, und auch jetzt noch unterliegt das spanische Proletariat der Unterdrückung. Anarchistische Attentate werden wie überall zum Vorwand genommen, um das sozialistische Proletariat zu unterdrücken. Trotzdem hat bei den letzten Wahlen Pablo Iglesias 41 000 Stimmen auf sich vereinigt und ist als erster Sozialdemokrat in das spanische Parlament eingezogen. Ich zu begrüßen und zu beglückwünschen ist unsere Pflicht, denn sein Sieg ist auch ein Sieg des Mannes, der nunmehr seit 20 Jahren an der Spitze der spanischen Sozialdemokratie steht. Wir begrüßen aber auch das spanische Proletariat, das trotz der Jahrzehnte langen Inquisition von dem völkerverfressenden Merkantilismus sich noch immer nicht hat knechten lassen, sondern noch den alten Freiheitsgeist atmet. Diesen Gefühlen gibt die Resolution für Spanien Ausdruck.

An letzter Stelle für heute steht die Resolution gegen das Attentat Rußlands an Finnland. Es macht den Eindruck, als ob Jar Wokola sich auf alle Fälle den Titel eines Webers seines Reiches erwerben will. Nachdem er in Japan so gründlich abgeblitzt ist, nachdem in Ostasien seine mit einer heiligen Scheu betrachtete Armee zu drei zerschlagen worden ist, richtet er seinen Länderbeherrschung jetzt nach dem armen, wehrlosen Finnland. Es ist eigentlich merkwürdig, daß er keine anderen Sorgen hat. Ein Mann wie der Jar, der sich vor der Liebe des eigenen Volkes wie ein Dachs in seinem tiefen Bau verstecken muß, ein Mann, der, wenn er Menschen sehen will, zu den Haisfischen aufs Meer gehen muß; ein Mann, der, wenn er reist, auch im zivilisierten Europa ähnliche Schutzmaßnahmen ergreifen muß, wie die saubere Wilde Liaden; der Mann, der sich mit Spiegeln spielt und die ganze Eisenbahnstrecke von Petersburg bis Raccoigni mit Vojonetten umläuft —, der Mann geht noch aus Eroberungen aus und streckt seine blutbesiedelte Hand gegen das friedlich arbeitende Volk Finnlands. Gegen dieses Verbrechen müssen wir entschieden protestieren nicht nur hier auf dem internationalen Kongress, sondern wir wollen uns auch in den einzelnen Ländern gegen dieses fürchterliche Verbrechen wenden. Wir betonen dabei auf die Widerstandskraft der alten Bauerndemokratie Finnlands. Wenn auch in der finnischen Bourgeoisie viele zweifelhafte Elemente sind, die bereit wären, ihren Frieden mit dem Mörder der finnischen Freiheit zu schließen, so steht gegen diesen schamlosen Verräter einig und festgeschlossen die Kraft des Proletariats der ganzen Welt. Noch betonen wir auf die historische Entwicklung der russischen Revolution selbst, die dem Zarismus seine Eroberungsgelüste wohl ein für allemal austreiben wird. (Lebhafte Beifälle.) Von unseren acht Resolutionen richten sich fünf gegen die Tätigkeit Rußlands, ein Zeichen dafür, welche unheilvolle Rolle es im Leben der Völker spielt. Von diesem Kongress aus, der die Befreiung und Erhebung der ganzen Menschheit erstrebt, muß der Atem eines tiefen inbrünstigen religiösen Hasses gegen den russischen Zarismus ausgehen. (Stürmischer Beifall.) Von hier aus muß der Kampf erstehen nicht nur an das Proletariat aller Länder, sondern an alle ehrlichen und unabhängigen Menschen, mitzukämpfen gegen dieses schandwürdige Regime, bei dem heute nur noch das ... (Medner gebraucht hier einen scharfen Ausdruck, der sich auf die bekannte Rede der letzten Tage bezieht und fürmischen, minutenlangen Beifall auslöst) seinen letzten Trost und Hinterhalt sucht. Wie unsere Ablehnungsresolution in Amsterdam als Tat gewirkt hat, beweist die Zunahme der französischen Kammerfraktion. So sollen auch unsere heutigen Resolutionen nicht bloß geschrieben und gesprochen sein, sondern lebendige Taten werden. Wir wollen durch unsere Resolutionen den Arbeitern in den wilden Ländern zu Hilfe kommen und dazu beitragen, daß ihre Bewegung zugunsten der gesamten Arbeiterklasse der Welt in die Höhe wächst und gedeiht. (Lebhafte Beifälle.)

Wit-Finnland: Im Namen der sozialistischen Partei Finnlands bitte ich die französischen Genossen unseren warmen Dank für die Resolution zugunsten Finnlands entgegenzunehmen, die den Kongress beschäftigte. Die Resolution magt auf uns einen

um so Heftiger Eindruck, als sie aus dem alten Vaterlande der Revolution stammt. Wir wissen, daß zwischen England und Frankreich ein enges Bündnis besteht. Aber ein anderes französisch-russisches Bündnis besteht zwischen den Proletariaten beider Länder. In diesem Bündnis möchten wir Finnländer gern teilnehmen. Kameraden, der Kampf des finnischen Proletariats, der in nächster Zeit bevorsteht, wird zweifellos außerordentlich schwer sein. Das um so mehr, als wir gleichzeitig gegen eine der reaktionärsten Bourgeoisien zu kämpfen haben. Und doch glaube ich Euch versichern zu können, daß das finnische Proletariat seine Schuldigkeit tun wird. Mag man unsere Vereine unterdrücken, unsere Gewerkschaften auflösen, unsere Zeitungen vernichten, wir werden den Kampf dennoch fortführen. Machen wir uns doch keine Illusionen darüber, daß der Kampf bald zu Ende wäre, wenn wir allein stünden. Im all den Leiden Trost zu bieten, die über uns kommen werden, brauchen wir den Beistand aller unserer Genossen in der ganzen Welt. Wir sind der Überzeugung, daß allein das klassenbewußte organisierte Proletariat uns wahrhaft wirksam unterstützen kann. Darum waren wir in unserem Herzen so dankbar, als wir hörten, daß das Internationale Sozialistische Bureau alle angeschlossenen Parteien aufgefordert hätte, vor aller Welt zu bekunden, was die finnländische Frage eigentlich ist und daß unsere Genossen in den Parlamenten aller Länder und auch bei anderen Gelegenheiten das Wort ergriffen haben im Namen des Proletariats und der Zivilisation und gegen das neue Verbrechen des Imperialismus. Der Imperialismus hört ja nicht gern, wenn man von ihm spricht. Europa soll ihm nur sein Geld leihen und sich nicht darum kümmern, wie er es verwendet. Wir aber, Genossen, wollen vom Imperialismus sprechen, wir wollen der ganzen Welt sagen, was der Imperialismus ist. Der Imperialismus ist die Unterdrückung aller arbeitenden, kämpfenden, kämpfenden und wolkenden Menschen. Der Imperialismus ist das Gefängnis, der russische Kessel ist Sibirien. Der Imperialismus ist der Tod und deshalb müssen wir, die wir Kämpfer des Lebens sind, ihn bekämpfen. Jeder Erfolg des Imperialismus ist eine Niederlage der Zivilisation, denn der Imperialismus ist ein Gegner jeder Zivilisation und der Feind der wichtigsten Kulturträger, der Arbeiter. (Stürmischer Beifall.)

De Leon, Amerika: Auch in Amsterdam ist eine Resolution für die Einigkeit einstimmig angenommen worden. Aber nur eine Nation hat dieses Mandat erfüllt: Frankreich. In den anderen Ländern ist die alte Uneinigkeit bestehen geblieben, so auch in Amerika mit seinen zwei Parteien, der S. L. P., die ich vertritt, und der S. P. Nach Amsterdam haben wir, die Minorität, uns zu Verhandlungen bereit erklärt. Unser Angebot ist aber von der anderen Partei abgelehnt worden. Deshalb muß sich dieser Kongreß dahin aussprechen, daß die andere Partei die Pflicht hat, mit uns zu verhandeln. Im Namen der S. L. P. kann ich erklären, daß wir zu Verhandlungen mit der anderen Partei auf einer Konferenz bereit sind. Amerika ist ein Hauptland des Kapitalismus. Alle Bedingungen für eine große sozialistische Bewegung sind gegeben. Aber die Bewegung gedeiht nicht, weil wir uns untereinander anfeinden.

Diskussion: Genossen! Ich würde zur Einigungsresolution nicht das Wort genommen haben, hätte mich nicht De Leon jetzt dazu aufgefordert. So will ich denn antworten, damit kein falscher Eindruck entsteht. Die sozialdemokratische Partei Amerikas ist für die Einigung aller sozialistischen Kräfte in den Vereinigten Staaten. Sie ist nicht nur platonisch dafür eingetreten, sondern hat es durch die Tat bewiesen. Ist unsere Partei doch selbst das Produkt einer Vereinigung. Im Jahre 1900 war die sozialistische Bewegung Amerikas in verschiedenen Parteien und Gruppen gespalten. Jetzt ist die sozialistische Partei ein Einigungsbündnis und fordert alle sozialistischen Kräfte zur Vereinigung auf. Alle nahmen unsere Einladung an, außer der Partei — sagen wir De Leon. (Weiterlekt.) Nach der Vereinigung machten wir großartige Fortschritte und seitdem sind fast alle früheren Mitglieder der S. L. P. zu uns gekommen. So antwortet mir denn auf die Frage. Lieber Genosse De Leon, wenn es Ihnen ernst ist mit dem, was Sie sagen, wenn Sie eine Einigung im wahren Geist des Sozialismus zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind wirklich wollen, dann sind Sie uns jetzt, wie Sie es immer gewesen sind, willkommen in unseren Reihen. (Weiterlekt und Beifall.) Wenn man von der sozialistischen Einigkeit spricht, darf man nicht nur die formelle Einheit im Auge haben, dann muß man wissen, was man will. Die sozialistische Partei Amerikas steht auf der Basis des Internationalismus in Theorie und Praxis. Auch der organisierte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften stehen wir freundlich gegenüber. Wir können uns keine sozialistische Bewegung denken, wenn sie nicht die Arbeitermassen hinter sich hat. (Lebhafter Beifall.) Und so frage ich denn den Genossen De Leon, sind Sie bereit, das Kind Ihrer jüdischen Kalfit, den Industrial Worker Bund, aufzugeben und all Ihre unsozialistischen Karotten beiseite zu werfen (Beifall), dann brauchen wir keine Konferenzen und keine Konventionen mehr.

Berger, Milwaukee: Wir amerikanischen Sozialisten sind durchaus für die Einigkeit. Der beste Beweis dafür ist, daß wir vor 10 Jahren zwei Parteien mit je 5000 Mitgliedern hatten, also gespalten waren, während wir heute eine Partei mit ungefähr 53000 zahlenden Mitgliedern haben und eine zweite mit nicht ganz 1000. Ist das nicht schon so gut wie Einigkeit? Auch die 1000 sind uns willkommen heute, morgen, wenn sie unser Programm annehmen und aufhören, die Gewerkschaften zu bekämpfen. Wir werden für die Einigungsresolution stimmen und versprechen Ihnen, daß wir innerhalb der nächsten 8 Jahre die Einigungsfrage total lösen werden. Denn dann wird nur noch De Leon selbst außerhalb der Partei stehen. Wir arbeiten also in Amerika für die Einigkeit überall und zu jeder Zeit. (Beifall.)

Kolaroff-Bulgarien: Ich verstehe eine Erklärung der sozialistischen Partei Bulgariens, der sogenannten Engländer, und der sozialistischen Partei Serbiens. Wir haben ein Memorandum über die Lage in der Türkei an den Kongreß gerichtet, das leider nicht zu rechter Zeit angekommen ist. Wir legen deshalb Wert darauf, durch diese Erklärung die Gründe deutlich darzulegen, die unsere Zustimmung über die Resolution der Arbeiter von Saloniki verständlich macht: Angesichts der Tatsache, daß die Bestrebungen des europäischen Kapitals und des zaristischen Absolutismus die Völker der Balkanhalbinsel an ihrer politischen und sozialen Entwicklung hindern und die Aufrechterhaltung des blutigen Regiments von Abdul Hamid erleichtert haben, in Anbetracht, daß der Kampf, den die Völkerschaften im ottomanischen Reich für ihre Freiheit und Unabhängigkeit unter dem brutalen Feudalregiment geführt haben, daß es gelungen war, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten, selbst Abdul Hamid zu beseitigen, den Absolutismus durch die Konstitution zu ersetzen, ein Ereignis, das man unrichtiglicherweise als türkische Revolution bezeichnet, während es nur ein militärisches Pronunziamento war, in Anbetracht, daß das jungtürkische Regiment, weit davon entfernt, ein Vertreter der politischen und ökonomischen Bedürfnisse des ottomanischen Reiches zu sein, seine reaktionäre Herrschaft damit begonnen hat, daß es den Arbeitern kein Wahlrecht gab, das Vereinsrecht verschlechterte und das Streikrecht einschränkte, sowie gegen die Gleichheit der verschiedenen Nationalitäten dieselben brutalen Unterdrückungsmittel wie Abdul Hamid anwandte, in Anbetracht schließlich, daß die Ausbeutungspolitik der kapitalistischen Großmächte und die reaktionäre Politik im Inneren eine ständige Bedrohung des europäischen Friedens darstellen, erklären wir, daß die einzige Lösung des Balkanfrage nicht in der nationalistisch-reaktionären Politik des Jungtürkeregiments, auch nicht in der Unterstützung der nationalistischen Politik der Balkanstaaten, sondern nur in der freien Föderation

aller Balkanrepubliken liegen kann. Nur die Vereinigung aller Balkanvölker zu einer föderativen Republik kann die Kriegsgefahr beseitigen und die moralische und politische Entwicklung des Orients sichern. Unbeschadet des notwendigen Zusammenschlusses aller Balkanstaaten ist der ununterbrochene Klassenkampf der Balkanvölker gegen die Eroberungspolitik des Kapitalismus und Absolutismus der einzige Weg zu diesem Ideal.

Kolaroff-Bulgarien: Die soeben verlesene Erklärung ist von Rumänien, Serbien und den Bulgaren beider Fraktionen verfaßt. Erst im letzten Moment hat der Vordredner es für richtig gehalten, die von Kolaroff verlesene Deklaration als die nur einer bulgarischen Partei zu bezeichnen. Wir aber hoffen, daß der erste Fall des Zusammenwirkens aller Sozialisten und aller Fraktionen der Balkanvölker nur der erste Schritt zu ihrer endgültigen Einigung sein wird.

Kolaroff-Bulgarien: Weder die serbische, noch die rumänische Sozialdemokratie, noch wir stehen in irgendeiner Beziehung zur Partei des Vordredners. Ich kenne den Genossen Kolaroff nicht, denn er gehört einer Partei an, die wir bekämpfen, und die wir stets bekämpfen werden bis sie nicht mehr existiert. (Große Unruhe.)

Damit schließt die Debatte. Auf Vorschlag des Präsidenten wird zu Beginn der morgigen Plenarsitzung Ellenbogen das Schlusswort erhalten.

Quinsmans fordert die Kommission noch einmal auf, ihre Arbeiten heute abend zu beenden.

Schluss 6 1/2 Uhr.

### Schiedsgerichts- und Abrüstungskommission.

Kopenhagen, 1. September.

Der Vorsitzende von Nol erklärt, daß die Verhandlungen heute zu Ende geführt werden müssen. Er werde nur noch 10 Minuten Redezeit gewähren.

Erster Redner ist Keir Hardie (England): Ich kann die Vorschläge der Subkommission nicht annehmen. Wenn die parlamentarischen Vertreter des Proletariats nicht stark genug sind, den Krieg zu verhindern, mühten es die Arbeiter selbst tun, indem sie sich weigern, selbst Waffen und Munition herzustellen und Kohlen für die Schiffe zu fördern. Natürlich müssen die Arbeiter der beteiligten Länder miteinander übereinstimmen. Nicht in einem Lande allein kann die Arbeit eingestellt werden. Wird das Amendement betreffend die Arbeitseinstellung nicht angenommen, dann wird es in einem besonderen Rapport der Minderheit erwähnt werden müssen.

Wostowski (Rußland): Ich bin von Ledebour falsch verstanden worden. Für Rußland habe ich nicht besondere Bestimmungen gefordert. Ich wünsche, daß die Soldaten unter das bürgerliche Recht gestellt werden. Ich würde empfehlen, daß mehr als bisher unter den Soldaten des Heeres und der Marine Agitation betrieben wird, wie es in Frankreich in der letzten Zeit gewünscht und auch versucht worden ist.

Der Vorsitzende von Nol erklärt, der Vorschlag Wostowskis hat mit der Tagesordnung nichts zu tun, er sei daher auch nicht zu diskutieren. Eine längere Debatte dreht sich darum, wie die Debatte zum Abschluß gebracht werden könne. Das Plenum habe noch immer Mangel an Beratungstoff.

Die nächsten Redner verzichten aufs Wort. Nur vier Redner wollen noch das Wort ergreifen.

Zukowich (Serbien): Im letzten Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien waren die serbischen Sozialdemokraten keinen Augenblick in Verlegenheit wegen des einflussreichen Vorgehens. Sie haben von der österreichischen Sozialdemokratie Unterstützung erfahren zur Bekämpfung der Dynastie. Die Oesterreicher hätten aber die Serben viel besser unterstützen müssen durch energischeren Kampf gegen die Eroberungspolitik ihrer Regierung. Der Anexion von Bosnien und der Herzegowina ist in der österreichischen sozialdemokratischen Partei nicht nachdrücklich genug entgegengetreten worden. Auf dem Balkan ist die Kriegsgefahr eine dauernde. Die Sozialdemokraten haben sich nicht mit Gründen der Diplomatie, sondern mit aller Kraft gegen die Eroberungslust der Großmächte zu wenden und auch für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen einzutreten. Das sei eine Lebensfrage für die sozialistische Bewegung in den kleineren Staaten, die weniger durch die eigene Kraft, als durch den Beistand der Genossen der großen Länder der sozialistischen Idee dienen können. Die serbische Sozialdemokratie sei ganz nach deutschem Muster eingerichtet. Die deutsche Sozialdemokratie sei aber in den Augen der serbischen Arbeiterschaft diskreditiert, weil sie der Eroberungslust der großen Staaten nicht mit dem gebotenen Nachdruck entgegengetritt und sich der kleinen Balkanvölker, die unter dem Strahl der Großmächte sich befinden, nicht genügend annehme. Das muß in Zukunft anders werden.

Karlson (Schweden) gab die Erklärung ab, daß die Delegierten seines Landes der vorgelegten Resolution zustimmen als einer prinzipiellen Erklärung über den Rahmen, in dem sich die Bestrebungen zur Bekämpfung der Rüstungen zu bewegen haben. In verschiedenen Wendungen der Resolution sei ein Fortschritt zu erblicken.

Debonne (Belgien) gibt für die belgische Delegation die Erklärung ab, daß sie der Resolution zustimmen werde. Im Prinzip sei sie für das Amendement Kallant-Keir Hardie; sie würde aber dagegen stimmen, weil der Vertreter Deutschlands es als unannehmbar bezeichnet.

Statula (Österreich): Die tschechischen Genossen hätten im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen in der österreichischen Partei mit größter Berne die Annektionspolitik der Regierung bekämpft. Mit der Balkanpolitik mühten sich die Landmannschaften Oesterreichs in Zukunft viel mehr beschäftigen als bisher.

Nebel (Polen) liest eine Erklärung vorlesen, in der er versichert, es sei ihm nicht eingefallen, wie in der bürgerlichen Presse behauptet werde, die sozialdemokratische Agitation zur Sicherung des Friedens auch nur im geringsten zu verkleinern. Was er im Auge hatte, war im Gegenteil, der Agitation die größte Wirksamkeit und Schärfe zu geben.

Renner (Oesterreich) betont gegenüber Statula, daß bei den sozialdemokratischen österreichischen Abgeordneten aller Nationen in den Fragen der Balkanpolitik keine Verschiedenheit in der Haltung bestanden hat. Über das Balkanproblem sei so kompliziert, daß es keine zwei Politik gebe, die darin vollständig gleicher Meinung sind. Im Parlament seien die Abgeordneten mit großem Nachdruck für den Frieden und auch erfolgreich eingetreten. Entgegengetreten worden sei jeder Art Eroberungslust sowohl Oesterreichs als auch Serbiens und Montenegro. Versichert wurde stets das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In der Presse wurde betont, daß eine Kriegserklärung Serbiens nur eine Niederlage Serbiens zur Folge haben werde. Gegen kein Gebot der internationalen Solidarität sei von den Sozialdemokraten Oesterreichs verstoßen worden. Eine Resolution, die vom internationalen Kongreß angenommen werde, könne nicht nach jeder Richtung hin erschöpfend sein. Sie können nur zusammenfassen, was im Augenblick der Beschlußfassung als Preisurteil für alle Länder angesehelt sei. Neben den Beschlüssen der internationalen Kongresse stehen die Programme der Parteien der einzelnen Länder. Renner bemerkt noch, zu der Forderung der Abrüstung interpretierend, daß selbstverständlich daraus nicht eine Wehrlosmachung des stehenden Heer zum Volksherr vorgesehen sei. Einem späteren Kongresse werde es vorbehalten bleiben, das antimilitaristische Programm des Proletariats auszuarbeiten und dafür zu sorgen, daß dem Kriege auf dieser Erde ein Ende gemacht werde. (Beifall.)

Bittoni (Oesterreich) konstatiert, daß die Behauptung Statulas falsch sei. Die österreichischen Abgeordneten hätten einmütig gegen die Annektionspolitik Stellung genommen. Er als italienischer Abgeordneter erkläre, daß von den Abgeordneten keiner Landmannschaft etwas versäumt worden sei, was getan werden mußte. Hiermit schloß die Debatte.

Das Amendement Wostowski betr. die Unterstellung der Soldaten unter das bürgerliche Recht wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem eine Erklärung beschlossene worden war, es geschehe das nur, weil die Materie nicht zur Tagesordnung gehöre.

Abgelehnt wurde mit großer Mehrheit das Amendement Kallant-Keir Hardie betr. den allgemeinen Streik zur Verhütung des Krieges.

Die Abstimmung erfolgte nach Nationen. Es wurden 119 Stimmen dagegen, 58 Stimmen dafür abgegeben. Die unveränderte Resolution der Subkommission wurde darauf gegen die Stimme des Italiener Kolaroff angenommen. Zum Berichterstatter im Plenum wurde Ledebour bestimmt, als Vertreter der Minderheit der Kommission soll Keir Hardie nach dem Referenten sprechen.

Der zweite Beratungsgegenstand der Kommission war das für die rasche

Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren.

Kallant (Frankreich) begründet kurz folgende Resolution der S. P. (Frankreich):

„In allen Fällen, wo ein Konflikt zwischen zwei oder mehr Ländern droht, und wenn dabei ein Jögern oder eine Verspätung in der Entscheidung der um Rat fragten nationalen Parteien (der betreffenden Länder) eintritt, hat der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau, auf das Ersuchen von mindestens einem der beteiligten Proletariats, das Internationale Sozialistische Bureau sowie die Interparlamentarische Sozialistische Kommission dringend einzuberufen, die sofort zusammenzutreten müssen, sei es in Person, sei es an irgend einem anderen Orte, der je nach den Umständen dazu geeigneter erscheint.“

Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Bliegen (Holland) führt aus: Die Kommission solle sich damit beschäftigen, daß die Resolutionen, die vom Kongreß beschlossen werden, auch durchzuführen seien. Jetzt würden Beschlüsse gefaßt, die nur auf dem Papier stehen, ohne daß ihnen Geltung verschafft werden könne. Deshalb beantragt Holland, daß dem nächsten Kongreß ein Bericht vorgelegt werde, wie weit den gefaßten Beschlüssen Rechnung getragen worden ist. Er schlägt folgende Resolution vor:

„Der Internationale Kongreß erkennt an, daß es schwer sein würde, Normalanweisungen zu geben für die Ausführung der Resolutionen der internationalen Kongresse, daß also die Art und Weise und die Wahl des richtigen Augenblicks der Ausführung den nationalen Parteien überlassen bleiben muß, konstatiert aber ausdrücklich die Pflicht dieser Parteien, ihr Möglichstes zu tun, um die Resolutionen der internationalen Kongresse durchzuführen. Das Internationale Bureau soll jedesmal, bevor ein internationaler Kongreß zusammentritt, seinen Bericht vorlegen, in dem sich eine Uebersicht findet über die Durchführung der internationalen Kongreßbeschlüsse durch die nationalen Parteien.“

Die Resolution wird einstimmig angenommen und die Sitzung dann um 12 Uhr geschlossen.

### Vierte Kommission (Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik).

(Fortsetzung.)

Kopenhagen, 31. August.

Nach einstimmiger Annahme der von der Subkommission vorgelegten Resolutionen über die Arbeitslosigkeit folgt die Diskussion über die Arbeitergesetzgebung.

Schaper-Holland legt dazu folgende Resolution vor:

„Der Kongreß bestätigt die Resolutionen über die Arbeitergesetzgebung, die der Internationale Kongreß zu Paris von 1889 und von Amsterdam von 1904 gefaßt haben. Er stellt fest, daß die herrschenden Klassen der verschiedenen Länder seit diesen Beschlüssen im allgemeinen wenig auf diesem Gebiete geistet haben und daß das Zustandekommene sich im allgemeinen als unzulänglich erwiesen hat. Alle möglichen Ausflüchte hat die Bourgeoisie gemacht, um ihren Plangel an gutem Willen und ihre Unfähigkeit, etwas Großes für die Arbeiterklasse zu leisten, zu verhehlen. So hat sie zum Beispiel die Behauptung aufgestellt, daß die industriellen Konkurrenzverhältnisse der einzelnen Länder die Einführung einer guten Arbeitergesetzgebung verhinderten, falls nicht internationale Vereinbarungen getroffen würden. Sie stellten weiter die Behauptung auf, daß die Mittel fehlten, die Lasten der sozialen Gesetzgebung zu tragen. Die verschiedenen Regierungen, vor allem der europäischen Staaten, haben aber schon seit langem Mittel und Wege gefunden, um sich international zu verständigen, so z. B. bei der Verner Konvention über die Nachtarbeit der Frauen. Über von dieser Möglichkeit ist nur ein sehr unerbittlicher Gebrauch gemacht worden, obgleich die Kapitalisten gewaltigen Mehrwert aus der Arbeit der Proletarier gezogen und Milliarden für militärische Zwecke vergeudet haben. Was allemal geht klar hervor, daß die Verursachung der Arbeitslosigkeit internationalen Vereinbarungen und die Behauptung von dem Fehlen von Mitteln für die Zwecke der Arbeitergesetzgebung nur Vorwände sind, um sich den Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterklasse zu entziehen und um diese fast unbeschränkt ausbeuten zu können. Das alles veranlaßt uns, mit aller Kraft gegen diese unverantwortliche Rücksichtslosigkeit der herrschenden Klassen zu protestieren, und die Arbeiterklasse aller Länder aufzurufen, diese Taktik des Unternehmertums unermüdet zu bekämpfen. Der Kongreß ruft den Arbeiter in Gedächtnis, daß nur durch kräftig organisierte Gewerkschaften, die auf persönlicher Ernster und ausdauernder Opferwilligkeit beruhen, auf die Herrschenden ein genügend starker Druck ausgeübt wird, um sie aus ihrer unverantwortlichen Rücksichtslosigkeit aufzuwecken.“

Zur Begründung führte Schaper-Holland aus: Ueber die Arbeitslosenfrage haben wir soeben eine positive Resolution einstimmig angenommen. Für die allgemeine Arbeitergesetzgebung haben wir bereits zwei sehr gute Resolutionen von 1889 und 1904. Wir werden deshalb mit einer besonderen Bekräftigung der beiden Resolutionen auskommen. Die Bourgeoisie wendet bei allen Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung ein, daß sie aus Konkurrenzrücksichten den alten Zustand lassen müsse. Und redet sie sich immer damit um die Sache herum, daß keine Mittel für diese Forderungen da seien. Verweisung auf die Regelung der Arbeitergesetzgebung durch internationale Verständigung über die Arbeitergesetzgebung ist bloße Verschleppungstaktik. Diese wollen wir durch meine Resolution bekämpfen. Wenn die Unternehmer sagen, daß sie keine Mittel hätten, dann muß darauf hingewiesen werden, daß gerade sie fortgesetzt für verschwendliche Ausgaben zu Rüstungszwecken wirken. Aber auch der im letzten Absatz der Resolution enthaltene Appell an die Arbeiter ist wichtig und nötig. Nehmen Sie deshalb die Resolution an.

Wolfskuhr-Deutschland: Inhaltlich wird wohl jeder mit der Resolution Schaper einverstanden sein, es handelt sich deshalb wohl nur um eine Diskussion über die Form der Resolution. Der Hinweis auf die Verschleppungstaktik der Bourgeoisie ist nicht das Wichtigste. Die Arbeitergesetzgebung ist nur dort vorwärts gekommen, wo sie von den Arbeitern erzwungen wurde, darum hat ein kräftiger Appell an die Arbeiter der Kern der Resolution zu sein. Die Forderung der Parität und Amsterdamer Resolutionen genügt nicht, weil die Arbeiter den Text davon nicht im Kopfe haben. Die Forderungen jener Kongresse müssen dem Sinne nach wiedergegeben werden.

Wolfskuhr-Deutschland: Inhaltlich wird wohl jeder mit der Resolution Schaper einverstanden sein, es handelt sich deshalb wohl nur um eine Diskussion über die Form der Resolution. Der Hinweis auf die Verschleppungstaktik der Bourgeoisie ist nicht das Wichtigste. Die Arbeitergesetzgebung ist nur dort vorwärts gekommen, wo sie von den Arbeitern erzwungen wurde, darum hat ein kräftiger Appell an die Arbeiter der Kern der Resolution zu sein. Die Forderung der Parität und Amsterdamer Resolutionen genügt nicht, weil die Arbeiter den Text davon nicht im Kopfe haben. Die Forderungen jener Kongresse müssen dem Sinne nach wiedergegeben werden.

Ury-Frankreich stellt fest, daß die Resolution Schaper dem Sinne nach bereits in der vom französischen Kongreß beschlossenen Resolution enthalten ist.

Wolfskuhr-Deutschland: Inhaltlich wird wohl jeder mit der Resolution Schaper einverstanden sein, es handelt sich deshalb wohl nur um eine Diskussion über die Form der Resolution. Der Hinweis auf die Verschleppungstaktik der Bourgeoisie ist nicht das Wichtigste. Die Arbeitergesetzgebung ist nur dort vorwärts gekommen, wo sie von den Arbeitern erzwungen wurde, darum hat ein kräftiger Appell an die Arbeiter der Kern der Resolution zu sein. Die Forderung der Parität und Amsterdamer Resolutionen genügt nicht, weil die Arbeiter den Text davon nicht im Kopfe haben. Die Forderungen jener Kongresse müssen dem Sinne nach wiedergegeben werden.

des Proletariats, während Genosse Schaper bloß auf die wirtschaftliche Organisation Nachdruck legt. Er fordert, daß die Arbeitergesetzgebung der einzelnen Länder keinen Unterschied mache zwischen nationalen und fremden Arbeitern, ferner daß das internationale Bureau periodische Uebersichten der Arbeitergesetzgebung der einzelnen Länder herausgebe.

**Lindhagen-Schweden**, der Bürgermeister von Stockholm: Die Resolution muß kompakter sein. Man vermischt in der Resolution neue Gedanken. Der Redner beantragt, in die Resolution aufzunehmen: „Der Kongreß erklärt, daß eine Gesetzgebung gegen die Nachtarbeit in allen Gewerbezweigen schleunigt zustande kommen muß, wenn sie nicht durch die Verhältnisse unermesslich ist, und daß folglich in denjenigen Ländern, wo eine solche Regelung nicht gleichzeitig für Männer und Frauen durchgeführt wird, einer Ausführung dieses Verbots der Nachtarbeit der Frauen gemäß der Berner Konvention unmittelbar eine ähnliche Gesetzgebung für Männer unter dem oben angegebenen Vorbehalt nachfolgen wird.“

**Sanct-Böhmen**: Wir können uns nicht beklagen, daß die herrschende Klasse so wenig für die Arbeiter tut, wenn sie die Macht in Händen hat. Wir müssen die Arbeiter auffordern, durch die Macht ihrer Organisation sich das zu erzwingen, was man ihnen freiwillig nicht gibt. Er möchte daher der Resolution folgenden Schluß geben: „Der Kongreß ruft den Arbeitern ins Gedächtnis, daß sie nur durch kräftige politische und wirtschaftliche Organisation, die auf ausdauernder Opferwilligkeit beruht, zur wirtschaftlichen und politischen Macht gelangen können, um ihre Forderungen bezüglich der Arbeitergesetzgebung durchsetzen zu können.“

**Genossin Despart-England**, die bekante Frauenrechtlerin, wünscht eine Reihe Einzelforderungen in die Resolution aufgenommen zu haben.

**Schaper-Holland** spricht in seinem Schlußwort sein Einverständnis mit den Vorschlägen aus und hofft im übrigen, daß die Resolution, nachdem sie in einer einzusetzenden Unterkommission mit Rücksicht auf die verschiedenen Vorschläge geprüft worden ist, eine Form erhält, die alle befriedigt.

Die Resolution wird einer Subkommission überwiesen, in die von Deutschland Wollensbühr delegiert wird.

## Sitzung der deutschen Delegation.

Kopenhagen, 1. September.

**Leipart-Stuttgart** protestiert gegen die am Vormittag vom Kongreß angenommene Resolution zur Arbeitlosenfrage. Nach dem deutschen Text würden darin staatliche Zwangsarbeitslosenversicherungsanstalten gefordert, deren Kosten allein die Unternehmer tragen sollten, die aber allein der Verwaltung der Arbeiter unterstehen sollten. Das sei eine unmögliche Forderung. Dazu komme die sehr unglückliche Fassung des Wortlautes der Resolution. Er bitte namens der deutschen Mitglieder, die Erklärung der Engländer und Franzosen wiederholen zu dürfen, daß sie für diese Resolution nicht stimmen könnten. Es sei bedauerlich, daß die deutschen Kommissionsmitglieder nicht rechtzeitig die Delegation unterrichtet hätten.

**Wollensbühr** legt die Gründe dar, aus denen das nicht möglich gewesen sei. Mit der Resolution zu dieser Frage sei er allerdings nicht einverstanden. Aber die dänischen und holländischen Genossen hätten unbedingt darauf bestanden, daß die Arbeiter nicht selbst mit zu den Kosten der Versicherung beitragen sollten. Die deutsche Resolution über die Arbeitslosenversicherung würde indessen durch den internationalen Beschluß nicht berührt.

**Kloth-Berlin** beantragt zu fordern, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung noch einmal an die Kommission zurückverwiesen werde.

**Brey-Hannover** legt noch einmal dar, weshalb die Resolution nicht einheitlicher ausgefallen sei und nicht rechtzeitig habe vorgelegt werden können.

Der Antrag Kloth wird gegen wenige Stimmen; der Antrag Leipart, eine Erklärung gegen die Resolution in der Frage der Arbeitslosenversicherung abzugeben, gegen eine geringe Minderheit abgelehnt.

**Leipart**: Das wird uns nicht hindern können, namens der Deutschen Minderheit diese Erklärung im Plenum abzugeben.

**Wels-Berlin**: Wir haben bisher nur die Beschlüsse der deutschen Mehrheit dem Plenum mitgeteilt. Welche Bedenken die Minderheit hat, ersuchen die deutschen Genossen ja aus dem Bericht über diese Delegationsitzungen.

**Richard Fischer-Berlin**: Wir müssen jedenfalls der Redaktionskommission des internationalen Kongresses mitteilen, daß der Text der Resolution in den drei Sprachen grundverschieden ist. Leipart möge sich mit den Mitgliedern der Kommission in Verbindung setzen und in dieser Richtung arbeiten.

Ueber die Beschlüsse der fünften Kommission erstattet hierauf **Klara Zetkin** Bericht. Der Bericht wird ohne Debatte angenommen.

Ueber die Mittarbeitskommission berichtet **Gaase-Königsberg**. Er hebt hervor, daß die deutschen Delegierten den Antrag **Ballant-Kreier** für die in der Fall drohender Kriegsnähe die Proklamierung des Streiks fordert, ablehnen, nicht so sehr aus juristischen Bedenken, als weil die Frage in keiner Beziehung spruchreif sei. — Die deutsche Delegation stimmt ohne Debatte dem zu.

Auf Vorschlag von **Saase** wird beschloffen, auch im Plenum über den Antrag **Ballant** Abstimmung nach Nationen zu fordern.

Hierauf schließt **Ebert** die Sitzung mit dem Wunsch, daß die Kommissionsmitglieder möglichst frühzeitig berichten mögen.

## Ein Akt.

Kopenhagen, 31. August 1910.

Am das Präsidium des internationalen Sozialistischen Kongresses ist aus Paris ein Bericht gelangt, der auf amtlichem Briefbogen und ruwert im französischen Ministerium des Inneren geschrieben ist und folgenden Wortlaut hat:

Président du conseil  
Ministre de l'Intérieur  
Cabinet du ministre.

Paris, 26. August 1910.

Herr Präsident! Als ich vor einigen Monaten die Ehre hatte, in der Deputiertenkammer zu erklären, daß ich keine meiner Ideen, keine meiner sozialistischen Ueberzeugungen aufgegeben hätte, hat mir dieses ehrliche Glaubensbekenntnis bei meinen Gegnern wühlende Angriffe eingetragen. Nun, wo der internationale Kongreß versammelt ist, glaube ich, daß die Stunde gekommen ist, um laut vor den Kämpfern der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu versichern, daß, wenn ich in eine neue Situation versetzt worden bin, der ich mich angepaßt habe, ich doch alles, was mir in meiner Nachstellung als Chef der französischen Regierung zur Verfügung steht, tun werde, um die Entwidlung des Sozialismus zu fördern. Um aber die große politische Aufgabe erfüllen zu können, würde ich es gerade in der jetzigen Zeit sehr begrüßen, wenn ich durch eine Abänderung der Arbeiter der ganzen Welt unterstützt würde. Mein ganzes Leben und meinen ganzen Namen habe ich der Vertretung eines festen Programms gewidmet. Es ist leichtfertig, wenn meine Gegner mir vorwerfen, daß ich meine früheren Grundzüge preisgegeben habe. Als Ehrenmann habe ich stets die gleichen Grundzüge vertreten. Ich würde vor dem Parlament meines Landes ganz anders dastehen, wenn ich sicher wäre der Unterstützung der Kongreßmitglieder, und die ich hiermit bitte. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Aristide Briand, Ministerpräsident, Minister des Inneren und des Kultus.

Briefbogen und Kuvert dieses Briefes stammen unzweifelhaft aus dem französischen Ministerium des Inneren. Die Unterschrift scheint außerordentlich der Handschrift Briands und ist sehr geschickt wiedergegeben. Trotzdem ist die französische Delegation keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß es sich um eine Manipulation handelt. Vielleicht hat irgend ein Beamter sich diesen Scherz mit dem Ministerpräsidenten gemacht. Die Mitteilung des „Prektelegraph“, Guesde hätte erklärt, Briand könnte seiner Charakteranlage nach diesen Brief geschrieben haben, ist eine Er-

findung. Auch Genosse Guesde hat in dem Briefe sofort einen Akt gesehen.

## Gerichts-Zeitung.

Eine auf der Landstraße verübte schwere Missetat

Beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Lamprecht die 3. Ferienkammer des Landgerichts III. Wegen gefährlicher Körperverletzung war der Arbeiter **Willy Schulz** angeklagt. — Am 26. Juli d. J. schritt der Schweizer **Robert Richter** frühlich singend die Frankfurter Chaussee entlang. Er hatte einige Tage vorher seinen Dienst auf einem Gute in der Nähe von Rübendorf aufgegeben, da ihm eine bessere Stellung in Berlin angeboten war. Er war deshalb lustig und guter Dinge und ohne nicht, daß er einige Stunden später einem feigen Mordanschlag in die Hände fallen würde. Auf der Chaussee zwischen Rübendorf und Dahlewig stellte sich der jetzige Angeklagte zu ihm, der angeblich ebenfalls auf dem Marsche nach Berlin war. In der Nähe von Rübendorf wurde Richter müde, er legte sich deshalb nach der Art „fahrender Gesellen“ in ein an der Chaussee befindliches Grasfeld und schlief auch bald ein. Schon nach kurzer Zeit wurde er durch stechende Schmerzen im Hals wach. Zugleich fühlte er, wie ihm die Kehle zugebrückt wurde. Erst jetzt sah er, in welcher furchtbaren Gefahr er schwebte. Sein Wandergehilfe lag auf ihm und suchte wie ein Unflätiger mit dem Messer auf ihn ein. Trotz des großen Blutverlustes gelang es ihm, sich des Angreifers zu erwehren, der die Flucht ergriff. Aus sechs tiefen Kopfwunden blutend, schleppte sich R. nach dem nächsten Dorfe, wo er bewußtlos zusammenbrach. Er mußte sofort in ein Krankenhaus geschafft werden, wo er mehrere Wochen zubringen mußte. Seit dieser Zeit ist er trotz aller Bemühungen der Staatsanwaltschaft unauffindbar. — Vor Gericht räumte der Angeklagte die Tat, ohne eine Spur von Reue zu zeigen, ein. Der Staatsanwalt beantragte die höchst zulässige Strafe von 5 Jahren Gefängnis. Das Gericht erklärte in der Tat des Angeklagten das Verbrechen des verurteilten Mordes und verwies die Sache an das Schwurgericht. — Im Interesse der Aufklärung der Sache wäre es erwünscht, wenn sich der Schweizer **Robert Richter** oder Personen, die über seinen Aufenthaltsort näheres wissen, bei der Staatsanwaltschaft II melden würden.

Eisenbahnbeamter und Einbrecher.

Eine Doppelrolle à la Raffles hat der Lokomotivbeiziger **Oskar Reugebauer** gespielt, der gestern von der 2. Ferienkammer des Landgerichts III zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. — Der Angeklagte ist seit mehreren Jahren Eisenbahnbeamter und zwar ist er dem letzteren Bahnhof zugeteilt. Er war stets ein ruhiger und bei seinen Kollegen gern gesehener Mensch, dem man keinesfalls zutraute, daß er des Nachts mit Diebstählen, Stemmereien und anderem Einbrecherwerkzeug bewaffnet auf Wohnungseinbrüche ausging, nachdem er des Tags über schweren Dienst geleistet hatte. Der Angeklagte wohnte f. B. in der Rehmstraße 6, wo es allerdings auffiel, daß er häufig des Nachts nicht zu Hause war. Zu der gleichen Zeit liefen aus diesem Viertel mehrere Anzeigen von Einbrüchen ein. So wurde u. a. in der Nacht zum 1. Mai d. J. bei der in der Vorstraße 22 wohnhaften Frau **Frantz** ein Einbruch verübt, ohne daß es gelang, den Dieb zu ermitteln. Als der Bahnbeamter **Schütte**, der in demselben Hause wohnt, in der Nacht zum 1. Juli mit seiner Wirtschaftlerin nach Hause kam, wurde er durch ein Geräusch aufmerksam. Er suchte die ganze Wohnung ab und entdeckte schließlich zu seinem Entsetzen unter seinem Bett einen Menschen liegend. Er schlug sofort Alarm und hielt den Einbrecher so lange fest, bis ein Schuttmann erschien. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der Einbrecher als der jetzige Angeklagte. — Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus, da es besonders strafwürdig sei, wenn ein Beamter bis zum gemeinen Einbrecher herabsinke. Das Urteil lautete deshalb auf 1 Jahr Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren.

## Aus der Frauenbewegung.

Unverdiente Beklame.

Kürzlich wurde im „V. Z.“ für eine Druckerel in Breslau Beklame gemacht, mit dem Hinweis darauf, daß in dieser Druckerel nur Sogenern beschäftigt würden. Die Beklame sollte der Firma nicht nur Aufträge, sondern auch ein starkes Angebot billiger Arbeitskräfte verschaffen. Es wurde da nämlich mitgeteilt, daß die Druckerel junge Mädchen als Bekehrte für die Sogener annehme und hier die weibliche Arbeitskraft ein dankbares Feld der Betätigung finde. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, das enthält der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“. Er teilt mit, daß die in Betracht kommende Druckerel sich durch Tariflosigkeit und wenig rühmliche Arbeitsverhältnisse auszeichne. Weiter schreibt er:

Wir wollen aber mit näheren Einzelheiten noch zurückhalten, weil wir annehmen, daß die Frau **Marie Wegner** in Breslau, die sich berufen fühlt, die Frauenarbeit in einem äußerst unangenehmen Berufe zu empfehlen, vielleicht schon auf diese Andeutung hin dafür sorgt, daß Frauenarbeit etwas besser eingeschätzt und bezahlet wird, als dies bei Frau **Janowitz** in Breslau der Fall ist. Die Anerkennung des deutschen Buchdruckerartaris in diesem Falle zu erreichen, wäre für die Sogenerinnen der Frauenzeitschrift „Die Frau im Osten“ eine größere Wohltat als das Bestreben, ihnen noch weitere schlecht entlohnte Gefährtinnen zuzugesellen. Will also Frau **Wegner** in der Frauenbewegung beachtenswerte Dienste leisten, dann mag sie zunächst in ihrem engeren Wirkungsbereich Ordnung schaffen, ehe sie in die Ferne schweift.

Wohlthäter hat immer einen Haken; meist dient sie als Fessel für den Arbeiter, oft verdrängt sich hinter dem Begriff sogar eine über den normalen Rahmen hinausgehende Ausbeutung der Arbeitskraft und manchmal dienen soziale Programme und Bestrebungen als Wohlfahrtsausgangspunkt für besonders gerissene Gewinnmacherer.

Im vorliegenden Falle scheint die Beschäftigung der weiblichen Arbeitskraft wirklich sehr dankbar zu sein — für den Unternehmer.

## Aus aller Welt.

Ein Edelster und Bester.

Großes Aufsehen erregt in Frankfurt a. M. die Verhaftung des österreichischen Reichsgrafen von **Dunin-Worsowski**. Vor einiger Zeit ist der Herr Graf aus seiner Heimat nach Frankfurt überflogen und hat durch sein elegantes Auftreten viel von sich reden gemacht. Im eleganten Landauer, auf dessen Vordach zwei dornen gekleidete Bediente saßen, ließ sich der hochedle Herr von den Frankfurter Bürgern bewundern. Seine Wohnung, im elegantesten Viertel gelegen, war mit dem modernsten Komfort ausgestattet, abends wurden in den strahlend hell erleuchteten Zimmern große Gesellschaften gegeben, bei denen mancher Flasche Sekt der Hals gebrochen wurde. Jetzt ist die ganze Herrlichkeit zusammengebrochen. Der Graf, der seine Hoffnung auf eine reiche Heirat gesetzt hatte, und daraufhin die Frankfurter Geschäftsleute um große Summen anpumpt, wurde wegen Betrugs verhaftet. Die geprellten Frankfurter gelobten, daß sie in Zukunft sich nicht mehr durch Großentitel und elegantes Auftreten täuschen lassen wollen.

Vermisster Dampfer.

Der deutsche Dampfer „Margarete Ruh“, der am 21. Juni dieses Jahres mit einer Holzladung von **Rosoff** im Staate Virginia nach Amsterdam abgegangen war, hat seinen Ver-

stimmungsort bisher nicht erreicht. Da unter regulären Verhältnissen die Fahrt in etwa 14 Tagen zurückgelegt wird, ist zu befürchten, daß der Dampfer, der eine Besatzung von 20 Personen hatte, in einem Sturm mit Mann und Maus untergegangen ist. Der Dampfer gehört der Hamburger Firma **Ernst Ruh** und war ein erst vor kurzer Zeit von Stapel gelassenes Schiff.

Ueberschläge in Havre.

Auf dem zurzeit in Havre stattfindenden Flugmeeting unternahmen am Mittwoch vierzehn Aviatiker Flüge über das Meer von Havre nach Deauville. Fünf von ihnen kehrten auf demselben Wege zurück. Dem Aviatiker **Vatham** gelang es, den Flug hin und zurück dreimal zurückzulegen. Wiederholt schwebten gleichzeitig zehn Flugzeuge über dem Meere. **Morane** legte die Strecke Havre-Trouville in 9 Minuten 52 Sekunden zurück, also mit einer Geschwindigkeit von 102 Kilometer in der Stunde. — Der vor einigen Tagen von dem Flieger **Morane** unternommene Höhenflug wurde von der Sportkommission offiziell auf 2150 Meter festgelegt.

Im Sterben abtrünnig geworden.

Aus Rom wird uns geschrieben: In dem nur Neufallen Resten **Sanmartino di Strappa** in der Provinz Genua ist dieser Tage der Priester **Della Casa** in dem schönen Alter von 94 Jahren gestorben. Als er sich zur letzten Krankheit niederlegte, beilegte sich der Klerus, ihm einen Geistlichen zu schicken. Obwohl sich aber der Greis keinen Illusionen über den Ausgang seiner Krankheit hingeben konnte, lehnte er sehr entschieden jeden kirchlichen Beistand ab und erklärte, er könne alles übrige allein besorgen. So ist der Priester friedlich ohne Beichte und Abendmahl eingeschlafen, in einem Ort, wo dies freiwillig sicher noch keinem Menschen, geschweige denn einem Priester, passiert ist.

Königl. bayerische Zentrums-Eisenbahn.

In dem königlich bayerischen Verkehrswesen, das unter dem unsichtbaren Protektorat **Dr. Pichlers** steht, spielen sich manchmal sonderbare Vorgänge ab. Einzelne Beamte scheinen sich da als Zentrumsangehörige zu fühlen, die das reisende Publikum ganz nach den in dieser Partei gebräuchlichen Begriffen zu taxieren belieben. So erhält die „Münchener Post“ Mitteilung über einen Vorgang, der sich dieser Tage in einem von Hofenheim kommenden Schnellzuge abspielte. Die dritte Wagenklasse war so überfüllt, daß die Reisenden — darunter auch Damen — in den Seitengängen stehen mußten. Es wäre unter diesen Umständen Sache des Schaffners gewesen, den Reisenden die leeren Abteile der höheren Wagenklassen anzubieten. Statt dessen beilegte sich der Schaffner dienstfeilig, allein einen Geistlichen, der noch dazu schon einen Sitzplatz in der dritten Klasse innehatte, zum Platznehmen in der ersten Klasse zu bewegen. Daß sich dadurch die übrigen Passagiere, deren Geld ebenso rund ist, zurückgesetzt fühlen, ist ganz begreiflich. Auf einen Vorhalt hin soll der Beamte dann geäußert haben, daß die Herren Geistlichen ein Vorrecht vor den übrigen Fahrgästen besäßen! Erst auf wiederholten Protest gegenüber einer solch eigentümlichen Auffassung soll der Beamte huldvollst genehmigt haben, daß auch die übrigen Passagiere, die keinen Platz mehr in der dritten Klasse fanden, die höheren Klassen benutzen durften.

Kleine Notizen.

Durch Brandstiftung wurde die zum **Dominium Jahnfeld** in der Markt gehörige Wassermühle eingedöhert. In der Nähe der ersten Brandstelle zündeten die unbekanntem Täter das Wohnhaus einer Diebin an. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Bei dem zweiten Brande sind 250 Stück Geflügel verbrannt.

Ein Familiendrama spielte sich am Donnerstag vormittag in Hamburg ab. Der Oberpostassistent **Böser** durchschnitt seinem fünfjährigen Sohne den Hals, brachte seiner Ehefrau **Schnittwunden** am Hals bei und versuchte dann, sich selbst durch **Definnen** der Pulsadern das Leben zu nehmen. Das Kind ist tot, das Ehepaar wurde schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Mit einem Balken abgestürzt. In der Georgstraße in Königsberg ist der Bahnbeamte **Rohald**, der sich mit seinem vierjährigen Sohne gerade auf dem Balkon seiner im dritten Stock gelegenen Wohnung befand, mit dem Balken auf die Straße gestürzt. Der Knabe wurde durch den Sturz getötet, der Mann erlitt schwere Verletzungen.

Bei dem Brande eines in **Seiffenroddorf** an der böhmischen Grenze gelegenen Bauerngutes kam der Besitzer des Gutes bei den Rettungsversuchen in die Flammen um. Die vollständig verholzte Leiche wurde nach Begräbnung der Trümmer geborgen. Bei den Rettungsarbeiten wurden auch zwei Feuerwehrlente schwer verletzt.

Bergmannsloch. Auf dem **Rohlfenbergwerk** **Trifall** in Böhmen wurden beim Abräumen zehn Arbeiter von **Gesteinsmassen** verdrückt. Einer von ihnen ist als Leiche geborgen worden. Man befürchtet, daß auch die anderen Verschütteten dem Unglück zum Opfer gefallen sind. — Im **Wrausteinbergwerk** bei **Waldalgesheim** ist eine Schwachabsperrung eingestürzt. Ein Arbeiter erlitt dabei lebensgefährliche Verletzungen, mehrere andere wurden weniger schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Dreckschande **Anders Lindentrags** Nr. 69, born vier Treppen — **Anders** —, wochensittlich von 4<sup>h</sup> bis 7<sup>h</sup>, Uhr abends, Sonnabends von 4<sup>h</sup> bis 6<sup>h</sup> Uhr nachmittags hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachzettel und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Billige Anfragen trage man in der Correspondenz vor.

Nr. 33. 1. und 2. Teil. — P. N. 99. 1. Fragen Sie einen Arzt. 2. Ja, Berlin in Deutschland unzulässig. — G. P. 52. 1. Anmeldung beim Amtsgenicht Berlin-Mitte. Außerdem Taufschein. Bei Mädchen wird für die Frau die Hälfte der Steuer, bei der Mann zu zahlen verpflichtet wäre, erhoben. — R. W. 55. 1. Ja. 2. Die richten sich nach dem Objekt.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie  
**Möbel** direkt zu Engrospreisen  
in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur  
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

**Möbel** liefert auf Teilzahlung  
bequeme  
bei kleinster Anzahlung in  
kassierter Güte  
(mit größter Rücksicht bei Krank-  
heit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

Die internationale Bauarbeiterkonferenz

Beendete am Montag nachmittag ihre Arbeiten. Es wurden folgende Beschlüsse von allgemeinem Interesse gefaßt: Der internationale Sekretär hat alljährlich einen Bericht über den Stand der Entwicklung der Organisation der Bauarbeiter aller Länder zu erstatten.

Aus der Partei.

Ein neues Parteiblatt in Württemberg.

In Hohenhausen tagte am letzten Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlkreises Göppingen, die von 67 Delegierten aus 23 Orten besetzt war.

Kreis Konferenzen.

In Rülheim am Rhein tagte die Kreisversammlung für den Wahlkreis Rülheim-Wipperfürth-Summersbach. Nach dem Bericht des Vorstandes umfaßt der Kreis 17 Ortsgruppen mit zusammen 2165 männlichen und 195 weiblichen Mitgliedern.

Brandenburger Kreisversammlung.

Die Kreis-Generalversammlung für den Reichstagswahlkreis Rauch-Weißig-Jüterbog-Ludowalde, die am letzten Sonntag in Weißig abgehalten wurde, war von 30 Delegierten aus 17 Orten besetzt.

Die Wahlen ergaben folgende Resultate: Es wurden gewählt zu Mitgliedern der Preßkommission die Genossen Sailer-Ludowalde, Pawera-Jüterbog und Puhlmann-Coputh.

Zur Budgetfrage.

Der Genosse W. Hamann-Pforzheim von der Geschäftsstelle des Metallarbeiterverbandes zu Pforzheim schreibt zu unserer am Waden eingelangten Notiz in Nr. 202, worin behauptet wird, daß die Zeitung der Pforzheimer Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes auf die Tagesordnung ihrer Bezirksversammlungen das Thema „Die badische Budgetfrage“ gesetzt und daß in diesen Versammlungen der Referent die Sache des Disziplinbruchs vertreten habe, folgendes:

Wir stellen hier fest, daß in keiner einzigen Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Pforzheim über das Thema: „Die badische Budgetfrage“ gesprochen wurde, auch keine einzige Mitgliederversammlung mit diesem Thema stattgefunden hat; inselgedessen konnte auch der „jenige Referent“ nicht die Sache des Disziplinbruchs vertreten.

Wir haben den Verfasser der Notiz in Nr. 202 sofort aufgefordert, sich zu dieser Aufschrift des Genossen Hamann zu äußern.

Parteiliteratur.

Der Weg zur Macht. Von Karl Kautsky. Von dieser Broschüre ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, die zweite durchgesehene Auflage erschienen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Beurteilung nach bewährtem System.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Halle a. S. wurde gegen den Genossen W. Leopoldi vom „Volksblatt für Halle“ wegen Verleumdung des Bürgermeisters Regel von Mühlberg a. E. verhandelt.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Die soeben erschienene Nr. 18 hat unter anderem folgenden Inhalt: Das Weltparlament der Arbeit. — Ein Jahr Jugendbewegung. — Mein Zimmeraquarium (Illustriert). — Nach dem Sozialistengesetz (Schluß). — Von Wilhelm Schröder. — Für Mädchen schick dich nicht! Von Luise Pley. — Aus der Jugendbewegung usw.

Beilage: Vagabunden. Von A. Rossegard. — Unter den Naturvölkern Zentral-Asiens (Schluß). — Wilhelm Dittmers Hamburger Hafenbilder (Illustriert). — Was soll ich lesen? (Schluß). Von J. Vordardt. — Aus meiner Lehrzeit. Von A. Eysodi. — Geißelhändel.

Aus Industrie und Handel.

Agrarische Wucherpolitik.

Mit Liebesgaben aller Art — Schutzgöllen, Ausfuhrprämien, Steuerdifferenzierungen usw. — sind die Agrarier nicht zufrieden. Je mehr Wucherbeute sie einheimen, um so größer ihre Habgucht.

„Der Deutsche Leichwärtverein“ ist eine Sonderkommission für Risikoverwertung gewählt worden, die Mittel und Wege ausfindig machen sollte, um die Lage der Produzenten zu bessern.

Freiherrn v. Eckardstein abgeschlossenen Verträge auf diese Firma übertragen hatten. Am 19. Februar war bereits eine Generalversammlung der Aktionäre abgehalten und das Aktienkapital auf 1 1/2 Millionen erhöht worden.

Hier finden wir also die Erklärung dafür, warum man die Mitglieder der Sonderkommission hat links liegen lassen.

Die angekaufte Firma, die sich jetzt „Syndikat“ nennt, schüttet nach dem Verträge 30 Proz. des Reingewinns bis zum höchsten Betrage von 4 M. pro Zentner an die Produzenten aus.

Man sieht aber, die ganze Transaktion ist nach der Form der Reichsfinanzreform zugeschnitten. Auch hier sollen nur die Kosten der dritten Klasse erleichtert werden.

Nach dem Verträge ist nun jeder Produzent berechtigt, auf je 100 Morgen Leichfläche eine Aktie von 1000 M. von dem Syndikat zu beziehen.

Auf die Frage, warum man die Majorität der deutschen Leichwirte vom Bezuge der Aktien ausgeschlossen habe, gab der Vorsitzende, Herr Conze, zur Antwort: „Es würde dies zu weit führen.“

Der „Veredelungsverkehr“ dient den Agrariern als Argument bei der Verteidigung der Getreideausfuhrprämie; angeblich lassen sie sich bei der Politik, die die Fleischpreise zu schwindelnder Höhe hinaufreibt, von sanitären Rücksichten leiten.

Die Hanse am Baumwollemarkt.

Die neue Preishausse, die am 29. August die Baumwollepreise von 16,00 auf 19,75 Centis am New Yorker Baumwollemarkt hinaufschleichen ließ, hat das Preisniveau des wichtigen Textilrohstoffes auf einen seit der Zeit des Bürgerkrieges unerreichbaren Stand getrieben.

Verfolgt man die Entwicklung der Baumwollepreise im letzten Jahrzehnt unter Fixierung der Tief- und Hochpunkte der Preiskurve, so zeigt sich deutlich, welche starke Verteuerung der Rohstoff Baumwolle im letzten Jahre erfahren hat.

Table with 5 columns: Location, Year, Price 1899, Price 1904, Price July 1910. Rows include Bremen, Hamburg, and other locations.

Die Preissteigerung und Verteuerung am Baumwollemarkt wurde in den letzten Jahren ständig durch die großzügige amerikanische Spekulation und weniger durch die tatsächliche Marktlage geschaffen.

Die Baumwolleverbraucher haben ihre Bezüge auf Grund der bestehenden Rohstoffsteuerung wesentlich eingeschränkt, wie die nachstehende Gestaltung der deutschen Baumwollereinfuhr beweist:

Table with 5 columns: Month, Index, Running Year, Absolute in Double Centners, Decrease. Rows include December, January, February, etc.

Mit dem Abheirücken des Erntebeginns im August nimmt zwar immer die Versorgung Deutschlands mit Baumwolle ab, aber der Vergleich gegenüber dem Vorjahre ergibt deutlich die in den letzten acht Monaten infolge des Baumwollcorners gezeitigte Einschränkung der deutschen Baumwollindustrie.

„Obersamer Diente“.

Die Regierung hat für die Leiden und Schmerzen des Privatkapitals Verständnis — sie fühlt sich selbst als Privatunternehmer und bekämpft daher mit den Kirzdorf, Stinnes, Thyssen usw. die Forderung eines Reichsberggesetzes.

Sein Gruß gelte in erster Reihe den Vertretern staatlicher Bergwerksverwaltungen aus den außerpreussischen Bundesstaaten. Es sei nicht zu verkennen, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammengehens in Bergwerksfragen immer mehr breit mache.

Das wird man sich merken, Herr Eydow hätte auch sagen können: Keine Herren, Sie sind die Herren, befehlen Sie, wir gehorchen!

Eingegangene Druckschriften.

Ein Jagdtag. Roman von Clara Grufe. 150 M., gebunden 2 M. Anton Theiner, Ein Vorkämpfer des heutigen Modernismus. Studie zur Erinnerung an seinen 50jährigen Todestag von Dr. Schlagschölk, Breslau. Remminger's Verlagsgesellschaft, Würzburg, 4 M.



**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Königlicher Viertel.  
(Bezirk 203, Teil I.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Schmied  
**Heinrich Wenzel**  
Faldensteinstr. 35  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. September,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-  
hofes in Rixdorf, Hermannstr. 13  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verein**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Angehörigen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
**August König**  
am 30. August an Lungenerleiden  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. September,  
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes  
in Rixdorf, Hermannstr. 13  
aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der  
Schmied  
**Karl Schmidt**  
am 30. August an Nierenmar-  
kenerlei.  
Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, den 2. September, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rosalder Kronenbäuses  
aus nach dem Heiland-Kirchhof,  
Walden, statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der  
Schmied  
**Heinrich Wenzel**  
am 31. v. Mts. an Lungener-  
krankung.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. September,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes in  
Rixdorf, Hermannstr. 13 aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung ersucht  
121/2 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, dass mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
Schwager und Großvater, der  
Restaurateur  
**Bernhard Lange**  
am Dienstag, den 30. August, im  
67. Lebensjahre plötzlich ver-  
storben ist.  
Dies zeigt tiefbetrübt mit der  
Bitte um stille Beileid an im  
Namen der Hinterbliebenen  
Eltern **Marie Lange**.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. September,  
nachmittags 5 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle in der Bornitzstr. 6  
aus statt.  
66/6

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Nieder-Barnim.**  
Bezirk Lichtenberg.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Re-  
staurateur  
**Bernhard Lange**  
plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. September,  
nachmittags 5 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle in der Bornitzstr.  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
238/15 Die Bezirksleitung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Bezirk Weißensee.**  
Am 29. August verstarb unser  
Mitglied, der Stuckateur  
**Richard Heine.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 5 Uhr von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
der Rüdelsstr. aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
258/14 Die Bezirksleitung.

**Sparklub Lustige Brüder.**  
Am 30. d. Mts., mittags 11 Uhr,  
verstarb nach langem Kranken-  
lager unser lieber Spardruber  
und Vereinswirt  
**Eugen Lenk.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
3. September, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des alten  
Thomas-Kirchhofes, Hermann-  
str. 13, aus statt.

Mittwoch, den 31. d. Mts. ver-  
starb nach langem Leiden unser  
guter Sohn und Bruder  
**Fritz Vogelsang**  
im Alter von 15 Jahren.  
Dieses zeigt tiefbetrübt an  
Familie August Vogelsang.  
Die Beerdigung findet Sonn-  
abend nachmittags 5 1/2 Uhr auf  
dem Kreuzkirchhof, Mariendorf,  
66/6

**Dankagung.**  
Für die Beweise herzlichster Teil-  
nahme bei der Beerdigung unserer  
lieben Mutter **Frau Henriette  
Grams** sagen wir allen Verwandten  
und Bekannten sowie dem Träger-  
chor Süd-Ost\* unseren herzlichsten Dank.  
652/4 **Familie Grams.**

**Bäckerei - Genossenschaft  
Berlin.**  
Eingetragene Genossenschaft mit be-  
schränkter Haftung.  
**Sonntag, d. 11. September d. J.,**  
nachmittags 2 Uhr,  
im Lokal v. Krone, Hermannstr. 17:  
**Ordentliche  
General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht und Bericht des  
Vorstandes.  
2. Wahl für die ausstehenden Vor-  
stands- und Aufsichtsratsmitglieder.  
3. Geschäftliche Angelegenheiten.  
4. Verschiedenes.  
Der Vorstand. 289/14  
Richard Linder. Ludwig Ertl.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Fol I. Amt 3, 1289. Charitestraße 3. Fol III. Amt 3, 1287.  
**Sonntag, den 4. September, vormittags 10 1/2 Uhr:**  
**Versammlung**  
aller  
**in den Smallearbeiten beschäftigten  
Arbeiter und Arbeiterinnen**  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Fiedler. 2. Diskussion. 3. Branchen-  
angelegenheiten und Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist  
es notwendig, dass alle Smallearbeiter und Arbeiterinnen erscheinen.  
121/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15,  
Saal 4 (Arbeitslokal):  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**„Silesia-Bad“**  
556\* Schlesische Str. 31  
Alle Arten medizinische Bäder.  
Lieferant aller Kassen.

**Berliner Arbeiter-  
Radfahrer - Verein**  
Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
**Touren**  
zum Sonntag, 4. September.  
1. Abt.: 7 Uhr: Wannsee (Frei-  
bad). 1 Uhr: Familientour Schmar-  
gendorf (Schlittenhaus). Start: Bü-  
lowstraße 28.  
2. Abt.: 7 und 12 1/2 Uhr: Friedebusch  
(Berliner Schloß). Start: Fontane  
Bromenode 19.  
3. Abt.: 6 Uhr: Fichtenmalde  
(Denze). 1 Uhr: Nitzschhorn. Start:  
Mariannenplatz.  
4. Abt.: 7 Uhr: Werthe (Dampf-  
schiff). 1 Uhr: Strickgarten (Wilhelmshof).  
Start: Nitzschhorn.  
5. Abt.: 7 Uhr: Finkenkrug. 1 Uhr:  
Walden. Start: Esham.  
6. Abt.: 1 Uhr: Familientour nach  
Hirshgarten (Wilhelmshof). Start:  
Oberhöger Straße 28.  
7. Abt.: 6 Uhr: Kremmen (Bath-  
haus). 1 Uhr: Helligensee (Heiligen-  
see Schwitz). Start: Kösliner  
Straße 8.  
8. Abt.: 7 Uhr: Streifzüge durch  
den Grunewald. Endziel Steglitz.  
12 1/2 Uhr: Steglitz (Dirksenbühlchen).  
Besichtigung des Botanischen Gartens.  
Start: Waldstr. 6.  
9. Abt.: 1 Uhr: Rixdorf (Defer).  
Start: Schillingstr. 15.  
10. Abt.: 7 Uhr: Finkenkrug.  
1 Uhr: Wilmersdorf (Freund). Start:  
Weberstr. 6.  
Lichtenberg: 6 Uhr: Streifzüge durch  
den Blumenthal. Treffpunkt: Lichten-  
see. 1 Uhr: Petersdamm. Start:  
Hauptstr. 74.

# Die Hofe.

Sie die Allgemeinheit dürfte es von Interesse sein, über die Entstehung  
Geschichte der Hofe näheres zu erfahren. Die Hofen bilden ein Kleidungsstück,  
das schon den Babylonern zur Einbildung der Hüften und Schenkel diente.  
Die alten Germanen hatten in Udenwald, König der Longobarden, den ersten  
Träger von Beinleidern. Im Mittelalter wechselte die Mode der „Unaus-  
sprechlichen“ insoweit ab, als sie bald lang, bald kurz, bald weit, bald eng ge-  
tragen wurden. Die Gallier wurden von den Römern als das „behoft Gallien“  
verpöchtelt, bis diese Sitte auch von den Römern selbst eingeführt wurde. In  
der Mitte des 16. Jahrhunderts dürfte wohl der Preis der Hofen am teuersten  
gewesen sein. Damals sind oft für ein Paar Beinleidern mehrere hundert Ellen  
Seid verwendet worden. Die Beinleidern bestanden aus einer Ueberfülle dünnen  
Seidenstoffes, der durch übereinandergelegte Streifen gröberer Stoffes zusammen-  
gefasst wurde, und die meist von Landsknechten ganz enorm gezieret worden  
sind. Nachher haben die höheren Stände diese Mode der Landsknechten ab-  
gelehnt. Unbemittelte Leute, denen die Anschaffungskosten zu hoch kamen,  
knüpften ihre Hofen auf, damit sie den gleichen Umfang annehmen sollten, wie  
jene teuren, bis Joachim II. Kurfürst von Brandenburg (gest. 1571), das  
Tragen derselben mit der Androhung verbot, daß er für jeden Fall der Zu-  
widerhandlung jedem, den er mit solchen Kleidungsstück trüge, dasselbe auf-  
schneiden lassen würde. Eine solche Bestrafung trat auch in mehreren Fällen  
ein. Später kamen in Frankreich und England neben den weiten Landsknechten  
die kurzen Roden auf. Die jetzige Hofe wurde unter dem Namen  
Pantalons in der französischen Revolutionszeit (1789-1799) eingeführt. Vorher  
wurden Hosen mit Knöpfen und Schlingen und mit Bändern und Knöpfen  
geschnürte Beinleidern getragen. Den jetzigen modernen Hosenformen genähert  
unser Rodentücker durch unweiseliche Abweichungen hinsichtlich des Schnittes.  
Die Firma Baer Sohn läßt es sich besonders angelegen sein, der jeweiligen  
Mode zu entsprechen. Einem Wunsche aus ihrem nach Zehntausenden zählenden  
Abnehmerkreise entsprechend, knüpft die Firma eine eigenartige Veranstaltung an.  
Eine Hofenwoche ist es, in der aus den angeheuren Beständen an Beinleidern,  
die anzuweihen würden, die männlichen Bewohner des neuen Königreichs Roumengo  
einzuweisen, 10 000 Paar vom 3. bis zum 11. September zum Verkauf gelangen.  
Um Preiswürdigkeit ist man bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Die  
Veranstaltung soll den Zweck haben, dem Publikum die Teilungsfähigkeit in der  
Fabrikation großer Quantitäten vor Augen zu führen. Bei dieser Gelegenheit mag  
darauf hingewiesen werden, daß die Firma Baer Sohn die größte Betriebsdienstleistung  
dieser Art in Deutschland in den nächsten Tagen errichtet, in der die modernsten tech-  
nischen Hilfsmittel zur Anwendung gelangen. — Beachten Sie gefl. das morgige Inserat.

## Hosen-Woche

**Arbeiter-  
Bekleidung — Berufskleidung.**  
Größtes Spezialgeschäft.  
**Kohnen & Jöring** Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.  
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 60.

**Tischler-Verein  
(E. H. 80.)**  
Sonabend, 3. Septbr., abds. 8 1/2 Uhr,  
Weichselstr. 15:  
**Versammlung.**  
Beschluss über die Herrnpartie. —  
Beileidengabe zum Berliner Theater.  
— Vereinsangelegenheiten.  
199/1 Der Vorstand.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Einfegungsanzüge**  
sehr große Auswahl fertig 9.— an, nach  
Maß außergewöhnlich billig. Herren-  
Anzüge 8.25 an. Herren-Rohanzüge  
32-35 M. Stoffe, engl. Tuche, Anzüge-  
stoffe billig. Gern schicken wir unsere  
Bestreiter mit Muster ohne Aus-  
verpflichtung. **Tuchgesellschaft**  
Kottbuserdamm 16-17 (Dach). Vor-  
zeiger d. Internats erhält 5%, Rabatt  
Essigere in nur feiner, schöner Ware.

**Nur ein Preis!**  
Fette **Gänse 0,65**  
Nur allererste Qualität  
Gänserrümpfe, 1/2 Gänse.  
Fette Suppenhühner, jgr. Brathühner.  
F. Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

**Syphilis-Nachweis**  
in allen frischen u. veralteten, zweifelhafte  
Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung,  
sicher; beagl. Garm- (bes. auf Go-  
norrhoe-Fäden) u. Spulium-Analyse.  
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,  
Friedrichstr. 189, im Kronen-  
und Rodenstraße, I. 6734. Perf. Richtig-  
keit u. folgen. Gebühren von 8-8  
Sonntags von 12-1.

**Verleih-Institut:**  
Friedrichstr. 118/1, a. Oranien-  
Zoo. Ueg. Preis, Gebroch  
1,50, Dofe 1,00, Wette 50 Pf.

**Prack**  
Kaulsdorf und Mahlsdorf.  
Nur 20 Pf. Fahrt v. Zentrum Berlin,  
trotzdem billig, als weiter v. Berlin  
gelegene Orte, wie Hoppegarten,  
Neuenhagen usw. Maß. Anzahlung,  
langj. Hypothekon. Pläne gratis.  
Verkäufer ständig am Bf. Mahlsdorf  
im Pavillon. 678 L.  
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

# F J u R B!

**Felix Jacob vorm. Robert Blumenreich**  
nicht mehr  
**G F S**  
GROSSE FRANKFURTER STRASSE  
sondern  
**MKS 43 EAS**  
**Neue König-Strasse 43 Ecke Alte Schützenstr.**  
Beachten Sie mein morgiges Inserat!



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Mandolinen- und Gitarren-Klub von Brno veranstaltet am 18. September in den „Kammerfäden“, Teltower Straße 1-3, Ecke Belle-Alliance-Straße sein 11. großes Konzert und wird versucht, in Arbeiterkreisen Villetts umzusetzen. Da obiges Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, sind die Villetts zurückzuweisen.

Spandau. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß das Lokal Lindengarten, Galenfelde (Zsh. Fritz Wierle) nach wie vor gesperrt ist. Ferner weisen wir darauf hin, daß uns das Lokal Sichelödorfer Garten (Zsh. Großmann) nicht zur Verfügung steht und streng zu meiden ist.

Das Lokal von Seitz, Schönenstraße wird am 1. Oktober wieder eröffnet. Wir machen heute schon darauf aufmerksam, daß das Lokal der organisierten Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht und ersuchen um strenge Beachtung der Lokalliste.

Die Lokalkommission.

Im 4. Landtagswahlkreis (2. und 3. Reichstagswahlkreis) findet am Sonnabend, den 3. September eine Flugblattverbreitung statt. Da nur einzelne Teile des 2. und 3. Kreises in Betracht kommen, müssen alle anderen Parteigenossen sich an dieser Arbeit beteiligen.

Die Wahlleitung.

Friedenau. Die Wahlvereinsbibliothek ist von Sonnabend, den 3. September, ab wieder geöffnet. Bücherausgabe jeden Sonnabend von 8 bis 10 Uhr bei Schönefeld, Rheinstraße 31.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 4. September, findet ein Familienausflug nach Restaurant Ravenstein statt. Treffpunkt nachmittags 2 1/2 Uhr am Eingang zum Kurpark. Für Unterhaltung ist gesorgt.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 4. September, nachmittags 4 Uhr, findet im „Gasthof zur Sonne“ (Zsh. A. Wärsch) eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Fleischsteuer, Reichspolitik und bürgerliche Parteien. 2. Diskussion. Referent Parteisekretär Rudolf Bühler-Lichtenberg. Abmarsch der Nieder-Schönhausener Genossen mittags 1 Uhr von Schöfler, Nordend.

Die Bezirksleitung.

Berndorf. Am Sonnabend, den 3. September, abends 8 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Vinderung der Fleischnot.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten hat folgenden dringlichen Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, unverzüglich Schritte zur Vinderung der herrschenden Fleischnot zu tun.“

Der Antrag wird am nächsten Donnerstag auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stehen.

Von Lienenwisch nach Potsdam.

Seit dem Mai dieses Jahres verbindet eine neue Bahnlinie die Station Wildpark mit Neu-Geltow-Kaputh, Lienenwisch und Veelitz. Unter den Wanderplänen, die durch die Benutzung der Bahn leicht ausführbar werden, ist folgender abwechslungsreich und lohnend. Wir fahren vom Potsdamer Hauptbahnhof mit dem Vorortzuge um 8.15 nach Wildpark (Fahrpreis 65 Pf.), lösen hier eine Karte nach Lienenwisch (Preis dritter Klasse 35 Pf.; auch vierte Klasse ist vorhanden) und steigen in den Zug der neuen Bahn ein, der 9.05 abgeht. Der Zug geht durch die Birschheide, erreicht zwischen Neu-Geltow und Kaputh die Havelseen, die er überbrückt, in herrlicher Lage und erreicht hinter Kaputh wieder den Wald. Von der Station Lienenwisch wenden wir uns nun zum Forsthaus Schamerberg (Wegweiser vorhanden) und verfolgen von hier an die nördlich führende Waldstraße. Zur Linken erscheinen ab und zu die Wasserspiegel der kleineren Seen dieser Gegend. Zwischen dem kleinen und großen Lienenwischer See, sehr hübsch gelegen, sehen wir bald die kleine Kolonie Lienenwisch vor uns. Ehe wir sie erreichen, wenden wir uns rechts ab in den Wald, um auf geeigneten Wegen (Karte in der Hand!) an das Südufer des großen Lienenwischer Sees zu gelangen, wo ein Fußweg uns weiter leitet, bis wir die nördliche Spitze des Sees erreicht haben und ein freier malerischer Ausblick über Wasser und Wald uns belohnt. In derselben Richtung, wie der See, erstreckt sich in nördlicher Richtung und durch die Senkung im Walde leicht erkennbar, ein Moor, das Wurzelkern, das früher zweifellos selbst einen See in dieser Reihe gebildet hat. Auf seiner östlichen Seite wandern wir entlang bis zu seinem Ende. Hier tritt ein Fahrweg im Walde auf, den wir nun benutzen und stets in nördlicher Richtung verfolgen. Zwischen dem Schmielow-See und dem Kaputher See führt er uns durch hohen Kiefernwald nach dem alten Wendendorf Kaputh. Vorher steigt links der Sandhügel des Krähenberges auf, dessen Spitze eine Bank ziert. Die Besteigung lohnt sich in hohem Grade, denn die Aussicht auf die Havelseen und ihre Umgebung bis nach Potsdam ist außerordentlich reizvoll. Dann geht's hinab in das Dorf, wo wir uns bei Ernst Liesche, Weberstr. 36, auftrifften können. Das Dorf ist lang, aber schöne Baumalleen, hübsche, blumige Bauernvorkärten, Ausichten auf die Havel und andere Reize lassen die Durchwanderung geraten erscheinen. Man kann von hier mit dem Dampfer nach Potsdam zurückkehren oder noch auf der schönen Waldhausee bis Templin wandern, wo der Dampfer (ziemlich alljährlich) ebenfalls anlegt (Preis von hier bis Potsdam 30 Pf.). Will man auf den Dampfer nicht warten, so kann man auch das Stündchen von Templin bis Potsdam noch zu Fuß zurücklegen. Die größere Hälfte des Weges läuft zwischen der weiten Havel und bewaldeten hohen Hängen. Die Straße ist hier, besonders von Potsdamern und von Fahrzeugen, recht belebt. Bei staubigem Wetter tut man daher besser, von Templin ab den Dampfer zu benutzen. In Potsdam hat man die Wahl, die Wannseebahn, die Bahn nach dem Potsdamer Hauptbahnhof oder die über die Stadtbahn zu benutzen, so daß man wegen einer schnellen Rückbeförderung nicht in Verlegenheit kommt.

Die Herbstparade

ist gestern unter dem üblichen Drum und Dran, worunter die bekannten Abperrungen eine nicht unerhebliche Rolle spielten, vonstatten gegangen. Die Zahl derjenigen, die immer dabei sein müssen, wo etwas los ist, scheint sich aber mehr und mehr zu verringern. Nur für die an diesem Tage vom Unterricht befreite Schuljugend bot der gestrige Tag

Anlaß zur Betätigung. So sah man beim Ausmarsch des 3. Garde-Regiments gestern morgen an der Spitze des 1. wie des 2. Bataillons je eine Schar Schulkinder marschieren, von denen einige Holzstäbe umgehängt hatten, während andere Kinder Fahnen trugen. Erwähnter bemerke man fast gar nicht unter den Mitläufern, nur eine Schar halbwüchsiger Burschen ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, mitzumachen. Der „Lokal-Anzeiger“ weiß es wieder besser, er schreibt:

„Unterdesen drängt sich das Volk auf den Straßen. Autos und Equipagen, die Mailcoachs mit den Fremden rollen nach den Tribünenplätzen. Die liebe Schuljugend, die heute einen freien Tag hat, schaut mit großen Augen auf jeden Offizier oder General, der zum Paradeplatz reitet. Fragen schwirren hin und her. Der Arbeiter, der Beamte, der zu seiner Berufstätigkeit geht, läßt sich heute ein wenig mehr Zeit; mit gewissem Stolz sieht er auf die zur Parade ausrückenden Truppen. Der Berliner ist ja im Grunde seines Herzens militärfreudig vom Scheitel bis zur Sohle. So manch alter Krieger aber, mit dem Eisernen Kreuz und der Gedenkmünze geschmückt, blüht mit gewisser Behemut auf die junge Mannschaft und denkt an seine Soldatenzeit zurück. Die längsten Hälse jedoch machen die Mädchen; sie sichern und winkeln, denn zweierlei Luch hat noch nie seine Anziehungskraft verloren.“

Was der „Lokal-Anzeiger“ von dem vom Scheitel bis zur Sohle militärfreudigen Berliner faselt, ist Unsin, wenn es auch selbstverständlich ist, daß in einer Großstadt wie Berlin es auch militärfreudige Leute gibt. Die große Masse der Bevölkerung weiß, was sie das Militär kostet und wie sehr sie von den fürchterlichen Lasten gebrückt wird.

Daß insbesondere der Arbeiter sich heute mehr Zeit lassen soll, um mit einem gewissen Stolz auf die zur Parade ausrückenden Truppen zu blicken, ist auch so eine leere Behauptung des „Lokal-Anzeigers“. Er soll nur einmal herumhören, wie sich die Arbeiter äußern, wenn sie zur Arbeit wollen, aber wegen der strengen Abperrungsmaßnahmen Zeit versäumen und dadurch Geld einbüßen müssen. Militärfreudige Meuerungen fallen dann sicher nicht.

Beim Ausmarsch der Truppen (der Matkärer) ereignete sich auf dem Potsdamer Platz ein bemerkenswerter Vorfall. Während die Truppen über den Potsdamer Platz nach der Bellevuestraße marschierten, war der an dieser Stelle sonst lebhafteste Verkehr auf längere Zeit unterbunden; eine ganze Anzahl Straßenbahnwagen sammelten sich an. Auf dem Verdeck eines Anhängers der Straßenbahn befanden sich drei Soldaten eines Linienregiments. Dieselben hatten wohl den Offizieren des Füsilierregiments die notwendige Aufmerksamkeit nicht geschenkt und daher das Grün vergessen. Ein Hauptmann v. B., der sich in der zweiten Hälfte des Zuges befand, schien das fürchterliche Verbrechen bemerkt zu haben und schickte Garde-Füsilier in Paradeuniform auf das Verdeck hinauf und ließ die drei Soldaten feststellen.

Die Parade wollte gestern der Brightflieger Thelen benutzen, um sich auf dem Tempelhofer Felde mit einem Aeroplane zu zeigen. Da sein eigener Apparat nicht intakt ist, hatte er sich von der Bright-Gesellschaft einen Zweidecker „ausgeborgt“, mit dem er den Flug zu unternehmen gedachte. Um 9.15 Uhr bestieg Thelen den Führersitz und wenige Sekunden später gab er das Signal zur Abfahrt. Nach kurzem Anlauf erhob sich die Maschine und in ruhigem Flug schraubte sich der Aviatiker mit wenigen Kundenflügen bis auf 300 Meter empor und verließ dann den Flugplatz in Johannisthal. In wenigen Sekunden verstand der Flieger in der Richtung auf Rixdorf zu in dem dichten Nebel. Ueber dem Häusermeer Rixdorfs verlor Thelen jedoch die Orientierung und nur mit Hilfe des Kompasses gelang es ihm, die Richtung nach Johannisthal wiederzufinden. Nach einem Flug von 17 Minuten landete der Pilot glatt auf dem Flugplatz mit der festen Absicht, wieder aufzustiegen, sobald sich der Nebel gehoben haben würde. Da sich jedoch das Wetter nicht auflarte und auch ein ziemlich heftiger Wind aufreißte, mußte Thelen den geplanten „Paradeflug“ aufgeben.

Die Desinfektion in den hiesigen Irrenanstalten läßt, wie aus den bis auf Kleinigkeiten voll erwiesenen Beschwerden der Pfleger von Buch hervorgeht, sehr zu wünschen übrig. Ist man mit der Desinfizierung beim Auftreten von Infektionskrankheiten offenbar nachlässig gewesen, so wird beim Desinfizieren von Kleidungsstücken beim Einliefern von Patienten wieder das Gute zu viel getan. Viele Patienten klagen darüber, daß sie bei der Entlassung ihre Sachen in halb verdorbenen, jedenfalls in minderwertigem Zustande zurückerhalten. Der Uebelstand liegt darin, daß alles Mitgebracht, gleichgültig, wer es getragen hat, in einen großen Leinwandbad gewaschen und so in den Desinfektionsapparat geschoben wird. Selbst seine Wäsche, Krawatten, Hüte, Stiefel bleiben von diesem ebenso radikal als bequemen Verfahren nicht verschont. Nach dem Wäschebad sehen Sachen, die gut und teuer waren, geradezu bejammernswert aus. Sie werden allerdings später nördlich aufgedüngelt, aber der eigentümliche Duft vom Desinfektionsapparat geht monatelang nicht heraus, und zuweilen sind noch farbige Flecke sichtbar, die vorher nicht da waren. Von Schadenersatz versteht sich natürlich die Anstalt unter allerlei Ausflüchten zu drücken oder sie speist den Beschwerdeführer mit ein paar Mark, die als Extrantschädigung gezahlt werden, ob. Wer einen wirklich Kranken nach dem Irrenhause schaffen lassen muß, soll ihm niemals gute Meinung mitgeben, sondern die allerschlechtesten.

Gegen den Straßenhandel richtet sich ein an die Hausfrauen Berlins gerichtetes anonymes Flugblatt, das von Gehässigkeiten gegen Straßenhändler strotzt. Das Publikum wird aufgefordert, von Straßenhändlern nicht mehr zu kaufen, weil die bescheidensten Ansprüche an Sauberkeit und Hygiene nicht erfüllt werden. Aus den Kreisen der Straßenhändler gehen uns Proteste zu gegen die niedrigen im Flugblatt erhobenen Beschuldigungen. Vor allem lassen es sich die organisierten Händler angelegen sein, gegen Mißstände im Straßenhandel aufzutreten. Mißstände lassen sich auch bei feinsten Händlern nachweisen und sind keine spezifische Eigenschaft des Straßenhandels.

Keine Cholera in Berlin.

Gestern wurde noch als Choleraansteckungsverdächtig Frau Anna Welsch geb. Biegel (am 21. 8. 75 in Greifswald geboren), Rixbachstr. 72 wohnhaft, in das Rudolfs-Birchhof-Krankenhaus eingeliefert. Bei ihr und dem gestern eingelieferten Mechaniker Karl Otto, dem es gut geht, ist die bakteriologische Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Alle anderen Personen sind gestern zur Entlassung gekommen. Die bakteriologische Untersuchung hat bei ihnen ein negatives Resultat ergeben.

Die Leiche des Mittwoch nachmittags verstorbenen Paul Friedrich ist zur gewöhnlichen Beerdigung freigegeben worden. Friedrich ist an schwerem Darmkatarrh gestorben. Cholera ist nicht festgestellt.

Aus Charlottenburg wird berichtet: Sämtliche in das Charlottenburger Westend-Krankenhaus eingelieferten cholera-verdächtigen Kranken sind bereits wieder als gesund entlassen worden. Charlottenburg ist demnach vollkommen cholerafrei. Uebrigens hat die Stadt vor Monaten schon alle vom Seuchengesetz geforderten Vorkehrungen gegen die Cholera im weitesten Umfange getroffen, so daß zu keinerlei Befürchtungen Anlaß vorliegt.

Aus Spandau wird gemeldet, daß gestern in das Spandauer Krankenhaus die Witwe Anna Holbed aus der Schützenstraße 9 eingeliefert worden ist. Die Frau war als Wäscherin bei der Familie Sarnow beschäftigt und hat auch während der Krankheit der Frau Sarnow Wäschestücke der von der Cholera Befallenen gereinigt. Nach dem Tode der Frau S. wurde sie, wie alle übrigen Personen, die mit der Verstorbenen in Berührung gekommen waren, in der Isolierbarade interniert. Wie das bakteriologische Institut in Berlin festgestellt hat, haben sich in den Ausscheidungen der S. Kommasbazillen vorgefunden, ohne bisher irgendwelche Krankheitssymptome hervorgerufen zu haben. Der Sicherheit halber sind auch die bei ihr wohnenden drei Töchter in das Krankenhaus geschickt worden, während ihre beiden Söhne sich in ihren Wohnungen befinden, aber ärztlich überwacht werden.

Das Befinden des Desinfektors Reumann hat sich im Laufe des gestrigen Tages wesentlich verschlimmert, doch neigen die Ärzte der Ansicht zu, daß der Erkrankte nicht von der Cholera, sondern von einem schweren Brechdurchfall befallen ist. Den übrigen unter ärztlicher Aufsicht stehenden Personen, sowie dem erkrankten Revisor Sarnow geht es verhältnismäßig gut.

Der Choleraherd in Spandau entdeckt. Den unausgesetzten Bemühungen der Spandauer Gesundheitsbehörden scheint es, wie uns in später Abendstunde gemeldet wird, gelungen zu sein, den mutmaßlichen Herd der Cholera zu entdecken. Anfänglich war man der Ansicht, daß die Infektion durch russische Auswanderer, die auf dem Bahnhof Ruhleben in Quarantäne gelegen, hervorgerufen worden sei. Am gestrigen Nachmittag begab sich die Cholera-Kommission nach den königlichen Munitionswerken. Verdacht erregten vor allem die Kisten, in denen die Munition und Patronenstaschen verpackt sind. Die Kisten waren mit Schmutz und Schimmel bedeckt, und es wurde aus den Büchern nachgewiesen, daß eine Anzahl der Behälter die russische Grenze passiert haben. Die Ärzte glauben nun auf der rechten Spur zu sein, wenn sie annehmen, daß in dem Schimmel und in dem Schmutz Cholera-Erreger enthalten sind. Die Kisten wurden sofort beschlagnahmt und Proben des verdächtigen Schmutzes an das bakteriologische Institut in Berlin zur Prüfung überandt. Es ist nachgewiesen, daß Sarnow in letzter Zeit mit Revision von Munition zu tun gehabt hat.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde übrigens der Waggermeister Kreuzinger, der auf einem Wagger im Großschiffahrtskanal Berlin-Stettin arbeitet, unter choleraverdächtigen Erscheinungen in das Spandauer Krankenhaus eingeliefert.

Aus Eifersucht auf seine Braut geschossen hat gestern früh im Hause Ritterstr. 12 ein 20jähriger Arbeiter. Er feuerte auf die 17jährige Emma Sander mehrere Schüsse ab und verjagte schließlich auf sich selbst zu schießen. Zum Glück gingen die Schüsse fehl. Der unglückliche Liebhaber wurde festgenommen.

Ein Kanakbäcker Vorgang, der leicht traurige Folgen hätte haben können, ereignete sich am Dienstagabend auf dem Vorortbahnsteig Gesundbrunnen. Als der Vorortzug 6.46 Uhr nach Otanienburg einfuhr, wurde eine Frau, die ein kleines Kind auf dem Arm trug und in der anderen Hand einen zusammengeklappten Kinderwagen hielt, in dem Augenblick, als sie den eben eingefahrenen Zug besteigen wollte, von einem den Zug entlang laufenden Fahrgast angegriffen. Die Frau konnte dadurch selbstverständlich nicht so schnell an den Zug kommen wie der etwa 6 Meter entfernt stehende abertigende Stationsbeamte. In dem Moment, als die Frau das Treittreitt des Wagens betrat und unter diesen schwierigen Verhältnissen die Tür öffnete, gab der Beamte das Zeichen zur Abfahrt und rief der Frau zu: Zurückbleiben! Der Chemann, der ebenfalls ein Paket und 2 Kinder im Alter von 4-6 Jahren an der Hand hatte, hatte Mühe, die Kinder, von denen eins schon auf dem Treittreitt des sich in Bewegung setzenden Zuges stand, vor dem Ueberfahrenwerden zu schützen. Vater und Kinder blieben zurück und mußten bis zum nächsten Zug warten. Das Publikum sprach seine Entrüstung über das Verhalten des Beamten deutlich zum Ausdruck.

Ein dreifacher Kassenraub, der eines gewissen Humors nicht entbehrt, wurde vorgestern abend auf dem Wedding verübt. Der Wäschehändler Hermann Wittner, Wiesenstr. 30, war mit seinem Fuhrwerk fortgefahren und währenddessen hielt die Ehefrau in der neben dem Geschäft liegenden Küche auf. Inzwischen war nun ein unbekannter Bursche in den Laden eingedrungen und erbrach die Kasse. Er raubte sie vollständig aus. Durch das entstehende Geräusch wurde die Frau aufmerksam, und in dem Glauben, daß ihr Mann noch im Laden weile, rief sie diesem einiges zu. Sie erhielt auch prompt die Antworten wieder; doch plötzlich war es still. In dem Augenblick, als dann Frau W. den Laden betrat, sah sie, wie ein fremder Mann aus der Tür schleunigst verschwand. Sie hatte geglaubt, sie unterhalte sich mit ihrem Mann; doch es war nicht dieser, sondern der dreifache Kassenräuber gewesen, der sich schnell in die Situation gefunden und die nötigen Antworten gegeben hatte. — Es sollte leider nicht gelingen, des Eindringers habhaft zu werden.

Im Grunewald vergiftet. Das 10jährige Hausmädchen Hedwig G., das bei einem Kaufmann in der Florastr. 3 zu Steglitz bedient war, wurde nachmittags von Ausflüglern in besinnungslosem Zustand in der Nähe des Jagdschlösses Grunewald aufgefunden. Der Zustand der Lebensnerven ist hoffnungslos.

Attentat auf einen Streckenwärter. Beim Abgehen der Eisenbahnlinien angeschossen wurde der Streckenwärter Alfred Strosow aus Münchberg. Während St. in der Nähe der Bude 31 die Strecke abging, um die Weise zu kontrollieren, ertönte plötzlich hinter ihm ein Schuß und im nächsten Augenblick brach der Beamte getroffen zusammen. Er vermochte sich später wieder zu erheben und nach seiner Dienststelle zu schleppen. Es mußte dann ein Arzt hinzugezogen werden, der feststellte, daß der Schuß in den Rücken eingedrungen war. Ob es sich hier um das Attentat eines unermittelten Täters oder um den unglücklichen Schuß eines Jägers handelt, konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden.

Von einem schweren Unfall wurde am gestrigen Tage ein Mitglied des Hoppel-Theaters, Herr Hans Frey, betroffen. Als er sich vor dem Hause Königgräber Str. 62 über den Jagdramm begeben wollte, wurde er von einem vorüberfahrenden Geschäftswagen erfasst und zu Boden geworfen. Herr F. kam dabei so unglücklich zu Fall, daß die Nieren des schweren Gefährtes ihm über beide Beine hinweggingen. Der Verunglückte wurde von Passanten nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer und von dort aus nach seiner Wohnung in der Belle-Alliance-Straße gebracht. Herr F., der ziemlich schwere Quetschungen, sowie eine Schenkelzerrung davongetragen hat, dürfte in den nächsten Wochen seine Tätigkeit nicht aufnehmen können.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist gestern vormittag der achtjährige Schüler Fritz Reuendorf, Putzmeisterstr. 23 wohnhaft. Der

Knabe spielte mit mehreren Kameraden in der Nähe der alten Rotbrücke an der Behmstraße. Als der Junge am Rande der Böschung entlang lief, erhielt er plötzlich von einem seiner Kameraden einen Stoß und stürzte kopfüber den etwa zehn Meter hohen, steilen Abhang hinunter und blieb bewegungslos liegen. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Wadstraße geschafft, wo der diensttuende Arzt einen komplizierten Schädelbruch, Gehirnerschütterung und doppelten Armbruch feststellte. Der Kleine wurde in hoffnungslosem Zustande in die elterliche Wohnung übergeführt.

**Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann.** SW., Adalbertstraße 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, am Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zur Zeit 645 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

In der Versammlung bei Habel, Vergmannstr. 5/7, am 20. August, ist eine Brille mit Futteral gefunden worden. Abzuholen ist dieselbe in der Expedition von Werner, Gneisenaustr. 72.

**Wer ist der Verstorbenen?** Am 6. August d. J., vormittags gegen 10 Uhr, wurde in der hinter dem Schloßpark in Friedrichsfelde belegenden Bauernhütte ein unbekannter Mann, der sich eine Schußwunde und einen Schnitt mit einem Rasiermesser in den Hals beigebracht hatte, schwer verletzt aufgefunden. Er wurde in das Krankenhaus in Rummelsburg übergeführt, wo er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am nächsten Tage verstarb. Einige Tage später wurde der Leiche durch zwei Frauen als ein Wächterrevolver Sch. rekonstruiert. Wie sich jetzt herausgestellt hat, haben sich die Frauen geirrt, denn der Wächterrevolver Sch. ist noch am Leben und befindet sich in Berlin. Der Unbekannte, der bereits auf dem Friedhof der Gemeinde Vogelsanger-Rummelsburg in Friedrichsfelde, Rummelsburger Straße, beerdigt ist, war mit dunklem Jackett und Weste, graublauer Madras-Hemle, langen schwarzen Strümpfen, schwarzen Schnürschuhen und dunkelbraunem steifen Hut bekleidet. Er war etwa 28-30 Jahre alt, 1,75-1,78 Meter groß, hatte dunkles Haar und dunklen Schnurrbart. Bei ihm vorgefunden wurde ein mit sechs Patronen (davon eine abgefeuert) geladener Revolver, ein altes mit schwarzer Hornschale versehenes Rasiermesser mit der Firma J. Reunen, Solingen-Anvers (auf der einen Seite der Hornschale ist der Name „Mieg“ eingegrift), nebst einer Hälfte des dazu gehörigen Etuis, ein schwarzledernes Wortemonnaie ohne Inhalt, ein altes, beschädigtes, verrostetes Messer mit zwei Schneiden, einem sogenannten Champagnerbrecher und Pfropfenzieher. Auf den Schalen dieses Messers sind abgebildet: das Rathaus, der Dom und die Severikirche zu Erfurt nebst der 1497 gegossenen, 276 Zentner schweren großen Glocke des Domes, mehrere Briefbogen und Avertis und ein Bleistift „Helm Nr. 2“ der Opta-Bleistift-Fabrik. Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich schriftlich oder mündlich bei der Kriminalpolizei in Lichtenberg zur Tagebuchnummer IV 8148 10 melden zu wollen.

**Zeugen gesucht.** Personen, die gesehen haben, wie am Dienstag, 28. August, abends gegen 10 Uhr an der Haltestelle der Straßenbahn in der Belle-Alliance-Straße, Ecke Varinther Straße eine Frau von einem Pferdeomnibus überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Wilh. Fabig, Raststr. 19 abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Eine Rückzugskassende unternimmt das Organ für Wahlrechtstraub, das „Rixdorfer Tageblatt“. Allmählich scheint es auch in diesen Kreisen zu dämmern, welche schimpfliche Handlung doch der Wahlrechtstraub ist. Anders ist es nicht zu erklären, wieso das edle Organ es ablehnt, „Befürworter des Wahlrechtstraubes“ zu sein, wie wir von ihm behaupteten. Statt dieser allgemeinen Ablehnung, die doch kein Mensch für bare Münze nimmt, hätte das „R. Z.“ rund und nett erklären sollen, wie es denn zu dem Vorgehen des Magistrats und der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung steht, wenn es eine Erwiderung gegen uns für notwendig hält. Seinen Rückzug deckt das „R. Z.“ mit einem Geheiß gegen den „Vortwärt“, allem Anschein nach deshalb, weil sachliche Argumente nicht beizubringen waren. Oder will das „R. Z.“ etwa auch in diesem Falle vorgeben „neutral“ zu sein? Im Kampfe um die Erhaltung oder Erweiterung von Volksrechten gibt es keine Neutralität, hier gibt es nur ein Entweder — Oder! Das „R. Z.“ und seine Hintermänner haben bisher nur den Kampf gegen die Volksrechte und deren Erweiterung in der Gemeinde geführt. In Rixdorf wächst die Sturmflut gegen die Wahlrechtsträuber und deren Anhang. Dieses Gefühl verleiht auch dem amtlichen Organ der Stadt Rixdorf, dessen Vorgesetzter der Stadtverordnete Herr Glasmann ist, der, wie unter anderem die namentlichen Abstimmungen usw. beweisen, gegen die Erweiterung von Volksrechten und für den Wahlrechtstraub eingetreten ist, arge Velleitungen.

Eine heftige Explosion ereignete sich gestern nachmittags im Lagerkeller des Hauses Rogabstraße Nr. 28/27. Dort füllte der 26 Jahre alte Kaufmann Karl Marschel Terpentinergas aus einer Petroleumlampe mit in den Keller. Beim Liegen spritzte etwas von der feuergefährlichen Flüssigkeit in die Lampe. Die Folge war eine heftige Explosion. Marschel wurde zu Boden geschleudert und trug Brandwunden an der linken Hand und am rechten Bein davon. Verschiedene Sachen, die im Keller standen, wurden zertrümmert und gerieten zum Teil in Flammen. Die Rixdorfer Feuerwehr löschte in kurzer Zeit den Brand und beseitigte jede Gefahr.

Durch einen Sprung aus dem Fenster versuchte sich gestern abend die 24 Jahre alte Ehefrau Emma Seelau aus der Böhmischen Straße 47 das Leben zu nehmen. Aus der im vierten Stock in der gelegenen Wohnung ihres Schwagers, des Schriftsetzers Finke in der Riemehstraße 15, stürzte die Lebensmüde sich auf den gepflasterten Hof hinab, wo sie mit schweren inneren Verletzungen regungslos liegen blieb. Die Bedauernswerte wurde nach dem städtischen Krankenhaus in Dudenow gebracht.

Auf dem Wege von der Kaiser-Friedrich-Straße durch die Jägerstraße zum Lokal von Hoppe ist ein Portemonnaie, unter anderem einen Trauring enthaltend, verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe bei Kullikowski, Kaiser-Friedrich-Straße 77 vorn IV, abzugeben.

### Südende.

Der Lokalboykott wird von unseren Genossen mit unvermindertem Eifer und gutem Erfolg fortgeführt. Jeden Sonntag sind sie auf dem Posten, um das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß die Lokalbesitzer Dahl und Schultze in der Richterfelder Straße der Arbeiterschaft ihre Säle immer noch verweigern. Ihrem schweren Kerger über die Wirkung der Sperre machen die Herren auf alle Art Lust. Am letzten Sonntag hatten wir wieder einmal das Vergnügen, einen Hornesausbruch des Herrn Dahl zu beobachten. Aufschraubend fürzte der aufgeregte Herr aus seinem Lokal auf einen vorübergehenden Genossen zu, um ihm unter Titulationen wie „Kümmel, Rauschjunge“ usw. das Vortreten des Bürgersteiges vor seinem Lokal zu verbieten. Schon vorher hatte er andere, ebenfalls vorübergehende Genossen seinen Sälen mit den Worten gezeigt: „Das sind die Burschen, die seht Euch mal an!“ Trotzdem werden die Südender Genossen den Bürgersteig nach wie vor benutzen und Herrn Dahl noch recht häufig Gelegenheit geben, sie seinen wenigen Gästen vorzustellen. Selbst Sittierungen, wie auch der letzte Sonntag wieder eine zeitigte, werden unsere Genossen nicht davon abhalten, den Arbeitern immer wieder zu sagen: „Weidet die Lokale von Dahl und Schultze in Südende so lange, bis die Inhaber sich bereit finden, ihre Säle der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Die Parteigenossen von Groß-Berlin werden dringend gebeten, die Südender in ihrem Kampf um Versammlungslöcher zu unterstützen.“

### Mariendorf.

Ueber eine leichtsinnige Schieberei wird und von einem Leser folgendes berichtet: Als ich am 31. August, frühmorgens 6 Uhr, in Begleitung meines Sohnes die Lauberkolonie „Sahara“ in Mariendorf passierte, um nach meiner Arbeitsstelle zu gelangen, kaufte unmittelbar vor mir ein Gefährt vorbei. Erschreckt blieben wir stehen, konnten jedoch des Gebüses wegen niemand sehen. Plötzlich ging ein Hund durch die Eingangspforte der Kolonie und lief fort. Allem Anschein nach sollte der Hund getötet werden. Gleichwohl ist eine so leichtsinnige Schieberei streng zu verurteilen, in einer Gegend, wo Menschenleben gefährdet werden. Es ist zu hoffen, daß Arbeiterkolonisten dafür Sorge tragen, daß eine solche gefährliche Spielerei auf der Kolonie nicht einreißt.

### Lichtenberg.

In der Protokollversammlung am Dienstag im Schwarzen Adler ist ein Schirm gefunden worden. Derselbe kam bei Berger, Hypothekstraße 2 vorn 3 Treppen, in Empfang genommen werden.

### Reinickendorf-West.

In der letzten Generalversammlung des Wahlvereins hatten sich wiederum 28 Genossen und Genossinnen zur Aufnahme in den Wahlverein gemeldet. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung von Groß-Berlin erstattete Genosse Robinsohn. Ueber die Frage der Beitragsverhöhung entspann sich eine lebhafte Diskussion. Ein Antrag des 3. Bezirks sprich sich gegen die Beitragsverhöhung aus. In die Kinderkommission wurden noch zwei Genossinnen gewählt. Zum Schluss wurde ersucht, die gesperrten Lokale, darunter auch Hartmanns Brauerei zu melden.

### Hermisdorf i. M.

In der letzten Gemeindevorstanderversammlung wurde, zur Befreiung der Kolonie zur Erweiterung des hiesigen Gaswerkes, die Aufnahme eines Darlehens von 105 000 M. vom Kreis Niederbarnim zu 4 Proz. Zinsen und 1 1/2 Proz. Amortisation beschlossen. Bei Punkt Bewilligung einer Beihilfe zur Anschaffung eines Sauerstoffapparates für die Sanitätskolonne empfahl der Amtsvorsteher eine Beihilfe von 50 M. Unser Genosse Sohrauer trat dem entgegen. An der Hand eines Statuts wies er nach, daß nicht jedermann als Mitglied in die Kolonne Aufnahme findet, sondern nur löstige Personen. Auch Genosse Briecheimer nagelte die Vereinspraktiken der Kolonne fest. Er betonte, daß Patriotismus und Gesinnungsschnitzel in der Kolonne vorherrschen und der eigenliche Samariterdienst erst an zweiter Stelle trete. Das weitere bezeichnete Redner die Kolonne als einen patriotischen Klubbverein. Dieses Ausdrucks tief unter den Bürgerlichen große Entrüstung hervor. Der Antrag wurde mit 12 gegen die 3 Stimmen unserer Genossen angenommen. — Für die Umänderung der Dienstkleidung der Polizeibeamten wurden 500 M. gefordert. Genosse Wehrens bezeichnete die Forderung als überflüssig. Er betonte, daß die Uniformen der Beamten noch fast neu sind. Außerdem erhielten die Beamten doch noch einen Zuschuß von jährlich 100 M. Auch dieser Antrag fand gegen die 8 Stimmen unserer Genossen Annahme. — Einem Antrag, den Kaufschwang für Hunde einzuführen, wurde nur insoweit zugestimmt, als er nur für bissige Hunde in Anwendung kommen soll. — Für die Sanifikationsanlagen sind von den 8 aufgeforderten Firmen die Offerten eingegangen. Außerdem hat die Firma Liebold u. Co. eine Offerte eingereicht. Ein bürgerlicher Vertreter hatte sich durch die betreffende Firma überreden lassen, daß die 6 Firmen einen Ring gebildet hätten. Um nun zu versuchen, den Ring zu sprengen und die Gemeinde vor Schaden zu bewahren, hat er die Firma aufgefordert, eine Offerte abzugeben. Unser

Genosse Sohrauer bemerkte hierzu, daß sich keine Gemeinde von Ringbildungen schützen könne. Wenn er wüßte, daß sich ein Ring gebildet habe, so würde er beantragen, alle 6 Firmen und die nachträglich eingegangene Firma ebenfalls auszuschließen. Genosse Wehrens betonte, daß die Ringbildung der Auswuchs der heutigen kapitalistischen Produktionsweise ist. Wollte sich die Gemeinde vor solchem Treiben schützen, so müsse sie die Arbeiten in eigener Regie ausführen. Ein bürgerlicher Vertreter gab bekannt, daß zwischen der Firma Liebold u. Co. und der Gemeinde Wittenau zurzeit ein Erhebungsverfahren um ein Objekt von 45 000 M. schwebt. Hierauf wurde mit 10 gegen 5 Stimmen beschlossen, die Firma Liebold u. Co. auszuschließen. Die Angebote der 6 Firmen bewegen sich zwischen 740 472,85 M. und 795 394,35 M.

### Jugendveranstaltungen.

Die Freie Jugendorganisation Berlin und Umgegend veranstaltet am Sonnabend, den 2. September, 8 Uhr abends, 7 1/2 große öffentliche Versammlungen in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal) und Pharusälen, Müllerstr. 142 (großer Saal) mit der Tagesordnung: Der Kampf gegen die Schundliteratur. Referenten sind die Genossen Max Grünwald und Simon Hagenstein. Die arbeitende Jugend muß aber die Schäden der Schundliteratur aufgeföhrt werden, weshalb die Parteigenossen ersucht werden, ihre erwachsenen Söhne und Töchter auf die Versammlungen hinzuweisen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 49. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Nationale Eigenart. — Die Wahrheit über den bairischen „Kulturbau“. Von Ludwig Frank. — Die deutschen Nationalitäten. Von Heinrich Strödel. — Der Block der Linken und unsere Agitation. Von Ludwig Currell. — Und eine Nachwahlbetrachtung. Von Erich Kohnmann (Stuttgart). — Reformismus und Klassenkampf. Zur Diskussion über Budgetverwilligung und Klassenkampf. Von einem Badener. — Literarische Rundschau: Wilhelm Ostwald, Energetische Grundlagen der Naturwissenschaft. Von G. Ostfeld.

Heft 31 der „Neuen Zeit“ Nr. 31: Eine Geschichte des Sozialismus. Von A. Kautsky. — Der Krieg gegen die freien Volkshäuser. Von Franz Wehring. — Wächterhaas: Max Adler, der Sozialismus und die Antilekturisten. Wilhelm Bloch, Gedächtnisreden anlässlich des 100. Jahrestages 1848 und 1849. Otto Ströde, Neue Fahrt. Richard Heise, Arbeit und Freiheit. 1. Band: Der Tierkörper als selbständiger Organismus. — Lothar Müllers: Eine ehrbare Jungfrau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Korrespondenz zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern werden jederzeit zur Verfügung.

„In Freien Stunden“. Romanbibliothek in Wochenheften. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 Pf. Die Hefte 32, 33 und 34 liegen uns vor. Probenummern kostenlos vom Verlag.

„Kommunale Praxis“. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementpreis pro Quartal 3 M. Einzelnummern 30 Pf. Die Hefte 32, 33 und 34 liegen vor. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

**Kunstlicher Marktbericht der städtischen Marktbesen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttage: Freitag.** Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise fest. Getreide: Zufuhr in Gänze reichlich, sonst genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise befriedigend. Rindfleisch: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise fast unverändert.

### Witterungsübersicht vom 1. September 1910, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer<br>Höhe mm | Wind-<br>richtung | Wolken-<br>höhe | Temper.<br>in °C | Stationen | Barometer<br>Höhe mm | Wind-<br>richtung | Wolken-<br>höhe | Temper.<br>in °C |        |    |
|-----------|----------------------|-------------------|-----------------|------------------|-----------|----------------------|-------------------|-----------------|------------------|--------|----|
| Stettin   | 765                  | W                 | 1               | bedekt           | 15        | Saparanda            | 770               | S               | 2                | wolkig | 13 |
| Hamburg   | 767                  | W                 | 2               | bedekt           | 13        | Petersburg           | 770               | W               | 1                | bedekt | 12 |
| Berlin    | 768                  | W                 | 3               | bedekt           | 13        | Schiff               | 773               | W               | 4                | bedekt | 15 |
| Frankfurt | 768                  | W                 | 3               | bedekt           | 13        | Heeren               | 769               | W               | 1                | better | 10 |
| München   | 767                  | W                 | 1               | bedekt           | 11        | Paris                | 770               | W               | 1                | bedekt | 15 |
| Wien      | 761                  | W                 | 5               | bedekt           | 12        |                      |                   |                 |                  |        |    |

**Wetterprognose für Freitag, den 2. September 1910.** Gleitlich kühl, vorherrschend wolkig, bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

des Landesamts für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand     | am 31. 8. | am 30. 8. | Wasserstand     | am 31. 8. | am 30. 8. |
|-----------------|-----------|-----------|-----------------|-----------|-----------|
| Wemel, Ruhr     | 246       | -         | Saale, Grotzky  | 86        | +2        |
| Gravel, Ruhr    | 33        | -         | Saale, Grotzky  | 76        | +2        |
| Weichsel, Elben | 110       | -         | Saale, Rathenow | 78        | -         |
| Oder, Ratibor   | 118       | -         | Spre, Spremberg | 110       | -         |
| Großen          | 125       | -         | Wesler, Wenden  | 176       | +1        |
| Frankfurt       | 142       | +14       | Wesler, Wenden  | -70       | -13       |
| Saale, Schrimm  | -         | -1        | Rhein, Witten   | 16        | +4        |
| Landsberg       | -27       | 0         | Rhein, Witten   | 484       | -         |
| Rege, Rodamm    | -         | -2        | Rhein, Witten   | 299       | -5        |
| Elbe, Leimitz   | -48       | +1        | Rhein, Witten   | 299       | -5        |
| Dresden         | -160      | -5        | Rhein, Witten   | 126       | +29       |
| Harz            | 85        | -3        | Rhein, Witten   | 148       | -2        |
| Magdeburg       | 63        | -2        | Rhein, Witten   | 73        | -10       |

\*) + bedeutet Hoch, - Niedrig. \*\*) Unterpegel.

GEGRÜNDET 1867

# Stiller



## Saison-Räumungs-Verkauf

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen

Verkauf nur Jerusalemer Strasse 38-39

## nur noch bis morgen, Sonnabend

Des grossen Andranges wegen empfiehlt es sich, den Einkauf auch vormittags zu besorgen